

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Weissbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften:

Neuer Schwung für die Jugend Europas

KOM(2001) 681 endg.; Ratsdok. 14441/01

Übermittelt vom Bundesministerium der Finanzen am 11. Dezember 2001 gemäß § 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (BGBl. I 1993 S. 313 ff.).

Die Vorlage ist von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften am 22. November 2001 dem Generalsekretär/Hohen Vertreter des Rates der Europäischen Union übermittelt worden.

Hinweis: vgl. Drucksache 727/01= AE-Nr. 012748.

INHALTSVERZEICHNIS

WEISSBUCH DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION NEUER SCHWUNG FÜR DIE JUGEND EUROPAS

VORWORT	3
1. Der Kontext	6
2. Die Herausforderungen	8
2.1. Die demografische Entwicklung	8
2.2. Veränderte Rahmenbedingungen für die Jugend	9
2.3. Die Einbeziehung der Jugendlichen in das öffentliche Leben	10
2.4. Die europäische Integration	11
2.5. Die Globalisierung	11
3. Eine fruchtbare Konsultation	12
3.1. Die wichtigsten Botschaften	13
4. Ein neuer, ehrgeiziger Rahmen	15
4.1. Der spezifische Bereich der Jugendpolitik	15
4.1.1. Die offene Methode der Koordinierung	15
4.1.2. Geeignete jugendspezifische Themen für die Anwendung der offenen Methode der Koordinierung	17
4.2. Verstärkte Berücksichtigung der Jugend in den anderen Politikbereichen	20
4.3. Die Umsetzung des Programms JUGEND	23
5. Schlussfolgerung	24
ANHÄNGE	25
Anhang 1 Ergebnisse der konsultation	25
1. Keine Demokratie ohne Partizipation	26
1.1. Analyse der Ergebnisse	26
1.2. Vorschläge, die sich aus der Konsultation ergeben	30
2. Die Bildung Junger Menschen als entscheidende Phase ihres Lebens	33
2.1. Analyse der Ergebnisse	33
2.2. Vorschläge, die sich aus den Konsultationen ergeben	39
3. Die Beschäftigung als Instrument zur besseren Integration junger Menschen	42

3.1.	Analyse der Ergebnisse.....	42
3.2.	Vorschläge, die sich aus den Konsultationen ergeben	48
4.	Die Jugendzeit so gut wie möglich nutzen	52
4.1.	Analyse der Ergebnisse.....	52
4.2.	Vorschläge, die sich aus den Konsultationen ergeben	57
5.	Ein auf werten beruhendes europa	60
5.1.	Analyse der Ergebnisse.....	60
5.2.	Vorschläge, die sich aus den Konsultationen ergeben	64
6.	Beiträge zum Weissbuch	71
Anhang 2 Überblick über europäische Massnahmen zugunsten jugendlicher.....		73
1.	Das Aktionsprogramm JUGEND.....	73
2.	Politische Initiativen mit bedeutung für die Jugend.....	74
3.	Zuschüsse in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, Kultur und Jugendschutz.....	82
4.	Die Charta der Grundrechte	82
5.	Die Unterstützung seitens des Europäischen Parlaments	83
6.	Beiträge des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen	84
7.	Der Dialog mit dem Europäischen Jugendforum.....	84
8.	Die Arbeit des Europarates	85
9.	Von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Studien und Meinungsumfragen.....	86

VORWORT

Die Entscheidung, ein Weißbuch über Jugendpolitik zu veröffentlichen und insbesondere der Entschluss, vorher umfangreiche Konsultationen durchzuführen, sind Ausdruck des Willens, die neuen Formen des europäischen Regierens zu verwirklichen.

Das Weißbuch entspricht somit ganz der von der Kommission im Juli dieses Jahres durch die Annahme des Weißbuchs über das europäische Regieren vorgezeichneten Linie, die darin besteht, die Bürger – und somit auch die Jugendlichen in die sie betreffenden, auf Ebene der Europäischen Union (EU) - gefällten Entscheidungen mit einzubeziehen.

Vorrang für die Jugend

Die vor der Erstellung des Weißbuchs durchgeführten umfassenden Konsultationen haben ein deutliches Ergebnis gebracht: Obwohl ihre jeweilige Situation sehr unterschiedlich ist, so haben doch alle Jugendlichen einerseits gemeinsame Werte und Ziele, andererseits haben sie auch mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Jugendlichen bilden eine in einem tiefgreifenden Wandel begriffene Bevölkerungsgruppe: Der Zeitpunkt des Eintritts in das Berufsleben und der Familiengründung hat sich nach hinten verlagert, sie wechseln häufig zwischen Arbeit und Studium hin und her, doch vor allem sind die Lebenswege viel individueller geworden. Schule und Universität, Arbeitsplatz und gesellschaftliches Umfeld spielen nicht mehr die gleiche integrierende Rolle wie in der Vergangenheit. Es dauert immer länger, bis die Jugendlichen unabhängig werden.

Dies äußert sich durch ein Gefühl der Unsicherheit, durch einen Verlust des Vertrauens in die bestehenden Entscheidungsfindungssysteme und ein Abstandnehmen von herkömmlichen Formen der Beteiligung am öffentlichen Leben, aber auch von Jugendorganisationen. Für einige gehen die politischen Massnahmen, die von der und für die Elterngeneration konzipiert wurden, an ihren Bedürfnissen vorbei. Ein Teil der Jugendlichen zeigt sich desinteressiert oder setzt auf Individualismus, ein anderer fühlt sich von extremen Ausdrucksformen angezogen, die manchmal sogar am Rande der demokratischen Gepflogenheiten angesiedelt sind. Die meisten von ihnen wollen Einfluss auf die Politik nehmen, wissen aber nicht, wie sie dies bewerkstelligen sollen.

Doch die Jugendlichen haben einiges zu sagen, denn sie sind die ersten, die von den wirtschaftlichen Veränderungen, dem demografischen Ungleichgewicht, der Globalisierung oder der kulturellen Vielfalt betroffen sind. Von ihnen verlangt man, andere Formen sozialer Beziehungen und andere Arten der Solidarität zu entwickeln, mit den Unterschieden zu leben und sie als Bereicherung zu empfinden, während gleichzeitig neue Bedrohungen am Horizont auftauchen.

Trotz eines komplexeren, sozialen und wirtschaftlichen Umfeldes zeigen die Jugendlichen einen hohen Grad an Anpassungsfähigkeit. Die politischen Verantwortlichen – auf nationaler und europäischer Ebene – müssen den Jugendlichen diese Anpassung erleichtern, indem sie sie zu vollwertigen Akteuren unserer Gesellschaft machen.

Die Jugendlichen und Europa

Die Diskussion über die Zukunft Europas ist eröffnet. Eine Erweiterung in noch nie dagewesenem Ausmaß wird auch neue Perspektiven eröffnen. Das, was in den letzten Jahren in der europäischen Politik geschehen ist, liefert uns eine unmissverständliche Botschaft: Die Union kann nur gemeinsam mit den europäischen Bürgern aufgebaut werden. In die Konsultationen im Hinblick auf die Gestaltung Europas, in die Überlegungen darüber, wie es regiert werden soll, müssen auch jene mit einbezogen werden, die morgen die Zügel in die Hand nehmen sollen. Das Projekt Europa ist jung, in ständiger Weiterentwicklung begriffen und immer Gegenstand von Diskussionen: Um es zum Erfolg führen zu können, brauchen wir Ehrgeiz und Begeisterung, aber auch ein Bekenntnis der Jugend zu den Werten, auf die es sich gründet.

Die Jugendlichen haben klar zum Ausdruck gebracht: sie wollen gehört und als vollwertige Gesprächspartner behandelt werden, sie wollen am Aufbau Europas mitwirken, sie wollen die Debatte über seine Zukunft beeinflussen. Es ist an der Zeit, die Jugendlichen als Kraft zu sehen, die zum Aufbau Europas beitragen kann, und nicht als Problem, mit dem es umzugehen gilt. Wir müssen ihnen die Möglichkeit und Mittel bieten, ihre Gedanken zu äußern und sie mit denjenigen anderer Akteure der Zivilgesellschaft zu konfrontieren.

Von der lokalen zur europäischen Ebene: eine neue Dynamik

Bei der Mehrzahl der in diesem Weißbuch vorgeschlagenen Aktionen sind die Mitgliedstaaten und die Regionen Europas gefordert. Auf ihnen liegt die Hauptlast der Umsetzung der Maßnahmen für die Jugend. Auf der lokalen Ebene, auf der die Jugendlichen die durch ihr persönliches Engagement erzielten Ergebnisse konkret beurteilen können, kann eine aktive Staatsbürgerschaft erlernt werden. Durch die Teilnahme am Leben der Schule, des Stadtviertels, der Gemeinde oder eines Vereins sammeln die Jugendlichen Erfahrungen und gewinnen das nötige Selbstvertrauen, um sich jetzt oder später in das öffentliche Leben bis hin zur europäischen Ebene einzubringen. Indem sie sich bei sozialen Aktivitäten engagieren, die allen ohne Diskriminierung welcher Art auch immer offen stehen, tragen die Jugendlichen zu einer solidarischeren Gesellschaft bei und nehmen ihre Pflichten als Staatsbürger wahr.

Den Maßnahmen zugunsten der Jugend müssen wir jedoch eine europäische Dimension verleihen, um ihre Wirksamkeit zu verstärken und Synergien zur Geltung zu bringen, wobei wir gleichzeitig die Rolle der einzelnen Entscheidungsebenen aufwerten müssen. Das verlangen die Jugendlichen, das wünscht das Europäische Parlament, und das empfehlen auch die Mitgliedstaaten, die sich bei der von der Kommission initiierten Konsultation in diesem Sinn geäußert haben. Um dieser Forderung zu entsprechen, schlägt das Weißbuch einen neuen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit vor, der zwei wichtige Aspekte aufweist: die Anwendung der offenen Methode der Koordinierung auf dem spezifischen Gebiet der Jugendpolitik und die verstärkte Berücksichtigung der Bedürfnisse der Jugendlichen bei der Ausarbeitung von Massnahmen in anderen Politikbereichen.

Das Einbringen einer europäischen Dimension wird vor Ort Dynamik und Kreativität erzeugen, da sie den Austausch und den Vergleich vorbildlicher Praktiken ermöglicht. Auf diese Weise können die von Einzelnen und von

Jugendorganisationen im lokalen oder regionalen Rahmen unternommenen Anstrengungen auf nationaler und europäischer Ebene entsprechend gewürdigt werden. Sie wird den Akteuren die Möglichkeit verschaffen, eine gemeinsame Vision zu entwickeln, mehr über Fragen im Zusammenhang mit der Jugend zu erfahren und in Kooperation sowie durch das Vorhandensein gemeinsamer Ziele bessere Arbeit zu leisten.

Ein offenes Ohr für die Jugendlichen zu haben, lokalen Initiativen einen Resonanzboden zu bieten, die Mitgliedstaaten aufzufordern, besser zusammenzuarbeiten, jetzt und hier konkrete Maßnahmen im Rahmen der bestehenden europäischen Programme zu initiieren und die Welt der Jugendlichen stärker in der allgemeinen Politik zu berücksichtigen: Dies ist die im vorliegenden Weißbuch vorgeschlagene Vorgehensweise, mit der die Voraussetzungen für eine umfassende Beteiligung der Jugendlichen am Leben unserer demokratischen, offenen und solidarischen Gesellschaften geschaffen werden sollen.

1. DER KONTEXT

Unter den Bürgern des erweiterten Europa werden 75 Millionen Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren sein.¹ So heterogen diese Gruppe auch sein mag (was den Zugang zum Arbeitsmarkt, die Bildung, die familiäre Situation, das Einkommen usw. anbelangt), so sehen sich die Jugendlichen doch als Bürger mit Rechten und Pflichten. In die Jugend zu investieren bedeutet, in das zu investieren, was heute und in Zukunft den Reichtum unserer Gesellschaften ausmacht. Dies ist der Schlüssel zur erfolgreichen Umsetzung des vom Europäischen Rat von Lissabon festgesetzten politischen Ziels, das darin besteht, „Europa zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen.

Die Verträge erlauben es, auf zahlreichen Gebieten² tätig zu werden, die die Jugendlichen direkt oder indirekt betreffen: Kampf gegen Diskriminierung, Unionsbürgerschaft, Beschäftigung, Kampf gegen soziale Ausgrenzung, allgemeine und berufliche Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Freizügigkeit von Personen, Umweltschutz, Mobilität junger Forscher, Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung.

Die Europäische Union hat verschiedene gemeinschaftliche Aktionen von unmittelbarem Interesse für die Jugendlichen eingeleitet, die, um nur einige Beispiele zu nennen, die allgemeine und berufliche Bildung, die Beschäftigung sowie in jüngster Zeit den Zugang zu den Informationstechnologien betreffen.

Neben allgemeinen und speziellen politischen Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Jugendlichen haben, wurden auch Aktivitäten anderer Art entwickelt, mit denen Mobilität, interkulturelle Begegnungen, Staatsbürgerbewusstsein, Freiwilligendienst usw. gefördert werden sollen. In diesem Kontext und auf der Grundlage von Artikel 149 des Vertrags³ hat die Union eine Reihe von Aktionen gestartet, darunter auch das

¹ Mit „Jugendlichen“ sind hier gemäß einem Beschluss des Parlaments und des Rates für das Aktionsprogramm JUGEND junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren gemeint. „Erweitertes Europa“ meint die heutigen 15 Mitgliedsstaaten plus die 12 Beitrittskandidaten.

² Vgl. Anhang 2 „Überblick über die europäischen Maßnahmen im Jugendbereich“. Dieses Dokument gibt einen Überblick über die europäischen Errungenschaften im Bereich der Jugendpolitik, auf denen alle zukünftigen Maßnahmen aufzubauen haben.

³ Artikel 149 des Vertrags:

1. Die Gemeinschaft trägt zur Entwicklung einer qualitativ hochstehenden Bildung dadurch bei, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems sowie der Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.

2. Die Tätigkeit der Gemeinschaft hat folgende Ziele:

- Entwicklung der europäischen Dimension im Bildungswesen, insbesondere durch Erlernen und Verbreitung der Sprachen der Mitgliedstaaten;
- Förderung der Mobilität von Lernenden und Lehrenden, auch durch die Förderung der akademischen Anerkennung der Diplome und Studienzeiten;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen;
- Ausbau des Informations- und Erfahrungsaustauschs über gemeinsame Probleme im Rahmen der Bildungssysteme der Mitgliedstaaten;
- Förderung des Ausbaus des Jugendaustauschs und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuer;
- Förderung der Entwicklung der Fernlehre.

3. Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für den Bildungsbereich zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere dem Europarat.

Aktionsprogramm JUGEND. Diese Aktionen ermöglichen eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Mobilität von Jugendlichen und des Jugendaustauschs, die sich inzwischen auch auf andere Bereiche, wie z.B. die Information, den Austausch zwischen Organisationen und den Freiwilligendienst erstreckt.

Ganz allgemein gibt es eine Reihe von nicht unmittelbar in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft fallenden Themen, wie z.B. die Beteiligung (Partizipation) oder die Unabhängigkeit (Autonomie) der Jugendlichen, die in Anbetracht ihres engen Zusammenhangs mit dem Bereich Jugend und ihrer Auswirkungen auf politischer Ebene eingehender analysiert werden müssen, um den Mitgliedstaaten ein praktisches Werkzeug zur Koordination ihrer Aktionen auf den betreffenden Gebieten zur Verfügung stellen zu können.

Alle diese spezifischen Aktionen zugunsten der Jugend wurden stets vom Europäischen Parlament unterstützt, sei es durch die Annahme von Programmen oder durch Entschlüsse und Anhörungen von Jugendlichen. Der Rat der Jugendminister hat eine Reihe von Entschlüssen über die Beteiligung, das erzieherische Potential des Sports, die soziale Eingliederung und die Eigeninitiative und den Unternehmergeist von Jugendlichen verabschiedet. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen geben in regelmäßigen Abständen positive und ermutigende Stellungnahmen zu verschiedenen Aspekten im Zusammenhang mit der Jugend ab.

Es stellt sich nun die Frage, ob man mit diesen Aktivitäten allen Herausforderungen gerecht werden kann, denen die Jugendlichen heute gegenüberstehen, und ob die verantwortlichen europäischen Politiker das Potenzial, das die Jugend darstellt, bestmöglich ausgeschöpfen. Es ist festzustellen, dass die Entschlüsse oder Erklärungen zum Thema Jugend vielfach nicht über das Stadium der guten Absichten hinauskommen und dass die Jugendpolitik der europäischen Organe und der Mitgliedstaaten und somit die verschiedenen Maßnahmen zugunsten der Jugend nicht ausreichend koordiniert sind. Das derzeitige System der europäischen Zusammenarbeit in Jugendfragen ist an seine Grenzen gestoßen und wird möglicherweise den neuen Herausforderungen, die es anzupacken gilt, nicht mehr gerecht. Diese Herausforderungen können folgendermaßen formuliert werden (vgl. Punkt 2):

- Die Beziehungen zwischen den Generationen werden durch die demografische und gesellschaftliche Entwicklung immer komplexer;
- zwischen den Jugendlichen und den öffentlichen Institutionen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene tut sich eine wachsende Kluft auf, die dazu führen könnte, dass sich die jungen Menschen weigern, ihre Rolle als Bürger wahrzunehmen;
- die Regeln der Demokratie verlangen es, in die Qualität der Diskussion über die Zukunft Europas zu investieren und für eine bessere Einbeziehung der

4. Als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels erlässt der Rat:

- gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen Fördermaßnahmen unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten;
- mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission Empfehlungen.

Bürger, der Zivilgesellschaft und der vor Ort tätigen Akteure zu sorgen, wie dies im Weißbuch über europäisches Regieren⁴ gefordert wird.

Die Förderung neuer Formen des europäischen Regierens („Governance“) ist eine der vier strategischen Prioritäten der Kommission. Der Begriff „Governance“ steht für alle Regeln, Mechanismen und Praktiken, die die Art und Weise kennzeichnen, wie die verschiedenen Befugnisse miteinander verknüpft sind, sowie für die Offenheit des Entscheidungsprozesses auf EU-Ebene mit einer Einbeziehung der Bürger in die sie betreffenden Entscheidungen.

Diese Modernisierung des öffentlichen Handelns beruht auf fünf Grundsätzen: Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz.

Die Jugendpolitik ist ein Gebiet, in dem die Anwendung dieser Grundsätze ganz besonders wichtig ist:

- **Offenheit:** Den Jugendlichen gegenüber ist eine aktive Informations- und Kommunikationsstrategie zu verfolgen, die deren Sprache verwendet, um ihnen verständlich zu machen, wie Europa funktioniert und wie die politischen Entscheidungen getroffen werden, die sie betreffen.
- **Partizipation:** Es ist dafür zu sorgen, dass die Jugendlichen konsultiert und verstärkt in die sie betreffenden Entscheidungen sowie ganz allgemein in das Leben ihrer Gemeinschaft einbezogen werden.
- **Verantwortlichkeit:** Es muss eine neue und strukturierte Form der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den europäischen Organen entwickelt werden, um auf den entsprechenden Entscheidungsebenen konkrete Lösungen zu finden, die den Bedürfnissen der Jugendlichen Rechnung tragen.
- **Effektivität:** Die Ressource, die Europa an der Jugend hat, ist besser zur Geltung zu bringen, damit sie zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen, zum Erfolg der verschiedenen sie betreffenden Maßnahmen und zum Aufbau des Europas von morgen beitragen kann.
- **Kohärenz:** Es ist eine umfassende Strategie zu entwickeln, in der die verschiedenen Politiken, die die Jugend betreffen, und die jeweiligen Entscheidungsebenen entsprechend koordiniert sind.

Die Entscheidung zur Veröffentlichung dieses Weißbuchs über die Jugend und vor allem die im Vorfeld durchgeführte umfangreiche Konsultation sind Elemente der „Governance“, dieses neuen Zugangs zum europäischen Regieren.

2. DIE HERAUSFORDERUNGEN

2.1. Die demografische Entwicklung

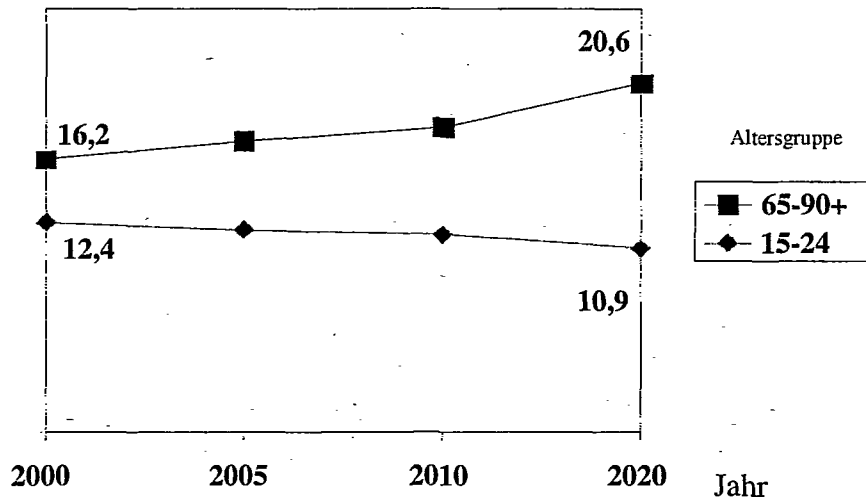
Durch die sinkenden Geburtenraten und die gleichzeitig steigende Lebenserwartung altern unsere Gesellschaften. Zwischen 2000 und 2020 wird der Anteil der 65-90-

⁴ „Europäisches Regieren – Ein Weißbuch“, KOM(2001)428 vom 25.07.2001.

Jährigen an der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union auf 16 bis 21% steigen, während der Anteil der 15-24-Jährigen nur mehr 11% betragen wird.⁵

Die Alterung der EU-15-Bevölkerung zwischen 2000 und 2020

Anteil an der EU-15-Gesamtbevölkerung in %



Quelle: Eurostat, Demografische Statistiken, nationale Prognosen 1999, S. 202-205

Dieses quantitative Ungleichgewicht zwischen Jungen und Älteren wird die Beziehungen zwischen den Generationen auch in qualitativer Hinsicht verändern. Die finanzielle Belastung der Sozialsysteme ist nur ein Aspekt dieser Herausforderung. Es geht nicht nur darum, neue Mechanismen der Solidarität zwischen den Jugendlichen und ihren Eltern und Großeltern zu entwickeln, sondern in den in grundlegendem Wandel befindlichen Gesellschaften auch Übergänge zwischen den Generationen zu schaffen, die alle zufrieden stellen.

Diese Alterung der Bevölkerung wird es auch notwendig machen, auf menschliche Ressourcen außerhalb der Europäischen Union zurückzugreifen, um den Mangel an Arbeitskräften zu kompensieren. Unsere Gesellschaften müssen sich diversifizieren – auf ethnischer, religiöser, sozialer und sprachlicher Ebene. Diese verstärkte Heterogenität erfordert aber auch entsprechende Begleitmaßnahmen vor allem für Jugendliche, um soziale Spannungen oder negative Auswirkungen auf die Bildungssysteme und den Arbeitsmarkt zu vermeiden.

2.2. Veränderte Rahmenbedingungen für die Jugend

Die soziologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen, in denen die Jugendlichen leben, wurden jedoch nicht nur durch demografische Veränderungen beeinflusst, sondern auch durch den Wandel des gesellschaftlichen Umfelds, des Verhaltens des Einzelnen und der Gemeinschaft, der familiären Beziehungen und der Bedingungen am Arbeitsmarkt.⁶

⁵ Quelle: Eurostat, Demografische Statistiken, 1999.

⁶ Vgl. den von den Wissenschaftlern anlässlich der Konferenz in Umeå im März 2001 vorgelegten Bericht (<http://europa.eu.int/comm/education/youth/ywp/umeareport.html>).

Erste Feststellung: Die Jugendzeit wird länger. Demografen beobachten, dass unter dem Einfluss wirtschaftlicher (Vermittelbarkeit, Arbeitslosigkeit usw.) und soziokultureller Faktoren die Jugendlichen beim Überschreiten verschiedener Schwellen ihres Lebens, wie z.B. Abschluss der Ausbildung, Eintritt in den Arbeitsmarkt, Gründung einer Familie usw., heute älter sind als früher.

Zweite Feststellung: Die Lebensläufe sind nicht mehr linear. Heute ist eine „Überlappung von Lebensabschnitten“⁷ zu beobachten: Man kann Student sein und dabei für eine Familie verantwortlich sein, arbeiten oder auf Arbeitssuche sein oder bei den Eltern wohnen, wobei immer häufiger zwischen verschiedenen Lebensformen hin- und hergependelt wird. Die persönlichen Lebensläufe sind auch deswegen weniger linear als früher, weil unsere Gesellschaften nicht mehr die gleichen Sicherheiten bieten (gesicherte Anstellung, Sozialleistungen usw.).

Dritte Feststellung: Die herkömmlichen, kollektiven Modelle verlieren zugunsten immer individueller werdender Lebenswege an Bedeutung. „Die Etappen, in denen sich [der Einzelne] der Familie, der Ehe und dem Beruf widmet, laufen nicht mehr auf standardisierte Weise ab“.⁸ Dies wirkt sich natürlich auf die von den öffentlichen Einrichtungen ergriffenen Maßnahmen aus.

2.3. Die Einbeziehung der Jugendlichen in das öffentliche Leben

Im Allgemeinen ist es der Wunsch der europäischen Jugendlichen, aktiv an der Demokratie teilzuhaben und diese zu gestalten. Sie haben jedoch ein gewisses Misstrauen gegenüber institutionellen Strukturen entwickelt. Die Jugendlichen investieren weniger Energie als früher in Aktivitäten herkömmlicher politischer und sozialer Strukturen (Parteien, Gewerkschaften), ihre Beteiligung an den demokratischen Beratungen ist gering. Auch die Jugendorganisationen leiden unter dieser Situation und spüren, dass sie einer Neugestaltung bedürfen.⁹

Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass sich die Jugendlichen nicht für das öffentliche Leben interessieren. Die meisten wollen eigentlich an der Gesellschaft teilhaben und ihre Entscheidungen beeinflussen – sie engagieren sich dabei jedoch individuell und punktuell außerhalb der althergebrachten Beteiligungsstrukturen und –mechanismen.

Die Behörden sind aufgefordert, die Kluft zwischen dem Bedürfnis der Jugendlichen nach Ausdrucksmöglichkeiten einerseits und den von unseren Gesellschaften gebotenen Rahmenbedingungen und Strukturen andererseits zu überbrücken; andernfalls werden sich die Jugendlichen weigern, ihre Rolle als Bürger wahrzunehmen, oder sich zum Protest veranlasst sehen.

⁷ „Jeunesse, le devoir d'avenir“, Commissariat Général du Plan (frz. Generalkommissariat für die Planerstellung), Bericht der Kommission unter dem Vorsitz von Dominique Charvet, März 2001, S.33

⁸ „Jeunesse, le devoir d'avenir“, Ibid, S. 35.

⁹ In der Eurobarometer-Umfrage „Les jeunes européens en 2001“ [Die jungen Europäer in 2001] (EB 55.1, 2001) zeigt sich ein Verlust der Bindung der europäischen Jugendlichen an Organisationen. Jeder zweite Jugendliche gab spontan an, keiner Bewegung anzugehören, wobei weiterhin nationale Unterschiede zu beobachten sind (in den Niederlanden sind fast 80% der Jugendlichen organisiert, während es in Portugal nur 30% sind). Dieser mehr oder weniger stark ausgeprägte Verlust der Bindung betrifft alle Länder mit Ausnahme von Belgien und Luxemburg. Den stärksten Zuspruch bei den organisierten Jugendlichen erfahren Sportvereine (28%), mit Abstand folgen Jugendorganisationen (7%), Gewerkschaften und politische Parteien (4%).

2.4. Die europäische Integration

Dieses Phänomen ist auch in der Haltung gegenüber der Europäischen Union zu beobachten, der die Jugendlichen im Allgemeinen mit gemischten Gefühlen gegenüberstehen. Europa ist für sie ein Raum, in dem die Grundwerte hochgehalten werden, in dem sie leben, studieren, arbeiten und reisen. Die Einrichtungen, die diesen Raum verwalten, sind für sie jedoch weit weg und scheinen als „geschlossene Gesellschaft“ zu funktionieren. Diese Barriere zwischen den Jugendlichen und Europa illustriert sehr deutlich, wie groß die Entfernung zwischen den Menschen in den Mitgliedstaaten und „Brüssel“ ist.¹⁰ Der Erfolg des gemeinschaftlichen Projekts, insbesondere angesichts der bevorstehenden Erweiterung, hängt jedoch in hohem Maße von der Mitwirkung der jungen Generationen ab. Diese müssen unbedingt als aktive Partner in die Ausarbeitung konkreter Projekte mit einbezogen werden, die ihrer Situation, ihren Zielsetzungen und ihren Fähigkeiten angemessen sind.

2.5. Die Globalisierung

Mit den entsprechenden Proportionen ist diese widersprüchliche Haltung der Jugend auch in Bezug auf das Phänomen der Globalisierung zu beobachten. Die europäischen Jugendlichen wachsen in Gesellschaften auf, die gegenüber kulturellen und wirtschaftlichen Einflüssen von außen offen sind. Ihr Bezugsmaßstab ist die Welt, und sie integrieren ganz selbstverständlich bestimmte Produkte in ihren Alltag, die kennzeichnend für die Globalisierung sind.¹¹ Gleichzeitig lehnen sie bestimmte Auswirkungen der Globalisierung ab, da diese der sozialen Gerechtigkeit, dem Prinzip des Zugangs für alle und einer „nachhaltigen“ Entwicklung abträglich seien. Sie äußern Vorbehalte gegenüber internationalen Institutionen, die ihrer Ansicht nach nur schwer zugänglich sind, eine komplexe Funktionsweise aufweisen und keine Ansprechstelle für ihre Anliegen bieten. Diese zumindest kontrastreiche Beziehung zwischen den Jugendlichen und der Globalisierung ist ein Zeichen des Unbehagens und darf nicht ignoriert werden.

Dies bestätigt, dass sich die Jugendlichen dessen bewusst sind, dass wir nicht umhin können, uns der Globalisierung zu stellen: „Die Globalisierung ist eine Tatsache, ob sie uns nun gefällt oder nicht. Wir haben die Aufgabe, sie zu beherrschen und in den Dienst des Menschen zu stellen.“¹²

Die erwähnten Herausforderungen zeigen insgesamt, dass es um sehr viel geht. Es geht darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die jungen Europäer besser als solidarische, verantwortungsbewusste, aktive und tolerante Bürger in pluralistischen Gesellschaften behaupten können. Eine der wichtigsten gegenwärtigen, aber auch zukünftigen Herausforderungen für unsere Gesellschaften besteht somit in einer verstärkten Einbeziehung der Jugend in die lokale, nationale

¹⁰ Vgl. „Europäisches Regieren – Ein Weißbuch“, Ibid.

¹¹ Dies gilt u.a. für die Informationstechnologien wie Internet, E-mail und Mobiltelefon. Laut Eurobarometer 55.1 „Les jeunes européens en 2001“ [Die jungen Europäer in 2001] (EB2001) ist der Anteil der 15-25-Jährigen, die angeben, regelmäßig einen Computer zu benutzen, im Internet zu surfen, Videospiele zu spielen usw., seit 1997 von 21 auf 43% gestiegen und hat sich somit mehr als verdoppelt. Eine weitere bezeichnende Zahl: 80% der Jugendlichen benutzen regelmäßig ein Mobiltelefon.

¹² Vgl. die Rede von Romano Prodi vom 20.7.2001 (http://europa.eu.int/comm/commissioners/prodi/globalisation_en.htm).

und europäische Gemeinschaft und in der Förderung einer aktiven Staatsbürgerschaft.

3. EINE FRUCHTBARE KONSULTATION

Überzeugt von dem oben Gesagten und angesichts des Ausmaßes der Herausforderungen und der Grenzen des derzeitigen Systems der Zusammenarbeit, hat die Kommission anlässlich des Rates „Jugend“ Ende 1999 die Veröffentlichung eines Weißbuchs vorgeschlagen, das den Weg für eine neuartige europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich weisen soll. Während der umfangreichen Konsultationen, die im Rahmen der Ausarbeitung dieses Weißbuchs stattfanden, wurde diese Initiative stets vorbehaltlos von den Mitgliedstaaten der Union, von den verschiedenen Ratspräsidentschaften und vom Europäischen Parlament unterstützt.

Eine Konsultation von bisher unbekannten Ausmaßen

Grundlage dieses Weißbuchs ist die Konsultation, die im Zeitraum von Mai 2000 bis März 2001 stattfand und bei der Jugendliche unterschiedlichster Herkunft, Jugendorganisationen, die wissenschaftliche Gemeinschaft, die politischen Verantwortlichen und die Verwaltungen befragt wurden. Diese Konsultation ist durch ihr Ausmaß, ihre Dauer, die breite Streuung der konsultierten Personen und die Vielfalt der Ergebnisse etwas in Europa noch nie Dagewesenes. Für einige Mitgliedstaaten stellte sie auch eine Premiere dar. Die Anzahl der in ihrem Rahmen durchgeführten Veranstaltungen war beträchtlich:

- In den Mitgliedstaaten fanden 17 nationale Konferenzen statt, an denen mehrere tausend Jugendliche teilnahmen und bei denen 440 Vorschläge ausgearbeitet wurden.
- Das europäische Treffen in Paris im Oktober 2000 unter dem französischen Ratsvorsitz ermöglichte es, die Ergebnisse der nationalen Konferenzen auf europäischer Ebene zu präsentieren. 450 junge Delegierte, die 31 Länder vertraten, einigten sich auf etwa 80 Vorschläge.
- Im Februar 2001 wurden mehr als 60 lokale Organisationen vom Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel befragt.
- Die wissenschaftliche Gemeinschaft, vertreten durch ein Dutzend Wissenschaftler aus zahlreichen Fachgebieten, konnten dazu gewonnen werden, einen prospektiven Überblick über die Entwicklung der Jugend zu geben.
- In allen europäischen Hauptstädten fanden Gespräche mit Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung sowie mit den nationalen Jugendräten statt; darüber hinaus gab es zwei Sitzungen der für Jugendfragen zuständigen Generaldirektoren (die eine zu Beginn dieser bilateralen Gespräche, die zweite nach Abschluss dieser Konsultationen).
- Mitte März 2001 fand in Umeå unter schwedischem Ratsvorsitz ein Treffen statt, bei dem Jugendliche, Jugendorganisationen, Forscher und Vertreter der Behörden die politischen Prioritäten festsetzten.

- Am 24. April fand im Europäischen Parlament ein Diskussionstag statt, an dem mehr als 300 Personen, vor allem Jugendliche, teilnahmen.

Diese Konsultation wird fortgesetzt. So plant Belgien für die Zeit seines Ratsvorsitzes für November 2001 ein Kolloquium in Gent, bei dem die Kommission Gelegenheit haben wird, das Weißbuch vorzustellen und die Debatte über die von ihr vorgeschlagenen Themen und Aktionen zu eröffnen.

Die Analyse der Ergebnisse der Konsultation, auf die im Anhang 1 genauer eingegangen wird, bestätigt die oben gestellte Diagnose in weiten Teilen und spricht dafür, dass es jetzt an der Zeit ist, neue Impulse zu setzen.

Die Jugendlichen wünschen eine Politik, die ihren Erwartungen entspricht. Ihrer Ansicht nach sind die derzeit auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene getroffenen Maßnahmen oft unangemessen und gehen an den Problemen ihres Alltags vorbei. Sie fordern einen neuen theoretischen und praktischen Ansatz – und vor allem verlangen sie, als vollwertige Bürger in den Prozess der Ausarbeitung der politischen Maßnahmen einbezogen zu werden.

3.1. Die wichtigsten Botschaften

Aus diesem Konsultationsprozess haben sich vier wesentliche Botschaften herauskristallisiert:

➤ Die Jugendlichen wollen sich aktiv als Staatsbürger einbringen

Die befragten Jugendlichen verlangen, als verantwortungsvolle Bürger betrachtet zu werden. In diesem Sinne wollen sie verstärkt als Jugendliche am Leben der Gemeinschaft teilhaben. Sie wollen zu den verschiedensten Themen Stellung beziehen. Diese Teilhabe muss auf verschiedenen Ebenen – von der lokalen bis zur internationalen – möglich sein, sie muss in unterschiedlichen Formen – aktiv und in Vertretung – erfolgen können, und keine Art des Engagements – vom punktuellen bis zum permanenten, vom spontanen bis zum organisierten – darf ausgeschlossen werden. Außerdem darf die Beteiligung der Jugendlichen nicht auf bloße Konsultationen und schon gar nicht auf Meinungsumfragen beschränkt bleiben, vielmehr wollen die Jugendlichen in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden.

Die Beteiligung muss vorbehaltlos gefördert werden, wozu auch gehört, dass ihre Ausübung denjenigen leichter gemacht wird, für die dies am schwierigsten ist, und dass man die bestehenden Strukturen für nicht organisierte Jugendliche weiter öffnet.

Untrennbar verbunden mit der Entwicklung dieser aktiven Wahrnehmung der Staatsbürgerschaft ist die Information, von der sich die Jugendlichen sehr viel erwarten. Sie sind sich jedoch sehr wohl bewusst, dass eine Vielzahl von Bereichen zu erfassen ist (Beschäftigung, Arbeitsbedingungen, Wohnung, Ausbildung, Gesundheit usw.) und es nicht mit einer Information über die Programme der Gemeinschaft getan ist. Deshalb erwarten sie zunächst vor allem, dass anerkannt wird, dass es hier ein Bedürfnis zu erfüllen gilt. Die Jugendlichen legen auch großen Wert darauf, dass die Informationen für alle gleich gut zugänglich sind, dass sie vor Ort verfügbar sind und hochstehende ethische Normen beachtet werden. Darüber hinaus betonen sie auch die Wichtigkeit einer Information „mit menschlichem

Antlitz“, wobei die Jugendlichen sowohl bei der Erarbeitung der Inhalte als auch bei der Verbreitung mit einzubeziehen sind.

➤ **Ausdehnung und Zulassung von Experimentierfeldern**

Die Jugendlichen wollen, dass die Behörden die Tatsache anerkennen, dass allgemeine und berufliche Bildung auch durch andere als die herkömmlichen oder formalen Formen vermittelt werden kann. Ihrer Meinung nach würde diese wichtige Periode in ihrem Lern- und Entwicklungsprozess durch eine umfassendere Betrachtungsweise, die die nicht formalen Aspekte der allgemeinen und beruflichen Bildung nicht ausklammert, enorm gewinnen.

In diesem Sinne müsste der Mobilität und der Freiwilligenarbeit verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden, Aktivitäten, die immer noch zu wenig verbreitet und anerkannt sind. In ihren Augen sollte der Entwicklung dieser Praktiken und ihrer Einbindung in die Maßnahmen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung Priorität eingeräumt werden. Sie fordern die Anerkennung und finanzielle Unterstützung dieser Möglichkeiten zum Sammeln von weiteren Erfahrungen. Um wirklich erfolgreich zu sein, muss die Verbindung zwischen der formalen und der nicht formalen, ausserschulischen Dimension des Lernens der individuellen Entwicklung Rechnung tragen, und es müssen eigene Mittel und Methoden der Jugendlichen selbst eingesetzt werden, Mittel und Methoden, die den Austausch zwischen Gleichen und das Experimentieren fördern, bei denen das „Tun“ wichtiger ist als das Ergebnis.

➤ **Die Unabhängigkeit der Jugendlichen muss gefördert werden**

Unabhängigkeit ist eine der Hauptforderungen der Jugendlichen. Diese hängt von den Mitteln ab, die man ihnen gibt, in erster Linie von den materiellen Mitteln. Daher kommt der Frage des Einkommens eine zentrale Bedeutung zu. Die politischen Maßnahmen, die in den Bereichen Beschäftigung, Sozialschutz, Integrationshilfe usw., aber auch in den Bereichen Wohnungswesen und Verkehr beschlossen werden, betreffen auch die Jugendlichen. Diese politischen Maßnahmen sind notwendig, um es den Jugendlichen zu ermöglichen, allmählich unabhängig zu werden, und bei ihrer Erarbeitung sollten der Standpunkt und die Interessen der Jugendlichen berücksichtigt werden, wobei man insbesondere auch die im Bereich der Jugendpolitik erworbenen spezifischen Erkenntnisse und Erfahrungen nutzen sollte. Die Jugendlichen wollen Akteure der Gesellschaft sein, und sie fühlen sich von den politischen Maßnahmen betroffen, die mit den verschiedenen Aspekten ihres Lebens zu tun haben – deshalb lehnen sie eine Beschränkung der Jugendpolitik auf bestimmte Bereiche ab.

➤ **Europa als Hochburg der Grundwerte**

Die große Mehrheit der Jugendlichen identifiziert sich mit bestimmten Werten, die auch die Basis für den Aufbau Europas sind, doch sie haben das Gefühl, die europäischen Organe seien weit entfernte, wenig zugängliche Einheiten, die sich zu wenig um die Anliegen der Jugendlichen kümmern.

Obwohl – oder gerade weil - ihre Welten und ihre Entwicklungen so unterschiedlich sind, sprechen Jugendliche von der Ungewissheit und den Schwierigkeiten, mit denen sie in ihrem Privatleben und ihrem Beruf konfrontiert werden. Dieses Wissen

um die Unsicherheit ihres persönlichen Lebenswegs erklärt vermutlich zum Teil ihr Engagement für die Ausgeschlossenen. Sie sind der Meinung, es müsse viel mehr getan werden, um die Grundrechte jedes Einzelnen - vor allem die Rechte der Minderheiten - zu sichern und um gegen jede Form von Diskriminierung oder Rassismus zu kämpfen, und zwar auf allen politischen Ebenen.

Die Jugendlichen Europas bejahen somit den gesamten Katalog von Grundwerten, auf denen die Union beruht. Sie erwarten, dass diese sich ihren Erwartungen gewachsen zeigt.

4. EIN NEUER, EHRGEIZIGER RAHMEN

Dieses Weißbuch behandelt alle Fragen, die bei der Konsultation angesprochen wurden, gleich, welche Entscheidungsebene für diese Fragen zuständig ist. Gewiss fällt die Jugendpolitik im eigentlichen Sinn im Wesentlichen in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. In einigen Ländern sind die Kompetenzen weitgehend auf regionaler, oft sogar lokaler Ebene angesiedelt. Die auf lokaler Ebene getroffenen Entscheidungen sind übrigens jene, die sich am stärksten auf den Alltag der Jugendlichen auswirken. Daher sollte in diesem Bereich grundsätzlich das Subsidiaritätsprinzip zur Anwendung kommen, da dies die wirksamste Vorgehensweise ist. Das bedeutet jedoch zugleich, dass einer besseren Zusammenarbeit auf europäischer Ebene mehr Beachtung zu schenken ist, wodurch die Auswirkungen und die Kohärenz der einzelstaatlichen politischen Maßnahmen verstärkt werden.

Aus diesen Gründen besteht die Hauptabsicht des Weißbuchs darin, der Europäischen Union einen neuen Rahmen für die Zusammenarbeit in Jugendfragen zur Verfügung zu stellen, der ehrgeizig ist, den Erwartungen der Jugendlichen entspricht und dabei doch realistisch bleibt. Dieser Rahmen soll unter Beachtung der jeweiligen Zuständigkeitsbereiche in den zahlreichen Themen, die bei der Konsultation aufgeworfen wurden, Prioritäten setzen. Diese Zusammenarbeit muss auf den bereits existierenden Aktivitäten aufbauen und gegebenenfalls mit den anderen, derzeit laufende Initiativen vor allem im Bereich Beschäftigung, Bildung und soziale Integration harmonisieren und diese ergänzen. Nicht zuletzt soll der neue Rahmen dafür sorgen, dass die Entscheidungsträger der verschiedenen Ebenen und die Akteure im Jugendbereich besser zusammenarbeiten.

Dieser neue Rahmen für die Zusammenarbeit umfasst zwei wichtige Aspekte:

- die Anwendung der offenen Methode der Koordinierung speziell auf dem Gebiet der Jugendpolitik,
- und die verstärkte Berücksichtigung der Bedürfnisse der Jugendlichen in den anderen Politikbereichen.

4.1. Der spezifische Bereich der Jugendpolitik

4.1.1. Die offene Methode der Koordinierung

In Artikel 149 des Vertrags ist die Entwicklung einer qualitativ hochstehenden Bildung durch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Die Anliegen der Jugendlichen, wie sie bei der Konsultation eindeutig geäußert wurden und die die Bildung im weitesten Sinn betreffen, sind meist nicht durch den Erlass von Gesetzen zu erfüllen. Alle in diesem Bereich Tätigen waren sich jedoch darin einig, dass eine gemeinsame Arbeit erheblichen Mehrwert schaffen würde, und die Mitgliedstaaten brachten klar ihren Willen zu einer verstärkten Kooperation zum Ausdruck.

Aus diesem Grund ist die offene Methode der Koordinierung die Geeignetste und die Voraussetzungen für ihre erfolgreiche Anwendung sind bereits gegeben. Diese Methode umfasst Folgendes: Festlegung von Leitlinien für die Union mit entsprechenden Zeitplänen für die Verwirklichung der von den Mitgliedstaaten gesetzten kurz-, mittel- und langfristigen Zielen; gegebenenfalls Festlegung quantitativer und qualitativer Indikatoren und Benchmarks im Vergleich zu den Besten der Welt, die auf die in den einzelnen Mitgliedstaaten und unterschiedlichen Bereichen bestehenden Bedürfnisse zugeschnitten sind, um den Vergleich der besten Praktiken zu ermöglichen; Umsetzung europäischer Leitlinien in die nationale und regionale Politik durch Entwicklung konkreter Ziele und Erlass entsprechender Maßnahmen unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Unterschiede; regelmäßige Evaluierung, Bewertung und gegenseitige Prüfung.¹³

Die offene Methode der Koordinierung fördert daher, wie dies das Weißbuch über das europäische Regieren betont, „die Zusammenarbeit, den Austausch bewährter Verfahren sowie die Vereinbarung gemeinsamer Ziele und Leitlinien von Mitgliedstaaten... Diese Methode beruht auf einer regelmäßigen Evaluierung der bei der Verwirklichung dieser Ziele erreichten Fortschritte und bietet den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ihre Anstrengungen zu vergleichen und aus den Erfahrungen der anderen zu lernen.“

Die speziell in der Jugendpolitik angewendete offene Methode der Koordinierung lehnt sich an die offene Koordinierungsmethode an, wie sie bereits im Bereich der Bildungspolitik zum Einsatz kommt. Wesentliche Elemente dieser Methode sind die Definition vorrangig einzustufender Themen, die Festlegung gemeinsamer Ziele und Leitlinien sowie die Einführung von Evaluierungsmechanismen. Die Methode umfasst auch Modalitäten zur Konsultation der Jugendlichen.

Die Kommission schlägt folgenden Mechanismus vor:

- Der Ministerrat bestimmt auf Vorschlag der Kommission in regelmäßigen Abständen, welchen Themen von gemeinsamem Interesse Priorität eingeräumt werden soll.
- Jeder Mitgliedstaat ernennt einen Koordinator für Jugendfragen, der als Ansprechpartner für die Kommission fungiert. Dieser informiert die Europäische Kommission über ergriffene politische Initiativen, Beispiele für vorbildliche Verfahren und Überlegungen über mögliche Entwicklungen im Zusammenhang mit den gewählten Themen.

- Die Europäische Kommission legt dem Ministerrat eine Zusammenfassung und Analyse dieser Informationen vor und ergänzt diese mit Vorschlägen für gemeinsame Leitlinien.
- Der Ministerrat setzt für jedes Thema gemeinsame Leitlinien und Ziele fest und arbeitet die anzuwendenden Modalitäten sowie gegebenenfalls die entsprechenden, auf Indikatoren beruhenden „Benchmarks“ aus.
- Die Europäische Kommission sorgt für eine regelmäßige Überwachung und Bewertung und erstattet dem Rat der für Jugendfragen zuständigen Minister Bericht.
- Das Europäische Parlament ist auf geeignete Weise in dieses Verfahren und seine Überwachung einzubeziehen. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen müssen ebenfalls Gelegenheit erhalten, sich zu diesem Thema zu äußern.
- Die Jugendlichen werden bei der Ausarbeitung vorrangiger Maßnahmen und ihrer Umsetzung konsultiert (vgl. 4.1.2. „Die Partizipation“).
- Die Beitrittsländer werden so weit wie möglich mit einbezogen.

Die hier vorgeschlagene offene Koordinierungsmethode vervollständigt das gemeinschaftliche Instrumentarium und bedeutet keine Einschränkung der Beschlüsse, die in dem im Vertrag vorgesehenen Rahmen gefasst werden könnten und aufgrund derer sich die Kommission zum Beispiel veranlasst sehen könnte, bestimmte Empfehlungen auf der Grundlage von Artikel 149 auszusprechen.

4.1.2. *Geeignete jugendspezifische Themen für die Anwendung der offenen Methode der Koordinierung*

Als spezifische Bereiche der Jugendpolitik, die sich besonders für die Anwendung der oben beschriebenen offenen Methode der Koordinierung eignen, schlägt die Europäische Kommission – zusätzlich zu den Themen, die bereits durch andere politischen Prozesse abgedeckt werden, wie z. B. Beschäftigung, soziale Integration und Bildung - die Partizipation, die Freiwilligenarbeit, die Information und die Verbesserung der Kenntnisse der Behörden über die Jugend und ganz allgemein alles vor, was zur Entwicklung und Anerkennung von Aktivitäten zugunsten der Jugendlichen beitragen kann („youth work“, Arbeit in Jugendclubs und -bewegungen, „streetwork“, Projekte zur Förderung des Staatsbürgerbewusstseins, der Integration, der Solidarität zwischen den Jugendlichen usw.). Dies entspricht den Aktivitäten und Instrumenten, die normalerweise auch in der Jugendpolitik auf nationaler Ebene zum Einsatz kommen.

Bei der Anwendung dieser offenen Koordinierungsmethode kann man sich auf die bei der Konsultation ausgesprochenen Vorschläge und die in ihrer Folge durchgeführten Analysen stützen, die in Anhang 1 zusammengefasst sind, um einen qualitativen Sprung bei der Zusammenarbeit in Jugendfragen zu machen und den Herausforderungen gerecht zu werden, denen man dabei gegenüberstehen wird.

Im Interesse von Ergänzung und Kohärenz sollten die Ergebnisse der Anwendung der offenen Methode der Koordinierung in der Jugendpolitik hinsichtlich Inhalte und

Mittel andere Politiken, Initiativen oder Gemeinschaftsprozesse bereichern und ihnen zusätzlichen Wert bringen.

Die Europäische Kommission hat die folgenden Themen als vorrangig einzustufen bestimmt, bei denen die offene Methode der Koordinierung anzuwenden ist, wobei sie der Ansicht ist, dass die Partizipation der Jugendlichen als erstes behandelt werden sollte.

• Die Partizipation

Die Partizipation der Jugendlichen ist ein typisches Gebiet, das in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten fällt. Die Anwendung der offenen Koordinierungsmethode in diesem Bereich wird jedoch einen Mehrwert für Europa schaffen, da eine verstärkte Einbeziehung der Jugendlichen zu ihrer Bildung und gleichzeitig zu ihrer Staatsbürgerschaft beiträgt.

Partizipation muss in erster Linie auf lokaler Ebene ausgebaut werden, u.a. auch in der Schule, ein Raum, in den Partizipation besonders gut verwirklicht werden kann. Darüber hinaus ist es notwendig, auch jene Jugendlichen mit einzubeziehen, die nicht in Vereinen organisiert sind.

Die offene Methode der Koordinierung könnte die Einführung von flexiblen und innovativen partizipativen Mechanismen durch die lokalen Behörden und die Gründung von regionalen und nationalen Jugendräten im gesamten Unionsgebiet zur Folge haben, die auch Jugendlichen offen stehen, die keiner Organisation angehören.

Als deutliches Signal in Richtung auf die Jugend schlägt die Kommission auch die Einrichtung einer permanenten Struktur für die Konsultation der Jugend auf europäischer Ebene vor. Der Ansicht der Europäischen Kommission zufolge sollte das Jugendforum, das entsprechend umzugestaltet ist, um auch die nicht in Jugendorganisationen erfassten Jugendlichen zu vertreten, als Rahmen für die Konsultation der Jugendlichen über die vorrangigen Themen der offenen Methode der Koordinierung und die Überwachung des Fortschritts dienen, wobei es darüber hinaus natürlich weiterhin direkte Konsultationen der Jugendlichen und punktuelle Initiativen geben sollte. Auch die Vertretung der Jugendlichen im Wirtschafts- und Sozialausschuss sollte ausgeweitet werden.

Nach Ansicht der Kommission könnten auf der Basis der offenen Methode der Koordinierung einige Aktionen sofort umgesetzt werden. Sie beabsichtigt

- im Lauf des Jahres 2002 einen direkten Dialog mit den Jugendlichen, insbesondere in Form von regelmäßigen Treffen zu bestimmten Themen, zu eröffnen;
- die Jugendlichen einzuladen, sich ab 2002 an der in der Folge des Europäischen Rates von Nizza gestarteten Debatte über die Zukunft Europas zu beteiligen;
- für 2003 und 2004 Pilotprojekte vorzuschlagen, mit denen die auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene unternommenen Anstrengungen

zur Förderung der Partizipation¹⁴ unterstützt werden sollen. Das Ergebnis dieser Pilotprojekte wird bei der Zwischenevaluierung des Programms JUGEND und bei der Ausarbeitung eines eventuellen zukünftigen Programms berücksichtigt werden.

• Die Information

Partizipation ist untrennbar mit der Information der Jugendlichen verbunden. Die Pflicht, die Jugendlichen – auch über europäische Belange – zu informieren, kommt in erster Linie den Mitgliedstaaten zu. Aus diesem Grund muss dieses Thema ebenfalls im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung behandelt werden. Dabei sollte man, wenn möglich, die Jugendlichen selbst erreichen, auf jeden Fall aber diejenigen Personen, die mit ihnen in der Schule, in den Klubs, in den Vereinen usw. in Kontakt sind. Diese Masseninformation erfordert einen koordinierten Ansatz, beträchtliche Mittel und die Einbeziehung der Jugendlichen bei der Gestaltung und der Einführung dieser Kommunikationsmittel. Dieser Ansatz wird mit der neuen Informationspolitik der Union koordiniert, die sich insbesondere aus der Anwendung der Grundsätze der „Governance“ ergeben wird und die derzeit von der Kommission in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament ausgearbeitet wird.

Nach Ansicht der Kommission könnten auf der Basis der offenen Methode der Koordinierung einige Aktionen sofort umgesetzt werden. Sie beabsichtigt:

- Anfang 2002 Initiierung der Errichtung eines elektronischen Portals, über das eine möglichst große Anzahl von Jugendlichen Zugang zu Informationen über Europa erhalten soll, wobei auf Synergien zwischen bestehenden Sites und dem zukünftigen Portal geachtet werden soll;
- Einrichtung eines diesbezüglichen elektronischen Forums.

• Freiwilligenarbeit von Jugendlichen

Freiwilligenarbeit – eine Form der Beteiligung an der Gesellschaft, eine erzieherisch wirkende Erfahrung und gleichzeitig ein Faktor, der die Vermittelbarkeit und die Integration fördert – kommt sowohl den Bedürfnissen der Jugendlichen als auch der Gesellschaft entgegen.

In den nächsten Jahren sollte die Freiwilligenarbeit mit Hilfe der offenen Methode der Koordinierung deutlich ausgebaut werden, insbesondere auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, wobei es sicherlich auch notwendig sein wird, eine Diskussion über den rechtlichen und sozialen Schutz der jungen Freiwilligen anzuregen.

Bei einer derartigen allgemeinen Einführung der Freiwilligenarbeit für Jugendliche kann man sich auf die Erfahrungen mit dem europäischen Freiwilligendienst stützen (Art der Betreuung, Finanzierungsmodus usw.). Auf europäischer Ebene ist für die Anerkennung des Freiwilligendienstes als nicht formale Bildungs- und Lernerfahrung zu sorgen. Der europäische Freiwilligendienst für Jugendliche könnte durch eine Partnerschaft mit Organisationen in aller Welt, die Freiwilligenaktivitäten

¹⁴

Dies sind zum Beispiel Projekte auf Internet-Basis, die eine Ergänzung zu den im Rahmen der Initiative „Elektronische Demokratie“ (IST-Leitaktion 1) ergriffenen Maßnahmen bilden.

organisieren und unterstützen, ausgeweitet werden. Die Mitgliedstaaten müssten hierfür unverzüglich alle der Mobilität der jungen Freiwilligen entgegenstehenden Hindernisse beseitigen.

- **Mehr Wissen über die Jugend**

Auf europäischer Ebene ist das Wissen über die Realität zu verbessern, in der die Jugendlichen leben. Zu diesem Zweck schlägt die Kommission die Durchführung folgender Massnahmen unter Anwendung der offenen Methode der Koordinierung vor:

- Bestandsaufnahme und Vernetzung der bestehenden Strukturen sowie der im Rahmen der Union in Gang befindlichen Studien und Forschungsarbeiten über die Jugend; ergänzend dazu sollen auch die Arbeiten und Initiativen anderer internationaler Organisationen (Europarat, OECD, Vereinte Nationen usw.) berücksichtigt werden;
- Überlegungen über einen methodischen Ansatz auf diesem Gebiet auf europäischer Ebene;
- gegebenenfalls Ausarbeitung eines Studien- und Forschungsprogramms, das sich in erster Linie auf die auf nationaler Ebene durchgeführten Arbeiten stützt und das die durch das Sechste Europäische Rahmenprogramm im Bereich Forschung gebotenen Möglichkeiten nutzt;¹⁵
- Einrichtung der notwendigen statistischen Mittel, wobei die bereits im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems bestehenden Werkzeuge genutzt werden sollen.¹⁶

4.2. Verstärkte Berücksichtigung der Jugend in den anderen Politikbereichen

Die zahlreichen weiteren Themen, die bei der Konsultation angesprochen wurden, wie z.B. Beschäftigung, Bildung, formales und nicht formales Lernen, soziale Integration, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Einwanderung, Verbraucherfragen, Gesundheit und Risikoprävention, Umwelt, Gleichstellung von Männern und Frauen usw., erfordern eine enge Koordination mit den zuständigen Behörden auf nationaler und europäischer Ebene.

Auf europäischer Ebene erfolgen diese Maßnahmen und Aktionen auf der Grundlage des Vertrags, wobei stets die verschiedenen zur Verfügung stehenden politischen Instrumente zum Einsatz kommen.

Die Europäische Kommission wird dafür Sorge tragen, dass jedes Mal, wenn dies zweckmäßig ist, die Leitlinien, die die Jugend betreffen auch bei Maßnahmen und

¹⁵ Priorität 7 des Rahmenprogramms im Bereich Forschung 2002-2006: „Citizens in an evolving knowledge society“.

¹⁶ Das Europäische Statistische System (ESS) ist ein Netz aller Regierungsorgane, die auf den verschiedenen Ebenen – der regionalen, der nationalen und der europäischen – für die Sammlung, Verarbeitung und Verbreitung der für das wirtschaftliche und soziale Leben der Gemeinschaft notwendigen statistischen Informationen zuständig sind. Die gemeinschaftliche Zentrale des Europäischen Statistischen Systems ist Eurostat.

Aktionen in anderen politischen Bereichen verstärkt berücksichtigt werden, gleich, welche Instrumente dabei verwendet werden. Zu diesem Zweck werden die in Anhang 1 angeführten Ergebnisse der Konsultationen berücksichtigt.

Die für Jugendfragen zuständigen Minister ihrerseits müssten darauf achten, dass die Anliegen der Jugendlichen bei diesen anderen politischen Maßnahmen berücksichtigt werden, sei es nun auf nationaler Ebene oder bei der Umsetzung der europäischen Politik.

Durch die Konsultationen ist die Europäische Kommission zu dem Schluss gelangt, dass Bildung, lebenslanges Lernen, Mobilität, Beschäftigung und soziale Integration sowie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Themen sind, innerhalb derer die Bedürfnisse der Jugendlichen besonders zu berücksichtigen sind.. Auch die Frage der Unabhängigkeit der Jugendlichen sollte eingehender untersucht werden.

• **Bildung, lebenslanges Lernen und Mobilität**

In verschiedenen Mitteilungen an den Rat behandelt die Kommission Themen in Zusammenhang mit Bildung, sei es in der Schule, an der Universität oder außerhalb dieser Institutionen durch andere, nicht formale Formen des Lernens (Ziele der Bildungssysteme, Verwirklichung eines europäischen Raums für Bildung und lebenslanges Lernen); die diesbezügliche Entwicklung wird von der Gemeinschaft beobachtet.

In diesem Zusammenhang wird in einigen Ländern von Jugendorganisationen, Sozialarbeitern und Gemeinden vorbildliche Arbeit mit Jugendlichen geleistet. Eingebettet in den allgemeinen Rahmen der Maßnahmen im Bereich der Bildung und des lebenslangen Lernens, würde diese Arbeit von

- einer besseren Definition der Konzepte, der erworbenen Kenntnisse und der Qualitätsstandards,
- einer Aufwertung der Personen, die sich bei diesen Aktivitäten engagieren,
- einer besseren Anerkennung dieser Aktivitäten und
- einer verstärkten Komplementarität mit der formalen allgemeinen und beruflichen Bildung,

enorm profitieren, ohne dass dies ihrem innovativen und nicht formalen Charakter Abbruch tun würde.

Auch die Mobilität war Gegenstand eines Aktionsplans und einer Empfehlung, die vom Europäischen Rat von Nizza im Dezember 2000 bzw. gemeinsam vom Rat und dem Europäischen Parlament im Juli 2001 angenommen wurden. Diese Initiativen müssen mit jenen korrespondieren, die aus der Anwendung der offenen Methode der Koordinierung in der Jugendpolitik erwachsen.

• **Beschäftigung**

Auf diesem Gebiet ist die Europäische Union seit mehreren Jahren besonders aktiv. In der Folge des Europäischen Rates von Luxemburg im November 1997 entwickelte

sie eine Europäische Beschäftigungsstrategie. Diese Strategie beruht auf dem neuen Titel „Beschäftigung“ des Vertrags von Amsterdam.

Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, eine Politik zu betreiben, die die Integration aller Menschen in den Arbeitsmarkt fördert. Diese Politik beruht auf folgenden vier Säulen: Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, Entwicklung von Unternehmmergeist und Schaffung von Arbeitsplätzen, Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und ihrer Beschäftigten sowie Verstärkung der Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern.

Mit besonderem Blick auf die Jugendlichen wird in den beschäftigungspolitischen Leitlinien die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Verhütung von Langzeitarbeitslosigkeit durch individuelle Betreuung, zur Verbesserung der Schul- und Berufsausbildungssysteme, zur Verringerung der Anzahl der Schulabbrecher und zur allgemeinen Einführung eines Unterrichts über neue Technologien betont.

- **Soziale Integration**

Der Europäische Rat von Lissabon beschloss im März 2000, dass eine offene Methode der Koordinierung zur Förderung der sozialen Integration heranzuziehen sei. Nach dem Vorbild der Europäischen Beschäftigungsstrategie kombiniert diese offene Koordinierungsmethode die (vom Europäischen Rat von Nizza im Dezember 2000 beschlossenen) gemeinsamen Ziele im Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Armut und die (erstmalig im Juni 2001 vorgelegten) nationalen Aktionspläne.

Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, ihre diesbezüglichen Prioritäten und die wichtigsten Maßnahmen ihrer nationalen Pläne vorzulegen, die auf den in Nizza angenommenen vier gemeinsamen Zielen beruhen, nämlich auf der Förderung der Beschäftigung und des Zugangs aller zu den Ressourcen, Rechten und Dienstleistungen; auf der Verhütung von Ausgrenzung; auf dem Einsatz für Problemgruppen und auf der Mobilisierung aller Akteure und der Förderung der Beteiligung.

Sowohl in den gemeinsamen Zielen als auch in den Aktionsplänen wurden verschiedene Aspekte speziell mit Blick auf die Jugend behandelt: Dies sind die Entwicklung eines Arbeitsmarktes, der die Integration der Jugendlichen fördert; die Sicherstellung angemessener Ressourcen und Einkommen für Jugendliche in gefährdeten Verhältnissen oder in Schwierigkeiten, besonders aber auch für Minderheiten, junge Frauen in schwierigen finanziellen Situationen oder junge Behinderte; der Kampf gegen ungleiche Bildungschancen; die Förderung des Zugangs zu qualitativ hochstehenden Dienstleistungen (Wohnung, medizinische Versorgung, Kultur, Recht und Justiz) und die Wiederbelebung von mehrfach benachteiligten Gebieten.

- **Der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter den Jugendlichen**

Dem Kampf gegen jede Form von Diskriminierung wurde im Vertrag von Amsterdam (Artikel 13) verstärkte Bedeutung beigemessen, und es gibt auch andere

neue Instrumente der Europäischen Union in diesem Bereich (zwei Richtlinien und ein Aktionsprogramm).¹⁷

Der Kampf gegen Diskriminierungen, insbesondere gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, sowie der Einsatz für den multikulturellen Charakter unserer Gesellschaften fällt bei Jugendlichen auf besonders fruchtbaren Boden und besitzt erhebliches Mobilisierungspotenzial.

Auf europäischer Ebene wird vorgeschlagen, dem Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in allen Programmen und Aktionen der Gemeinschaft, die die Jugendlichen betreffen, Priorität einzuräumen. Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kann hierbei eine entscheidende Rolle übernehmen, und es sollten auch die Maßnahmen der Zivilgesellschaft in diesem Bereich unterstützt werden. Die Kommission wird sich auf eine Vernetzung der Jugendorganisationen stützen, die in diesem Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv sind und die sich für die Rechte aller, insbesondere der Minderheiten, einsetzen. Diese Arbeiten werden mit dem Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Diskriminierungen koordiniert. Ihr Ziel ist es, dass alle Jugendlichen einen Beitrag zu den diesbezüglichen Anstrengungen der Gemeinschaft leisten.

Auf nationaler Ebene müssten die Mitgliedstaaten diesem Thema in ihren Maßnahmen für Jugendliche einen wichtigen Platz einräumen. Die Arbeit vor Ort, in Form von lokalen Projekten, die die Solidarität und das Verantwortungsbewusstsein stärken, müssen in diesem Kampf eine Schlüsselrolle spielen.

- **Die Autonomie der Jugendlichen**

Angeichts der großen Bedeutung, die dem Problem Autonomie bei den Konsultationen zugewiesen wurde, schlägt die Kommission die Einsetzung einer hochrangigen Arbeitsgruppe vor, die die Kommission und den Ministerrat in seinen verschiedenen Zusammensetzungen berät. Es handelt sich dabei um ein komplexes Problem, für dessen Lösung Experten unterschiedlicher Fachgebiete gefragt sind und Maßnahmen auch in anderen politischen Bereichen, nicht nur im Jugendbereich, notwendig sind (Beschäftigung, Familie, Sozialschutz, Gesundheit, Verkehr, Justiz und innere Angelegenheiten).

4.3. Die Umsetzung des Programms JUGEND

Ziel des Programms JUGEND ist es, die Jugendlichen bei ihrem Beitrag zum Aufbau Europas zu unterstützen, ein Verständnis für andere Kulturen zu entwickeln, die Grundwerte zu stärken, d.h. für die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen und Rassismus bzw. Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen, einen Solidaritätssinn zu entwickeln, Unternehmergeist, Eigeninitiative und Kreativität zu fördern, die

¹⁷ Richtlinie 2000/43/EG zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft; Richtlinie 2000/78/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf; Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Bekämpfung von Diskriminierungen 2001-2006: Das Programm unterstützt Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierungen aus Gründen der rassischen oder ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters und der sexuellen Ausrichtung.

Anerkennung der nicht formalen Bildung zu unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen allen jenen zu stärken, die im Jugendbereich tätig sind. Das Programm steht auch den Beitrittsländern offen.

Das Programm JUGEND muss daher in den Dienst der neuen, im vorliegenden Weißbuch empfohlenen Zusammenarbeit gestellt werden. In voller Übereinstimmung mit dem Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung des Programms¹⁸, schlägt die Kommission jährlich im Arbeitsplan des Programms Prioritäten in Einklang mit den im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung festgelegten Zielsetzungen vor. Die Zwischenevaluierung und die Ausarbeitung des neuen, ab 2007 umzusetzenden Programms werden ebenfalls für eine Neuausrichtung des Programms genutzt, damit es die Arbeiten gemäß der offenen Methode der Koordinierung im Jugendbereich optimal unterstützt.

Zusätzlich zu den oben erwähnten spezifischen Maßnahmen, die im Rahmen des Programms JUGEND und als Ergebnis der Arbeiten im Zuge des Weißbuches ausgearbeitet werden, ist die Schaffung einer Internet-Plattform zu nennen, die speziell für Jugendliche bestimmt ist und wenn möglich auch von Jugendlichen betreut werden soll.

5. SCHLUSSFOLGERUNG

Mit dem Weißbuch soll der Europäischen Union ein neuer Rahmen für die Zusammenarbeit im Bereich Jugend verliehen werden.

Es kommt somit den Forderungen aller Beteiligten im Bereich der Jugendpolitik, einschließlich der Mitgliedstaaten, nach.

Diese Zusammenarbeit wird sich nicht nur an die bereits bestehenden nationalen und gemeinschaftlichen Aktivitäten anlehnen, sondern sie wird sich auch auf die Anwendung der offenen Methode der Koordinierung im spezifischen Bereich Jugendpolitik und die Berücksichtigung der Dimension Jugend in anderen Politikbereichen stützen.

In einer ersten Etappe wird das Weißbuch anlässlich des von der belgischen Präsidentschaft organisierten Kolloquiums von Gent vorgestellt, zu dem alle in diesem Prozess konsultierten Akteure geladen sind. Am 29. November wird die Kommission beim Rat „Bildungs- und Jugendfragen“ den Inhalt des Weißbuchs den zuständigen Ministern darlegen. Darüber hinaus wird es auch dem Europäischen Parlament und dem Ausschuss der Regionen sowie dem Wirtschafts- und Sozialausschuss zur Begutachtung vorgelegt.

Die Kommission wird die festgelegten Kooperationsmechanismen einführen und für die erforderliche Evaluierung sorgen.

¹⁸

Beschluss Nr. 1031/2000/EG vom 13.04.2000.

ANHÄNGE

ANHANG 1

ERGEBNISSE DER KONSULTATION

Die vor der Erstellung dieses Weißbuchs durchgeführte Konsultation war nicht nur die bisher umfangreichste, sondern sie brachte auch eine Vielfalt an Vorschlägen hervor. Dadurch wurde auf diesem Gebiet eine beträchtliche Dynamik erzeugt.

Die Vorschläge waren das Ergebnis des Dialogs und Austauschs zwischen allen Akteuren im Jugendbereich, d.h. den Jugendlichen, den Vertretern der Jugendorganisationen, den Wissenschaftlern sowie den Verantwortlichen von Verwaltung und Politik.

Selbstverständlich ist die europäische Jugend kein homogenes Ganzes. Sowohl einzeln als auch als kollektiv betrachtet weist sie erhebliche soziale, wirtschaftliche, kulturelle und regionale Unterschiede auf. Die nationalen und europäischen öffentlichen Stellen müssen dieser Tatsache Rechnung tragen. Die Vorschläge beziehen sich übrigens auf die unterschiedlichsten Bereiche. Sie bestätigen weitgehend die Analyse der Kommission bezüglich der Herausforderungen, vor die Europa durch seine Jugend gestellt wird und der Notwendigkeit einer neuen Politik. Die Qualität der Vorschläge eröffnet zahlreiche mögliche Wege für die Umsetzung dieser neuen Politik. Im Zuge des Konsultationsprozesses nannten die Jugendlichen fünf große Themenkreise, die Gegenstand von weiteren Überlegungen sein sollten:

- Beteiligung,
- allgemeine Bildung,
- Beschäftigung, berufliche Bildung, soziale Integration,
- Wohlergehen, persönliche Unabhängigkeit, Kultur,
- europäische Werte, Mobilität, Beziehungen zur übrigen Welt.

Die im Folgenden vorgestellten Ergebnisse wurden nach diesen Themenkreisen zusammengefasst. Für jeden Themenkreis haben die Dienststellen der Kommission eine Analyse der Ergebnisse der Konsultation vorgenommen, wobei in erster Linie die Aussagen der Jugendlichen wiedergegeben werden sollen. Einige beispielhafte Aktivitäten zeigen, dass es vor Ort schon zahlreiche interessante Erfahrungen gibt (siehe Kästen). Diese Beschreibung ist jedoch weder eine Auswahl im Sinne einer „Bestenliste“ noch eine erschöpfende Aufzählung aller laufenden Projekte.

Schließlich bietet dieser Teil auch eine Zusammenfassung der Vorschläge, die die Jugendlichen und die anderen Teilnehmer an dieser Konsultation an die Behörden gerichtet haben. Diese Vorschläge werden nach politischen Ebenen eingeteilt, auf denen die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen sind, wobei sich ein großer Teil an die Mitgliedstaaten richtet. Die Kommission ist bemüht, die bei der Konsultation den europäischen Entscheidungsträgern gegenüber geäußerten Meinungen möglichst getreu wiederzugeben. In diesem Sinne fühlt sich die Kommission nicht in jedem

Falle an die dabei ausgesprochenen Vorschläge, wie sie im folgenden aufgeführt werden, gebunden.

1. KEINE DEMOKRATIE OHNE PARTIZIPATION

1.1. Analyse der Ergebnisse

Die Partizipation der Jugendlichen ist ein oft besprochenes Thema, das bereits Gegenstand zahlreicher Beiträge europäischer und internationaler Einrichtungen war. Die im Rahmen der Erstellung des Weißbuchs durchgeführten Konsultationen sind ein Beweis für den politischen Willen, der Beteiligung von Jugendlichen in den verschiedensten Formen einen zentralen Platz einzuräumen. Sie gaben den jungen Menschen Gelegenheit, Vorschläge zu formulieren, waren aber an sich schon eine konkrete Form der Partizipation, wie sie für die Zukunft empfohlen wird.

• *Klare Forderungen*

Die von den Jugendlichen am deutlichsten zum Ausdruck gebrachte Botschaft ist ihr Wille, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben, in der sie leben. Sie auszuschließen bedeutet, dass die Demokratie nicht hundertprozentig funktioniert. Das Urteil, sie seien wenig interessiert und engagiert, ist ihrer Meinung nach ungerecht und unbegründet. Sie sind der Ansicht, man gebe ihnen weder die finanziellen Mittel noch die Informationen oder die Ausbildung, die nötig wären, um eine aktivere Rolle spielen zu können. Auch für die Jugendorganisationen ist das Recht auf Partizipation ein Grundrecht, das für alle ohne Unterschied gelten muss. Viele von ihnen bemühen sich, die Jugendlichen bei der Geltendmachung dieses Rechts in der Praxis zu unterstützen.

Die Beteiligung der unter 25-Jährigen an lokalen, nationalen oder europäischen Wahlen ist allgemein gering. Es gibt jedoch zahlreiche Hinweise darauf, dass sie ein lebhaftes Interesse am öffentlichen Leben haben. Diese Kluft zwischen den Erwartungen und der Praxis ist - insbesondere den Wissenschaftlern zufolge - die Erklärung für den Wunsch und das Bedürfnis nach einer verstärkten Einbeziehung. Diese Forderung ist weder überraschend noch neu, doch die Art, in der sie ausgedrückt wird, hat sich verändert. Das Ausmaß der Beteiligung variiert übrigens stark von einem Jugendlichen zum anderen.

• *Ein gemeinsames Konzept, ein Grundrecht, verschiedene Formen der praktischen Umsetzung*

Die Jugendlichen wünschen ein Mitspracherecht bei allen Aspekten ihres täglichen Lebens, wie z.B. Familie, Schule, Arbeit, Gruppenaktivitäten, Wohnviertel usw.; sie bringen damit aber auch zum Ausdruck, dass sie zu allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen gehört werden wollen.

Zugang und Dialog

„Young Voice – Llais Ifanc“ ist eine Initiative des walisischen Parlaments, die die Jugendlichen zu Wort kommen lässt, Adressen bekannt gibt, bei denen man Informationen erhält, und Diskussionsrunden und Konferenzen organisiert

<http://www.wales.gov.uk/youngvoice>

Ihr Interesse beschränkt sich nicht nur auf lokale Fragen, sondern erstreckt sich auch auf ihre Region, ihr Land, Europa und die Welt. Mit anderen Worten: Das Recht auf

Partizipation darf nicht eingegrenzt werden und muss ohne Einschränkungen ausgeübt werden können. Wenn sie sich dafür engagieren, dass bestimmte benachteiligte oder am Rande der Gesellschaft stehende Jugendliche, ethnische Minderheiten oder - auch illegale - Einwanderer mehr Mitspracherecht bekommen, so geschieht dies somit im Namen eines umfassenderen Kampfes für eine allgemeine Partizipation, bei der niemand diskriminiert wird.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft verfolgen einen ähnlichen Ansatz, auch wenn sie aus praktischen Gründen den Schwerpunkt auf enger definierte Ziele oder Zielgruppen legen (Jugendliche in ihrer lokalen Umgebung, in den ländlichen Gebieten, randständige und benachteiligte Gruppen, junge Frauen usw.). Sie empfehlen eine integrativere, auf langfristige Ziele ausgerichtete Vorgehensweise und fördern deshalb alle Formen der Beteiligung und alle Aktivitäten, die sich auf persönliches Engagement der Jugendlichen und Freiwilligenarbeit stützen.

• *Partizipation – ein Lernprozess*

Wenn sich die Jugendlichen beteiligen wollen, müssen sie dafür bestimmte Fähigkeiten erwerben oder verbessern. Dabei handelt es sich um einen allmählichen Lernprozess.

Entscheidend ist dabei der erste Schritt, der im allgemeinen in der näheren Umgebung (Schule, Wohnviertel, Gemeinde, Jugendzentrum, Verein usw.) erfolgt. Er verschafft ihnen Selbstvertrauen und die nötige Erfahrung für die nächsten Schritte. Auf lokaler Ebene ist es auch möglich, durch Partizipation konkrete, sichtbare und von den Jugendlichen kontrollierbare Veränderungen hervorzurufen. Auf dieser Ebene haben die Jugendlichen nicht nur die Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern, sondern sie können auch direkt am Entscheidungsprozess mitwirken.

Unterstützung der Partizipation auf lokaler Ebene

Østerbro, ein Stadtviertel von Kopenhagen nimmt gemeinsam mit 16 weiteren dänischen Gemeinden an einem Pilotprojekt teil, dessen Ziel es ist, Jugendlichen durch eine Reihe von Aktivitäten zu ermöglichen, mehr demokratische Erfahrung zu sammeln, Verantwortung zu übernehmen und Einfluss zu nehmen. So hat der Bezirk Østerbro ein Jugendzentrum mit einem Beratungszentrum, Kommunikationsmitteln und Theateraktivitäten geschaffen. Das Hauptmerkmal dieses Zentrums ist, dass es von den Jugendlichen selbst verwaltet wird. Es gibt keinen Leiter und keinen Verwaltungsrat. Das Zentrum steht allen Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren offen. Es ist keine Einschreibung nötig; die Jugendlichen kommen einfach, um ein Projekt zu verwirklichen, über das keinerlei Werturteil abgegeben wird. Die Aufgabe des Zentrums beschränkt sich darauf, die Jugendlichen bei der Umsetzung ihres Projekts zu unterstützen.

In einem zweiten Schritt werden sich die Jugendlichen bewusst, dass eine ganze Reihe von Entscheidungen, die Auswirkungen auf lokaler Ebene zeigen, in höheren, insbesondere europäischen Entscheidungsinstanzen getroffen werden. Sie müssen daher daran arbeiten, in die jeweils nächsthöhere Ebene zu gelangen, z.B. durch das Knüpfen von Verbindungen und Netzen.

Partizipation ermöglicht es, Fähigkeiten zu erwerben, die in verschiedenen Bereichen (Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Politik usw.) und verschiedenen institutionellen Kontexten angewendet werden können. In diesem Zusammenhang wurde betont, dass die Trennung zwischen formaler und nicht formaler Bildung kontraproduktiv ist. Zwar ist die Schule nach wie vor einer der wichtigsten Orte zum Erlernen und Einüben partizipativer Praktiken, doch in den Augen der Jugendlichen weist sie den Nachteil auf, dass sie dort nicht so sehr als aktive Bürger wahrgenommen werden.

- *Sich beteiligen - aber wie ?*

Nach Ansicht der Jugendlichen sind die bestehenden Mechanismen zur Beteiligung ungenügend. Sie misstrauen bestimmten Formen der repräsentativen Demokratie; diese Vorbehalte sind jedoch weit geringer, wenn es sich um direktes, lokales Engagement in der Wohnumgebung handelt. Ihre Meinung über die Jugendorganisationen ist geteilt, einige sind der Ansicht, dies seien die geeignetsten Strukturen, um sich zu beteiligen, während andere sie wenig attraktiv finden. Letztere bevorzugen mehr oder weniger formale, auf lokaler Ebene aktive Gruppen, Jugendvereine oder -clubs, Jugendparlamente usw. Nur wenige denken jedoch, die geringe Beteiligung der Jugendlichen am öffentlichen Leben sei auf eine grundsätzliche Ablehnung zurückzuführen oder stelle den erklärten Willen der Gesellschaft dar.

Verschiedene Organisationen fördern die direkte Beteiligung der Jugendlichen und halten sich daher für ein nützliches Gegengewicht zu den Institutionen. Der Ansicht mancher Jugendlicher zufolge ist Organisiertsein eine der Voraussetzungen für Partizipation. Andere finden, dass die bestehenden Organisationen den Erwartungen eines Teils der Jugendlichen nicht mehr entsprechen und plädieren für neue Ansätze mit größerer Offenheit. Wie auch die Jugendlichen selbst wünschen auch die im Jugendbereich tätigen Organisationen eine bessere Unterstützung der „Nicht-Regierungs-Organisationen“ (NRO) durch die öffentliche Hand, die der von ihnen empfundenen sozialen Funktion entspricht.

Auch die Forscher betonten die Notwendigkeit einer Revitalisierung der Organisationen und Verbände. Angesichts ihrer gesellschaftlichen Grundlagen und ihrer Praktiken bestehe die Gefahr, dass sie den Bedürfnissen der Jugendlichen immer weniger entsprechen. Sie müssten Mittel und Wege finden, um außer ihren angestammten Anhängern auch Jugendliche anzusprechen, die keiner Organisation angehören wollen. Die modernen Kommunikationstechnologien, insbesondere das Internet, eröffnen hier neue Möglichkeiten: Sie erleichtern den Zugang zu Informationen und kommen dem Trend entgegen, sich in einer eher individuellen Form anstatt in einem Kollektiv zu engagieren.

- *Tatsächliche versus symbolische Partizipation*

Die Jugendlichen lehnen rein symbolische Formen der Partizipation ab. Die für dieses Weißbuch durchgeführte Konsultation hingegen ist eine gute Methode der Beteiligung, vorausgesetzt, die von den Jugendlichen zum Ausdruck gebrachten Ansichten und Empfehlungen werden auch tatsächlich berücksichtigt.

Ein „Nebenprodukt“ des Weißbuchs

„Gestalte Deine Zukunft selbst!“ Dieses Projekt besteht aus einer Diskussionsplattform und einem Netz von Jugendlichen. Das Forum wird von den Jugendlichen selbst verwaltet. Alle Themen werden in elektronischer Form oder mittels Veröffentlichungen auf Papier behandelt. Wesentlich ist, dass die Informationen zirkulieren und dass über Ideen diskutiert wird. Diese Initiative ist ein Ergebnis der nationalen Konferenz in Deutschland im Rahmen der Ausarbeitung des Weißbuchs. Finanziert wird sie durch das für Jugendfragen zuständige Ministerium.
<http://www.u26.de>

Die Vertreter der Jugendorganisationen empfehlen ebenfalls eine systematischere Durchführung derartiger Konsultationen, auch auf europäischer Ebene. Formen des

Co-Managements¹⁹ - wie sie z.B. vom Europarat angewendet wird - wurden als Partizipationsformen genannt, die eventuell als Inspiration dienen könnten.

Was die Wissenschaftler betrifft, so plädierten diese nachdrücklich für eine Einbeziehung der Jugendlichen bis hin zum Entscheidungsprozess. Eine Beteiligung, die nur Fassade ist, untergrabe das Vertrauen der Jugendlichen in die Institutionen und ihren Glauben an deren Fähigkeit und Willen, der Jugend einen vollwertigen Platz einzuräumen.

• Die Voraussetzungen für Partizipation

Die Errichtung eines rechtlichen Rahmens ist für die Jugendlichen eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer echten Partizipation. Dieser Rahmen müsste eine Unterstützung von Partizipationsstrukturen vorsehen und die Grundsätze einer Erziehung zur Demokratie beschreiben. Die Jugendorganisationen verlangen auch die Förderung aller Formen der Partizipation, seien es nun herkömmliche oder neuartige. Dies setze die Anerkennung und die Unterstützung von bestehenden und neuen Strukturen voraus. Notwendig seien ein größerer Aufwand an Zeit und Geld, die Berücksichtigung besonderer Zugangsschwierigkeiten (soziale, kulturelle, körperliche, geistige usw.) sowie eine staatsbürgerliche Erziehung für alle. Darüber hinaus verlangen sie, dass sich die Ansichten und Beiträge der Jugendlichen in Entscheidungen niederschlagen und dass diese darüber informiert werden.

In diesem Zusammenhang könnten ihrer Ansicht nach Fragen des Alters, mit dem eine Person das aktive und passive Wahlrecht erhält (einschließlich der Frage der Senkung dieser Altersgrenzen), die Ausdehnung dieses Rechts (z.B. auf Einwanderer) oder die Einführung von Maßnahmen zur Förderung aktiver Staatsbürgerschaft behandeln werden.

Schaffung eines rechtlichen Rahmens

Im Rahmen des „Sozialinitiativfonds“ startete die Stadt Antwerpen im Jahr 1997 das Projekt „Jugend und Stadt“, um den Ansichten und Bedürfnissen der Jugendlichen auf städtischer Ebene besser Rechnung tragen zu können. Zu diesem Zweck wurde eine gesetzliche Bestimmung (der „Jugendparagraf“) eingeführt, die verpflichtend vorschreibt, dass alle von der Stadtverwaltung getroffenen Entscheidungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Jugendlichen zu analysieren sind. Darüber hinaus sind Forschungsarbeiten und qualitative Studien über die Lebensbedingungen der Jugendlichen in der Stadt in Gang.

<http://www.xs4all.be/~jesgent/index230.htm> ou JS@mail.dma.be

Eine andere, oft genannte Voraussetzung ist die Notwendigkeit, über geeignete Informationen zu verfügen. Seit Jahren unternehmen verschiedenste Organisationen erhebliche Anstrengungen, um die Qualität der für Jugendliche bestimmten Informationen zu verbessern. Die jungen Menschen scheinen jedoch nicht allzu viel mit diesen Informationen anfangen zu können. Sie klagen insgesamt nicht nur über zu wenig Informationen, sondern vor allem auch über deren mangelnden Nutzen. Die Jugendlichen verlangen konkrete Informationen, die ihren momentanen Bedürfnissen

¹⁹

Der Europarat ist seit mehr als 30 Jahren die einzige internationale Organisation, die im Jugendbereich ein System der paritätischen Verwaltung, das sogenannte Co-Management, praktiziert. Konkret bedeutet dies, dass den Entscheidungsfindungsstrukturen auch Vertreter der Jugendorganisationen angehören, die gemeinsam mit den Regierungsvertretern Maßnahmen und Programme der Institution beschließen. Diese Maßnahmen und Programme werden dem Ministerrat, dem wichtigsten Entscheidungsgremium des Europarates, zur Annahme vorgelegt. Grundlage dieses Co-Managements ist die Erklärung des Ministerrates vom 12.01.1971 (Dokument MR/Del/Concl(71) 196XXII).

entsprechen. Diese Informationen müssen darüber hinaus vorurteilsfrei sein und dürfen keinerlei diskriminierende Haltung gegenüber Jugendlichen oder Minderheiten erkennen lassen. Das Internet ist ein Kommunikationsmittel, das weiterentwickelt werden sollte, vorausgesetzt, der Zugang dazu ist einfach und billig. Die Jugendorganisationen betonen auch die Notwendigkeit einer gezielteren, weniger zentralisierten und strategisch besser ausgerichteten Information.

Auch für die Forscher sind die Errichtung eines rechtlichen Rahmens, die Erziehung zum Staatsbürger und das Suchen eines Dialogs, bei dem von der Erfahrung der Jugendlichen ausgegangen wird, unabdingbare Voraussetzungen für die Partizipation. Doch ihrer Meinung nach müsste dies noch weiter gehen, man müsste neue Räume eröffnen, in denen die Jugendlichen, die Erzieher, die Jugendbetreuer und die Verwaltungen an einem gemeinsamen Werk arbeiten, das erst dann als fertiggestellt gilt, wenn konkrete Entscheidungen und Ergebnisse vor Ort erzielt wurden.

1.2. Vorschläge, die sich aus der Konsultation ergeben

Beteiligung der Jugendlichen am öffentlichen Leben

Diese Beteiligung erfolgt in zwei Formen: in einer formaleren im Rahmen der Mechanismen der repräsentativen Demokratie und in einer weniger formalen, bei der versucht wird, neue Formen der Partizipation zu entwickeln. Nur wenn man beide Dimensionen im Auge behält, wird man das soziale Kapital, das die Jugend darstellt, richtig zur Geltung bringen können.

Die vorgeschlagenen Vorgehensweisen beruhen auf folgenden Grundsätzen:

- Die lokale Ebene ist äußerst wichtig;
- die Einbeziehung darf sich nicht nur auf organisierte Jugendliche und jugendspezifische Themen beschränken;
- die Schule ist nach wie vor einer der wichtigsten Orte, an denen Partizipation praktiziert wird, auch wenn die Bedeutung der nicht formalen, außerschulischen Bildung und des nicht formalen Lernens anerkannt wird;
- die Einbeziehung der Jugendlichen darf nicht nur darin bestehen, ihre Meinung zu erkunden.

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

- Die lokalen Behörden sollten flächendeckend in ganz Europa in den verschiedensten Bereichen (Schulen, Sportclubs, Vereine usw.) flexible, innovative Partizipationsmechanismen einführen, die für von den Jugendlichen selbst entwickelte Methoden Platz lassen und sich auf Kontaktpersonen stützen. Darüber hinaus könnten Mechanismen für einen Dialog zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen vorgesehen werden, dessen Modalitäten den lokalen Gegebenheiten entsprechend gewählt werden und Netze zum Austausch von Erfahrungen und vorbildlichen Praktiken aufgebaut werden.
- Die wichtige Rolle der vor Ort tätigen Akteure und ihre Funktion als Förderer und Kontaktpersonen für den Partizipationsprozess ist weiter auszubauen.

- In der gesamten EU sind auf regionaler und nationaler Ebene Jugendräte einzusetzen, die auch der nicht organisierten Jugend offen stehen und von den politischen Kräften unabhängig sind. Die regionalen und nationalen Behörden sollten verpflichtet sein, diese Jugendräte bei allen Entscheidungen zu konsultieren, von denen die Jugendlichen spürbar betroffen sind.
- Die nationale Ebene ist eine wichtige Schnittstelle zwischen der lokalen und der europäischen Ebene:
 - Die nationalen Behörden leiten die Vorschläge und Empfehlungen an die europäischen Organe weiter und informieren diese gegebenenfalls über eventuell entwickelte vorbildliche Praktiken,
 - gleichzeitig ist es ihre Aufgabe, die gemeinsam auf europäischer Ebene festgelegten Ziele unter Beachtung der politischen Besonderheiten, der Einrichtungen und der Organisation des jeweiligen Landes umzusetzen.
- Die Mitgliedstaaten sollten verpflichtet werden, die Maßnahmen bekanntzugeben, die sie zur Förderung der Einbeziehung der Jugendlichen zu ergreifen gedenken; zusammen mit diesen Prioritäten sollten zahlenmäßige Ziele (zum Beispiel: Größe der zu erfassenden Bevölkerungsgruppe, Fristen usw.) veröffentlicht und Überwachungsmodalitäten vorgesehen werden.
- Die Einbeziehung der Jugendlichen in diesen Prozess, so wie bei der Ausarbeitung dieses Weißbuchs erprobt, ist ein eigenständiges Ziel.

Auf europäischer Ebene

- Das Europäische Jugendforum sollte nicht nur den nationalen Jugendorganisationen und -räten (und über diese den regionalen und lokalen Organisationen und Räten), sondern auch denjenigen Jugendlichen offen stehen, die nicht von diesen Strukturen vertreten werden. Ein derartiges erweitertes Forum wäre ein idealer Ansprechpartner für die europäischen Organe.
- Vernetzung und direkter Dialog sind zu fördern, vor allem durch regelmäßige Treffen (bei denen zum Beispiel die im vorliegenden Weißbuch genannten Themen behandelt werden).
- (Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten) sollten Pilotprojekte finanziert werden, deren Ziel es ist, die auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene unternommenen Anstrengungen zu unterstützen, um die Beteiligung der Jugendlichen auf allen Ebenen und in allen Formen zu fördern.
- In Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten sollte dafür gesorgt werden, dass die Jugendlichen in die in der Folge des Europäischen Rates von Nizza entstandene Diskussion über die Zukunft Europas mit einbezogen werden.
- Die Zusammenarbeit mit dem Europarat ist zu verstärken.
- Die Vertretung der Jugendlichen im Wirtschafts- und Sozialausschuss ist auszuweiten (indem die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, eine größere Zahl an Jugendvertretern zu ernennen).

- Es ist ein Jugend-Mediator zu ernennen (auch auf nationaler Ebene).

Information und Partizipation sind untrennbar miteinander verbunden

Durch diese Maßnahmen auf europäischer Ebene soll nicht die Anzahl der bereits verfügbaren Strukturen, Kanäle und Informationen vergrößert werden; ihr Ziel ist es vielmehr, einen Sprung in der Qualität der für die Jugendlichen bestimmten Informationen zu erzielen.

Die Pflicht, die Jugendlichen – auch über europäische Angelegenheiten - zu informieren, fällt in erster Linie den Mitgliedstaaten zu. Die EU spielt hierbei nur eine ergänzende Rolle. Die Vorgehensweise, wie immer auch diese aussehen mag, muss jedenfalls auf folgenden Grundsätzen beruhen:

- Ausdrückliche Anerkennung eines echten Informationsbedürfnisses, die zur Ausarbeitung einer koordinierten Strategie zur Information der Jugendlichen führt;
- Chancengleichheit beim Zugang zu den Informationen ;
- kostenloser Zugang zu allen praktischen Informationen;
- Nähe, Flexibilität und Kommunikation mit „menschlichem Antlitz“;
- Einklang mit hochstehenden ethischen Normen;
- Einbeziehung der Jugendlichen bei der Gestaltung, der Einführung bzw. auch bei der Entwicklung der für sie bestimmten Kommunikationsmittel.

Bei der Informations- und Kommunikationskampagne für die Jugendlichen müssen folgende drei Leitlinien beachtet werden:

- Die Inhalte der verbreiteten Informationen müssen stets aktualisiert werden, um immer den Bedürfnissen der Jugendlichen zu entsprechen;
- die Instrumente und Kanäle zur Verbreitung dieser Informationen müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich sein und die Jugendlichen dort erreichen, wo sie sich tatsächlich aufhalten (vor allem in den Schulen, aber auch im Stadtviertel, auf der Straße usw.);
- diese Instrumente und Kanäle müssen miteinander verbunden (vernetzt) sein.

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

- Um die Jugendlichen mit für sie relevanten Informationen zu versorgen, sollte man sich vor allem auf Personen stützen, die in den Jugendorganisationen, Sportclubs, Schulen und Universitäten tätig sind und als Ansprechpartner fungieren. Die Jugendlichen selbst sollten als Ansprechpartner mobilisiert werden.
- Förderung der Bildung von Jugendinformationsnetzen: Vor allem auf lokaler Ebene ist die Verbreitung von allgemeinen Informationen mit einer echten, persönlichen Beratung zu koppeln. Auf nationaler und regionaler Ebene sind mehr

Schulungsmöglichkeiten zum Thema „Wie informiere ich die Jugendlichen?“ anzubieten.

- Die Informationen über europäische Belange sollten über nationale oder regionale Netze verbreitet werden, wobei auf geografische und kulturelle Besonderheiten Rücksicht zu nehmen ist. Die Einbeziehung von Jugendgruppen bei der Ausarbeitung von Informationsmaterialien sollte zu einer Selbstverständlichkeit werden.

Auf europäischer Ebene

- Es sollte die Möglichkeit der Einrichtung eines elektronischen Forums untersucht werden, das politische Entscheidungsträger und Jugendliche miteinander in Kontakt bringt, wobei Synergien zwischen bestehenden interaktiven Diensten und dem zukünftigen elektronischen Forum anzustreben sind. Dieser interaktive Service sollte für Konsultationen im Rahmen der Entwicklung und Initiierung von gemeinschaftlichen Maßnahmen für die Jugend eingesetzt werden.²⁰
- Aufbauend auf der bereits vom EURODESK-Netz²¹ geleisteten Arbeit sollte man die Errichtung eines einzigen elektronischen Portals vorantreiben, das Zugang zu möglichst vielen, für die Jugendlichen interessanten Informationen über Europa bietet. Die bestehenden Jugendinformationsnetze sowie die auf europäischer Ebene tätigen Jugendorganisationen sollten eingeladen werden, bei der Entwicklung dieses neuartigen Kommunikationsmittels mitzuarbeiten.
- Bei der Einrichtung bzw. Verstärkung des Systems zum Sammeln, Verbreiten und Aktualisieren von Informationen über Europa, deren Zielgruppe die Jugendlichen und mit ihnen zusammen arbeitende Menschen sind, sollte man sich die von den bereits bestehenden Netzen geleistete Arbeit zum Vorbild und zur Hilfe nehmen. Die Rolle der eng mit den Jugendlichen zusammenarbeitenden Ansprechpartner sollte aufgewertet werden.
- Die Verbreitung der Informationen durch nicht elektronische Mittel, insbesondere durch direkte Kontakte mit den Jugendlichen, sollte beibehalten werden.

2. DIE BILDUNG JUNGER MENSCHEN ALS ENTSCHEIDENDE PHASE IHRES LEBENS

2.1. Analyse der Ergebnisse

Die Jugendlichen verbringen immer mehr Zeit im Bildungssystem. Die formale Bildung in Schulen, an Universitäten und in Berufsbildungseinrichtungen und die nicht formale, ausserschulische sowie informelle Bildung außerhalb dieser Einrichtungen sind gleichermassen unverzichtbar, um den jungen Menschen die Fähigkeiten zu vermitteln, die sie heutzutage benötigen.

²⁰ Dieser Vorschlag ist Bestandteil der von der Kommission geförderten Aktionen eLearning und eEurope und steht in Einklang mit dem Inhalt des Weißbuchs Europäisches Regieren.

²¹ EURODESK ist ein Europa-Informationsservice für Jugendliche, das auf einer Internetsite und Kontaktstellen in den Mitgliedstaaten beruht. Verwaltet wird dieses Service durch eine Interessensvertretung der Jugendlichen und der Mitgliedstaaten.

Die Bildung dient drei übergeordneten Zielen: der persönlichen Entfaltung, der sozialen Integration und der Förderung aktiver Staatsbürger. Zudem trägt die Bildung wesentlich dazu bei, die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen zu erhöhen. Die Europäische Union hat mit Blick auf die Bildung eine Reihe von Programmen (insbesondere SOKRATES und LEONARDO DA VINCI) sowie Initiativen eingeleitet (zu denen der Aktionsplan eLearning, eine Mitteilung mit dem Titel "Die Verwirklichung eines europäischen Raums für das lebenslange Lernen" und ein Bericht über die zukünftigen Ziele der allgemeinen und beruflichen Bildung zählen).²² Wann immer dies möglich und angemessen ist, wird darauf Bezug genommen werden, um die im Verlauf des Konsultationsprozesses von verschiedenen Akteuren geäußerten Meinungen zu ergänzen. Dies wird die Identifizierung jener Bereiche erleichtern, in denen die Europäische Union in besonderer Weise aktiv ist.

- *Qualität und Effektivität der Bildungssysteme*

Jugendliche wie Experten übten lebhaft Kritik an den Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung.²³ Eine Reihe von Mitgliedstaaten haben in letzter Zeit zwar ihre Schulsysteme einer tiefgreifenden Reform unterzogen. Dennoch muss insgesamt die Qualität und Effektivität der Schulbildung verbessert werden, um gewährleisten zu können, dass die jungen Menschen Fähigkeiten erwerben, die sie in die Lage versetzen, sich eine eigenständige, unabhängige Meinung zu bilden und aktive und verantwortungsbewusste Staatsbürger zu werden. Zudem muss die Schulbildung die soziale Eingliederung der Jugendlichen gewährleisten und sie auf das Erwerbsleben vorbereiten. Es wurde vielfach darauf hingewiesen, dass die Schulen und die Bildungsstrukturen nicht demokratisch genug seien, die Beteiligung der Jugend nicht förderten und keine ausreichenden Lerngelegenheiten eröffneten. Es wurde eine Öffnung der Bildungseinrichtungen für die Realitäten von heute und die Erfordernisse von Wirtschaft und Gesellschaft sowie für europäische Fragen gefordert.

Im Interesse einer fortgesetzten sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung benötigt Europa gut gebildete Bürger, unter anderem mehr Experten in Wissenschaft und Forschung. Vor allem müssen die Bildungssysteme so angepasst werden, dass sich mehr junge Menschen besonders für Wissenschaften begeistern und für eine wissenschaftliche oder technologische Karriere gewonnen werden können.

Viele Jugendliche beenden die allgemeine und berufliche Bildung, sobald sie die Möglichkeit dazu haben oder brechen sie ohne formalen Abschluss ab. Die Rate der Schulabbrecher ist in der gesamten Europäischen Union weiterhin zu hoch. Allerdings stellt der Versuch, die jungen Menschen zur Fortsetzung der formalen Schul- und Berufsausbildung zu motivieren, nicht die einzige mögliche Lösung dar. Die Verbindung von Bildung, Arbeit und Freizeitaktivitäten zur Erzielung informeller, nicht formaler und formaler Bildungserfahrungen könnte die Qualität und Effektivität der allgemeinen und beruflichen Bildung erhöhen und ihre Attraktivität für die jungen Menschen erhöhen.

²²

Für weitere Information vgl. Anhang 2.

²³

Auf europäischer Ebene hat eine Diskussion über die Qualität der Bildungssysteme begonnen; vgl. z.B. den Bericht der Kommission über die konkreten Zukunftsziele für die Bildungssysteme KOM(2001)59 endg., 31.1.2001.

Die Ursachen für die Mängel der heutigen Schulen wurden nicht in erster Linie bei den Lehrkräften oder den Schulen an sich, sondern beim Bildungssystem insgesamt gesucht, das von der Kooperation zwischen drei Akteuren abhängt: Familie, Gesellschaft und Schule. Die Lehrer sind nur ein Element des Bildungssystems, und ihre Rolle muss im umfassenderen sozialen, politischen und institutionellen Kontext bewertet werden. Dennoch forderten die Jugendlichen eine Verbesserung der Ausbildung und der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte.

Ganzeitliche Bewertung der Schulen (Whole schools evaluation, WSE)

Das Pilotprojekt erstreckte sich auf 18 Primarschulen und 17 Sekundarschulen in ganz Irland. Mit Unterstützung aller Partner im Bildungssektor wurde die Qualität der Schulplanung, der Schulleitung, des Lernens und des Unterrichts in den Pilotschulen bewertet. Die Ergebnisse des Projekts bestätigten, dass es möglich ist, die Selbstevaluierung der Schulen erfolgreich mit externen Inspektionen zu verbinden – ein Meilenstein im Bemühen um die Sicherung der Qualität von Schulen und Bildungssystemen.

<http://www.irigov.ie/educ>

• **Zugang zum Bildungsangebot**

Die Jugendlichen erklären, in ihrem Bemühen um Bildung auf zu viele soziale und wirtschaftliche Hindernisse zu stoßen. Um die Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung zu erhöhen, müsse zunächst ein offener und dauerhafter Zugang zum lebenslangen und sämtliche Lebensbereiche umspannenden Lernen ermöglicht werden. Alle Jugendlichen sollten Unterstützung in guten Anleitungs- und Beratungssystemen finden, wobei insbesondere ein persönlicher, individueller Zugang gewählt werden solle. Die Eingliederung benachteiligter Jugendlicher in das Bildungssystem müsse verstärkt unterstützt werden, indem zum Beispiel eine kostenlose Bildung von der Grundschule bis zur Universität gewährleistet werde.

Wie in der Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Die Verwirklichung eines europäischen Raums für das lebenslange Lernen“²⁴ festgestellt, besteht eine wichtige Aufgabe darin, das Lernen näher an die Lernenden heranzubringen. Voraussetzung dafür sind auch die gegenseitige Anerkennung der Leistungen aus verschiedenen Bildungsbereichen sowie die Entwicklung von Informationssystemen, wozu unter anderem ein besserer Zugang zu Internet und Multimedia für die größtmögliche Zahl an Jugendlichen gehört.²⁵ Zudem ist eine bessere wirtschaftliche Unterstützung erforderlich, wenn sichtbare Ergebnisse erzielt werden sollen.

Bildungsberatung

Das National Centre for Guidance in Education (NCGE, Nationales Zentrum für Bildungsberatung) ist eine Behörde des irischen Bildungs- und Wissenschaftsministeriums, deren vorrangige Aufgaben darin bestehen, die Beratung in allen Bereichen der formalen und nicht formalen Bildung auszuweiten und die Politik des Ministeriums im Bereich der Bildungsberatung zu beeinflussen. Im Rahmen lokaler Projekte wird eine individuelle Beratung in den verschiedenen Bildungsumgebungen angeboten.

<http://www.iol.ie/nce/faqs.html>

²⁴ Die im November 2001 beschlossene Mitteilung der Kommission zur Verwirklichung eines europäischen Raums für das lebenslange Lernen ist das Ergebnis eines umfassenden Konsultationsprozesses. Sie beruht auf dem Memorandum über lebenslanges Lernen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom Oktober 2000.

²⁵ Vgl. dazu die Vorschläge im Aktionsplan eLearning, Gedanken zur Bildung von morgen, KOM(2001)172, 28.3.2001.

- **Neue Lehr- und Lernmethoden**

Ein Ergebnis der Konsultation war die Forderung nach neuen Wegen des Lernens und Lehrens. Es sollten eine verstärkt auf die Lernenden zielende Methode, eine bessere Beziehung zwischen Lehrern und Lernenden, die Beteiligung der Jugend an der Umsetzung der Bildung sowie dynamische und anpassungsfähige Bildungseinrichtungen entwickelt werden. Die Lernprozesse sollten als „Türöffner“ gestaltet sein, welche die Schüler zum Lernen motivieren und ihnen eine Vielzahl von Optionen eröffnen. Die Schulen sollten die Schüler in die Gestaltung der Bildung einbeziehen und Freiraum für Beteiligung und Demokratie schaffen (indem den Schülern beispielsweise die Möglichkeit zur Bewertung ihrer Lehrer eingeräumt wird).

Darüber hinaus sollte eine „gemischte“ (gut abgestimmte) Bildung angeboten werden, die sich einer Vielzahl von Methoden und Materialien bedienen sollte, um die für das lebenslange Lernen erforderlichen Fähigkeiten zu vermitteln. Diese umfassen neben dem theoretischen Unterricht im Klassenzimmer und dem Heimstudium den Einsatz von Internet und Multimedia sowie Jugendaktivitäten und praktische Erfahrungen am Arbeitsplatz. Auf diese Art könnte man auch die Attraktivität verschiedener Disziplinen wie von Wissenschaft und Forschung für Jugendliche erhöhen.

Brücken schlagen zwischen formalem und nicht formalem Lernen

Die Schüler von Peace Child International entwickelten eine eigene, jugendfreundliche Ausgabe der Agenda 21 (*“Rescue Mission: Planet Earth – a children’s edition of Agenda 21”*), da das ‘Original’ unzugänglich schien.²⁶ Zudem entwickelten sie ihre eigenen Jugendindikatoren für Maßnahmen, die aus 16 Fragebögen bestehen, welche es den Jugendlichen erlauben, in ihren Gemeinden zu untersuchen, ob aus den Einstellungen und Statistiken hervorgeht, dass die Gemeinschaft an Nachhaltigkeit gewinnt oder verliert.

<http://www.peacechild.org/>

- **Verschiedene Arten von Wissen und Kompetenzen**

Die Funktionsweisen der Bildungssysteme in vielen Ländern wurden von den Jugendlichen kritisiert. Sie waren der Ansicht, die Bildungssysteme würden nicht in ausreichendem Umfang Bildungsinhalte anbieten, die den Bedürfnissen und Interessen junger Menschen entsprechen. Die Bildung solle nicht auf die für den Arbeitsmarkt bestimmten Fähigkeiten beschränkt sein, vielmehr müsse sie ab einem frühen Alter zur Sozialisierung, Integration und zur Beteiligung der jungen Menschen beitragen. Vorrangig diene sie der persönlichen Entfaltung, welche auch die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen erhöhen könne. Die Jugendlichen forderten Fremdsprachenunterricht, Vorbereitung auf die Bildungsaustausch- und Mobilitätsprogramme der Europäischen Union; sie interessieren sich gleichermassen für verschiedene Bereiche wie die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (insbesondere Internet-Zugang) und fordern eine stärkere Betonung praktischer Fächer. Unverzichtbar sei auch eine bessere Erziehung in Gesundheitsfragen, insbesondere in Bezug auf Sexualerziehung und Elternschaft.

26

Die Agenda 21 ist ein Aktionsplan für die nachhaltige Entwicklung der Erde im 21. Jahrhundert. Sie wurde auf der „Weltkonferenz“ der Vereinten Nationen in Rio im Jahr 1992 verabschiedet, zu der sich 179 Staats- und Regierungschefs versammelten. Nachhaltige Entwicklung bedeutet, die gegenwärtigen Bedürfnisse zu befriedigen, ohne die Fähigkeit kommender Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen.

Allerdings stellt die Entwicklung ausgewogener Lehrpläne, die alle erforderlichen Bereiche umfassen, ohne überladen zu sein, eine Herausforderung dar. Die Lehrpläne sollten so gestaltet sein, dass sie die erforderlichen Kenntnisse und Kompetenzen vermitteln und gleichzeitig der multikulturellen Natur unserer Gesellschaften Rechnung tragen. Die verschiedenen Bildungseinrichtungen (Schulen, Ausbildungseinrichtungen, Unternehmen, Gemeinden, Orte der Jugendarbeit) sollten gemeinsame Strategien verfolgen, um festzustellen, welches die neuen, heutzutage benötigten Grundfähigkeiten sind und wie sie am Besten vermittelt und erlernt werden können.²⁷

Vielfalt verleiht Flügel

Das viertägige Straßenfestival unter dem Titel „Karneval der Kulturen“, an dem zuletzt rund 5000 aktive Beteiligte und etwa 700 000 Zuschauer teilnahmen, findet jedes Jahr zu Pfingsten in Berlin statt. Der BVAA (Berliner Verband für Ausbildung und Arbeit) schult benachteiligte Jugendliche unterschiedlicher ethnischer Herkunft und unterstützt sie beim Wechsel von der Schule oder Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung. Mehrere Gruppen junger Menschen, die den BVAA vertreten, nehmen am Karneval der Kulturen teil und erwerben verschiedenste berufliche, kulturelle, soziale und praktische Fähigkeiten. Ihr Motto lautet „Vielfalt verleiht Flügel“, und die Untergruppen verwenden verschiedene fliegende Objekte als Embleme.

<http://www.bvaa-online.de>

• Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Befähigungsnachweisen und Fähigkeiten

Die europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Befähigungsnachweisen und Fähigkeiten trägt wesentlich zur Förderung der Mobilität bei.²⁸ Da immer häufiger neue Fähigkeiten benötigt werden, müssen zugleich wirksame Methoden zur Anerkennung von Fähigkeiten entwickelt werden, die anhand formaler und nicht formaler Lernmethoden erworben wurden. Die Rolle des nicht formalen, außerschulischen Lernens, die Notwendigkeit eines besseren Verständnisses desselben und der Anerkennung von Fähigkeiten, die im Rahmen der Jugendarbeit auf nicht formalem Weg erworben wurden, sollten betont werden. Darüber hinaus muss die gegenseitige Anerkennung und Komplementarität der allgemeinen und beruflichen Bildung als Bestandteil des Bildungssystems vorangetrieben werden.

Das Studienbuch „Freizeitaktivitäten“ (The Recreational Activity Study Book).

Diese Broschüre, die 1994 von der Finnischen Jugendakademie ins Leben gerufen wurde, dient der Unterstützung von Schülern und ins Berufsleben einsteigenden Jugendlichen. Es handelt sich um ein Logbuch, das Angaben zu Projekten, Verantwortungspositionen, absolvierten Kursen und anderen Freizeitaktivitäten enthält. Die Broschüre ist für junge Menschen ab 13 Jahren bestimmt. Jeder Teilnehmer erhält ein persönliches Exemplar zum Preis von € 5. In der Broschüre werden die Verdienste und Fähigkeiten der Teilnehmer festgehalten: ab der Universität können zusätzliche Punkte gesammelt werden, und/oder die Verdienstpunkte können anstelle eines Teils der geforderten Studien angerechnet werden. Die im Studienbuch „Freizeitaktivitäten“ festgehaltenen Verdienste können auch die Arbeitsplatzsuche erleichtern. Die Eintragungen müssen von einer autorisierten Person vorgenommen und durch Unterschrift bestätigt werden. Gegenwärtig nehmen rund 30 % der finnischen Jugendlichen an dem Programm teil.

<http://www.nuortenakatemia.fi>

²⁷ Der Europäische Rat von Lissabon im März 2000 forderte die Entwicklung eines europäischen Rahmens für die Vermittlung neuer Grundfähigkeiten durch lebenslanges Lernen.

²⁸ Im Bereich der weiterführenden Bildung wurden dank des ECTS, des Europäischen Systems zur Anrechnung von Studienleistungen, und des Gemeinschaftsnetzes nationaler Informationszentren für die akademische Anerkennung (NARIC, National Academic Recognition Information Centres) zahlreiche Fortschritte erzielt.

- **Formales und nicht formales Lernen ergänzen einander**

Die Tatsache, dass das lebenslange und sämtliche Lebensbereiche umspannende Lernen unverzichtbar geworden ist, ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die notwendigen Fähigkeiten nicht nur in der formalen Bildung erworben werden können, sondern auch informelles und nicht formales Lernen erfordern.²⁹ Nicht formal organisiertes Lernen wird jedoch weithin gering geschätzt und nicht als „wirkliches“ Lernen anerkannt.

In formalen Lernumgebungen (Schulen, Universitäten, Berufsbildungseinrichtungen usw.) erwirbt man lediglich einen Teil der Fähigkeiten, die man sich insgesamt aneignet. Vieles wird daneben auch in nicht formalen und informellen Umgebungen gelernt (z.B. in der Jugendarbeit, in ausserschulischer Jugendbildungsarbeit, in Sportvereinen, in der Familie, im politischen Leben). Das Lernen in Aktivitäten der Bürgergesellschaft und im sozialen Umfeld ist Bestandteil des informellen und nicht formalen Lernens und erfolgt nicht immer nur zufällig und nebenher, sondern zum Teil auch gezielt und organisiert.

Jugendliche nehmen an zahlreichen Aktivitäten außerhalb der herkömmlichen Bildungssysteme teil und diese Erfahrungen sind ebenfalls als nicht formales Lernen zu betrachten. Der Jugendsektor hat im Lauf der Jahre Erfahrung in der Vermittlung nicht formaler, ausserschulischer Lernerfahrungen gesammelt. Auf europäischer Ebene stellt das Aktionsprogramm JUGEND ein gutes Beispiel für diese Arbeit und die damit verbundenen Erfahrungen dar.

In den Jugendkonsultationen zeigte sich, dass die Jugendlichen die nicht formale Bildung vielfach als effiziente und attraktive Alternative zu einem manchmal ineffizienten und unattraktiven formalen Bildungssystem begrüßen. Die wesentlichen Vorteile des nicht formalen Lernens sind, dass es freiwillig erfolgt und oft von den Lernenden selbst organisiert wird, dass es flexibel ist, Möglichkeiten der Beteiligung eröffnet, das „Recht auf Fehler“ beinhaltet, den aktuellen Erfordernissen angepasst ist und den Interessen und Bestrebungen der jungen Menschen besser entspricht. Auch die Integration benachteiligter Jugendlicher wird als Vorzug des nicht formalen Lernens betrachtet.

Es wird immer wichtiger, effektive und flexible Lösungen für die Anerkennung der außerhalb der formalen Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung erworbenen Fähigkeiten zu finden. Eine sensible Aufgabe wird darin bestehen, das richtige Gleichgewicht zwischen einer Reihe notwendiger Werkzeuge zu finden, insbesondere für solche, die angemessene und zufriedenstellende Lösungen für Befähigungsnachweise und die Anerkennung von Fähigkeiten ermöglichen; darunter fallen auch die Entwicklung von Qualitätsstandards, die (Selbst-)Bewertung sowie Bewertungsverfahren für das nicht formale Lernen. Das nicht formale Lernen sollte

²⁹

Das formale Lernen erfolgt in Schulen oder Berufsbildungseinrichtungen und wird mit einem Befähigungsnachweis bestätigt. Es ist (in Bezug auf Lernziele, Lernzeit oder Lernunterstützung) strukturiert. Das nicht formale Lernen erfolgt nicht in einer Schule oder Berufsbildungseinrichtung und führt üblicherweise nicht zu einem Abschluss, der mit einem Befähigungsnachweis bestätigt wird. Es ist jedoch sowohl strukturiert als auch gezielt. Das informelle Lernen erfolgt nicht in Schulen oder Berufsbildungseinrichtungen, wird nicht mit einem Befähigungsnachweis bestätigt und ist nicht strukturiert. Es entspringt den alltäglichen Aktivitäten am Arbeitsplatz, in der Familie oder in der Freizeit. Es kann gezielt erfolgen, ist in den meisten Fällen jedoch unbeabsichtigt (oder zufällig).

dabei unbedingt frei zugänglich bleiben und nicht durch die Nachahmung des formalen Bildungssystems in eine weitere formale Struktur verwandelt werden.

In den Konsultationen wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Vorzüge des nicht formalen Lernens nicht angemessen gewürdigt würden. Daher müsse das Bewusstsein der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Schlüsselpersonen und -einrichtungen, der wichtigsten Akteure (Sozialpartner, NRO, Bildungsexperten usw.) sowie der Jugendlichen selbst geweckt werden, um der nicht formalen Bildung einen festen Platz im Lernen und in der Bildung zu sichern.

Da die Jugendarbeit jungen Menschen den Erwerb der benötigten sozialen, politischen und kulturellen Fähigkeiten erleichtern kann, sollten alle erforderlichen Anstrengungen unternommen werden, um sie in diese Form des nicht formalen Lernens einzubeziehen. Eines der Ziele des Aktionsprogramms JUGEND besteht darin, zur Entwicklung der nicht formalen Bildung für junge Menschen beizutragen. Doch obwohl jährlich 100 000 Jugendliche am Aktionsprogramm teilnehmen, kann die große Nachfrage seitens der 75 Millionen Jugendlichen in den Programmländern nicht befriedigt werden. Daher ist das Aktionsprogramm JUGEND als Pilotprogramm zu betrachten. Es sind weitere Maßnahmen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene erforderlich.

2.2. Vorschläge, die sich aus den Konsultationen ergeben

Es wurden zahlreiche (allgemeine und spezifische) Anregungen und Vorschläge zur Verbesserung der Bedingungen und Ergebnisse der Bildung vorgelegt. Die Empfehlungen zielten sowohl auf das formale Bildungssystem als auch auf das nicht formale Lernen.

In Schulen und Universitäten

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

- Die Beteiligung der jungen Menschen, die Anerkennung ihrer Individualität und das Ziel einer Bildung für eine demokratische und europäische Bürgerschaft sollten außer Frage stehen. Die Natur der Beziehung zwischen Lernenden und Lehrkräften muss sich ändern. Eine auf die Lernenden zielende Methode sowie eine flexible Rolle der Lehrkräfte, die den Lernprozess unterstützen sollten, müssen gefördert werden.
- Alle Jugendlichen müssen Zugang zur Bildung haben; ein auf die individuellen Bedürfnisse der jungen Menschen zugeschnittener Zugang zum Lernen erfordert eine flexible Beratung und Orientierung sowie geeignete Informationssysteme; wir müssen die Verschiedenartigkeit der Lebensstile respektieren; die Bildungssysteme müssen die Möglichkeit eröffnen, verschiedene Aktivitäten und Rollen miteinander zu verbinden.
- Qualität und Relevanz der Lernmöglichkeiten müssen erhöht werden.
- Es bedarf einer Öffnung der Bildung für die heutige Wirklichkeit und für die Gesellschaft; das bedeutet mehr Flexibilität und weniger Starrheit seitens aller Beteiligten.

- Alle Schulen müssen Internet-Anschluss erhalten und Informationen müssen besser verbreitet werden, um wirksame Lerninstrumente entwickeln zu können.
- Die Ausbildung der Lehrer sollte über herkömmliche Kenntnisse der Informationstechnologie hinausgehen und „relevante technologische Fähigkeiten“ beinhalten.
- Die Schulen müssen Gelegenheit erhalten, bessere Einrichtungen für die Vermittlung und das Erlernen von Fremdsprachenkenntnissen zu schaffen und an europäischen Austauschprogrammen im Bildungssektor sowie an Mobilitätsprogrammen teilzunehmen.
- Die finanzielle Unterstützung für Schulen und Universitäten muss erhöht werden, damit sie effektiver arbeiten und mehr in die Humanressourcen investieren können.
- Die Unterrichtsmethoden und -bedingungen bedürfen einer Reform (Ausbildung der Lehrer, kleinere Klassen, Verbindung von theoretischem und praktischem Unterricht, interaktiver Zugang).
- Die auf das Unternehmertum und die selbständige Erwerbstätigkeit zielende allgemeine und berufliche Bildung muss verstärkt werden. Den (potentiellen) jungen Unternehmern müssen gezielte Unterstützungsdienste und Ausbildungsmaßnahmen angeboten werden. Die Ausbildungspläne für das formale und nicht formale Lernen müssen um Elemente erweitert werden, die die jungen Menschen auf eine unternehmerische Tätigkeit und eine selbständige Erwerbstätigkeit vorbereiten.

Auf europäischer Ebene

- Erleichterung des Zugangs zu den europäischen Bildungs- und Mobilitätsprogrammen, Stärkung gemeinschaftlicher Aktionsprogramme wie z.B. SOKRATES.
- Einführung von Maßnahmen, die den Wechsel zwischen verschiedenen Bildungssystemen ermöglichen und die Bewegungsfreiheit der Jugendlichen in ganz Europa fördern.
- Umsetzung der „Erklärung von Bologna“ zur Erhöhung der Transparenz der Bildungssysteme in Europa, zur gegenseitigen Anerkennung von Diplomen und zur Stärkung des Europäischen Systems zur Anrechnung von Studienleistungen (ECTS).
- Bessere Information der Studenten über das Europäische System zur Anrechnung von Studienleistungen (ECTS).
- Erhöhung von Qualität und Effektivität der Schulbildung durch den Austausch bewährter Methoden und durch die Formulierung gemeinsamer Ziele.
- Bei der Bewertung der Fähigkeiten sollten nicht nur die Erfordernisse des Arbeitsmarktes (wie Informationstechnologien, Mathematik und Sprachen),

sondern auch Faktoren wie soziales Lernen, Integration und Beteiligung berücksichtigt werden.

In anderen (außerschulischen) Lernumgebungen

Auf allen Ebenen

- Eine eingehendere Auseinandersetzung mit den konkreten Merkmalen des nicht formalen, außerschulischen Lernens im Jugendbereich, mit seinen Zielsetzungen und Aufgaben ist erforderlich. Die Bedeutung der nicht formalen Bildung und die einander ergänzenden Funktionen des formalen und nicht formalen Lernens sollten deutlicher sichtbar gemacht werden. Ein Dialog zwischen den Akteuren in diesem Bereich sowie mit Sozialpartnern, Forschern und Politikern ist erforderlich, um die Anerkennung des nicht formalen Lernens zu fördern.
- Mit Blick auf die Erfüllung der Qualitätsstandards sollten die Monitoring- und Bewertungsinstrumente verbessert werden.
- Es sollte eine Ausbildung in verschiedenen Bereichen angeboten werden, um eine hohe Qualität des nicht formalen Lernens zu gewährleisten. Die auf Fachleute zielenden Ausbildungsprogramme sollten eine europäische Dimension aufweisen.

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

- Die Bedeutung des nicht formalen Lernens sollte erhöht werden, indem die Anbieter unterstützt und ihre Position im Lernsystem verbessert wird. Die finanzielle Unterstützung für Jugendinitiativen, Jugendorganisationen und andere Anbieter nicht formaler Lerninhalte sollte erhöht werden.
- Es sollten weitere gemeinsame Projekte unter Einbeziehung von Schulen, Ausbildungsstätten, Unternehmen und Anbietern nicht formaler Bildung eingeführt werden, um Brücken zwischen den formalen und nicht formalen Systemen zu schlagen.
- Die Jugendorganisationen sollten regelmäßig über die zahlreichen nicht formalen Bildungsangebote berichten und ihre Erfahrungen veröffentlichen: Die Dokumentation und öffentliche Darstellung der Ergebnisse, d.h. der Ergebnisse der Projekte für nicht formales Lernen, sollten ein selbstverständlicher und fester Bestandteil der Tätigkeit dieser Organisationen sein.

Auf europäischer Ebene

- Die Qualitätsstandards für das Aktionsprogramm JUGEND sollten in Zusammenarbeit mit dem Europarat weiterentwickelt werden. Darüber hinaus sollte ein Verzeichnis bewährter Methoden erstellt und in Umlauf gebracht werden. Der Zugang benachteiligter Jugendlicher zur nicht formalen Bildung im Rahmen des Aktionsprogramms JUGEND sowie anderer Programme sollte weiter verbessert werden.
- Die Finanzierung und Entwicklung von gemeinsamen Pilotprojekten im Rahmen der Programme SOKRATES, LEONARDO DA VINCI und JUGEND sollte dazu

beitragen, Brücken zwischen den formalen und nicht formalen Systemen zu schlagen.

- Die Validierung der Teilnahme und entsprechende Bescheinigungen sollten bei allen Projekten im Rahmen des Aktionsprogramms JUGEND angestrebt werden. Dies wäre ein erster Schritt, dem weitere Maßnahmen in anderen Bereichen der nicht formalen Bildung auf allen Ebenen folgen sollten.
- Das Ausbildungsangebot für die „Multiplikatoren“ und Lernmoderatoren im Bereich des nicht formalen Lernens sollte erweitert werden.

3. DIE BESCHÄFTIGUNG ALS INSTRUMENT ZUR BESSEREN INTEGRATION JUNGER MENSCHEN

3.1. Analyse der Ergebnisse

Arbeitsplätze tragen wesentlich dazu bei, Jugendlichen dabei zu helfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, wirtschaftlich unabhängig zu werden und ihre persönlichen Ziele zu verwirklichen. Eine Gesellschaft, die nicht imstande ist, ihrer Jugend konkrete Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt anzubieten, läuft Gefahr, in einen Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, Marginalisierung und sozialer Spaltung zu geraten. Indem man der Jugend Zugang zum Arbeitsmarkt gibt, trägt man zur sozialen Stabilität bei, was als Grundlage für Wirtschaftswachstum und Wohlstand gilt. Teilweise wird die Arbeitslosigkeit sogar als Verletzung der Menschenrechte der Jugendlichen betrachtet.

Der Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung und zu Information und Beratung ist eine grundlegende Voraussetzung nicht nur für eine erfolgreiche Arbeitsplatzsuche und für die Vermeidung von Arbeitslosigkeit, sondern auch dafür, dass die Jugendlichen eine gute und befriedigende Arbeit finden. Doch dies allein genügt nicht: es müssen auch Lösungen in anderen Bereichen wie Gesundheit, Familie, soziale Rechte, Diskriminierung usw. gefunden werden, da sie ebenso bedeutsam für die soziale Integration der jungen Menschen sind.

Mit der Aufnahme der neuen Titel zu Beschäftigung und sozialen Angelegenheiten in die Europäischen Verträge hat die Europäische Union ihren Anspruch geltend gemacht, gemeinsame Strategien und Programme in diesen Bereichen zu entwickeln (beispielsweise die europäische Beschäftigungsstrategie, die Lissabonner Strategie zur Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells, die Sozialagenda, das Programm zur Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung und das Programm zur sozialen Eingliederung).³⁰ Wo immer dies möglich und angemessen ist, wird auf diese Strategien und Programme Bezug genommen, um die von den verschiedenen Teilnehmern am Konsultationsprozess geäußerten Einschätzungen zu ergänzen. Dies wird dazu beitragen festzustellen, in welchen Bereichen die EU und die Mitgliedstaaten zur Entwicklung weiterer und besserer Maßnahmen aufgefordert sind.

- *Die Beschäftigung ist eine Voraussetzung für die soziale Eingliederung*

³⁰

Anhang 1 enthält einen Überblick über die Tätigkeit der EU in den Bereichen Beschäftigung und soziale Fragen.

Die jungen Menschen beschäftigen sich intensiv mit den Chancen, die sich ihnen auf dem Arbeitsmarkt bieten. Sie sind der Ansicht, der beste Weg zur sozialen Integration bestehe darin, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Jugendlichen hätten gerne eine klare Orientierung, um auf lange Sicht ihren Platz in der Arbeitswelt zu finden. Einen Arbeitsplatz zu haben ist gleichbedeutend mit dem Status eines Erwachsenen, mit Selbstwertgefühl, Geld, Unabhängigkeit und der Möglichkeit zur Ausweitung der sozialen Kontakte. Jugendliche, die vom Arbeitsmarkt abgeschnitten sind, büßen die Möglichkeit ein, neue Perspektiven zu entwickeln und sich in die Gesamtgesellschaft zu integrieren.³¹

Die Jugendlichen sind bereit zu arbeiten, doch es wird immer schwieriger, einen guten Arbeitsplatz zu finden. Die jungen Menschen wissen, dass ihre Beschäftigungsfähigkeit³² und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigen, wenn sie über eine gute Ausbildung und angemessene Fähigkeiten verfügen und einige Zeit in einer Schule oder an einer Universität im Ausland verbracht haben. Dies erhöht den auf ihnen lastenden Druck, und die Erwartungen, die in Bezug auf Mobilität, Flexibilität, Kompetenzen und Fähigkeiten an sie gerichtet werden, werden immer höher. Wenn die Jugendlichen längere Zeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung verbringen, bleiben sie länger von ihren Familien und den öffentlichen Einrichtungen abhängig. Was den Wechsel aus dem allgemeinen und beruflichen Bildungssystem in den Arbeitsmarkt anbelangt, so hat sich die Situation in den vergangenen 20 Jahren objektiv verschlechtert.³³ Das Niveau der Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin höher als die allgemeine Arbeitslosenrate. Im Jahr 2000 lag die Arbeitslosenrate für die Gesamtbevölkerung in den 15 EU-Mitgliedstaaten bei 8,4 %, während die entsprechende Rate für Jugendliche unter 25 Jahren mit 16,1 % fast doppelt so hoch war.³⁴ Die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse breiten sich aus. Die Gehälter von Jugendlichen sind verglichen mit denen erwachsener Arbeitskräfte gesunken. Jugendliche brauchen heute sehr viel länger, um eine stabile Position auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Selbst eine gute Ausbildung stellt keine automatische Garantie für einen Arbeitsplatz mehr dar, da sich der Wettbewerb um die Arbeitsplätze verschärft hat. Der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt hängt heute weitgehend von den persönlichen Umständen und der Erfahrung der Jugendlichen ab.

Die wiederholte Erfahrung von Enttäuschungen und wirtschaftlichen Zwängen, die vielfach mit persönlichen Problemen einhergeht, kann zu einer psychischen Blockierung und zu einem Leben am Rand der Gesellschaft führen. Eine Politik, deren Ziel darin besteht, die Armut und die soziale Ausgrenzung auszurotten, muss einen auf die Jugend zielenden präventiven Zugang verfolgen.

³¹ Im Zeitraum 2000-2006 unterstützt der Europäische Sozialfonds die Entwicklung und Förderung aktiver Arbeitsmarktmaßnahmen zur Bekämpfung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit.

³² Die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit ist einer der vier Pfeiler der an die Mitgliedstaaten gerichteten beschäftigungspolitischen Leitlinien (ABl. L 22 vom 24.1.2001).

³³ Vgl. dazu den Beitrag von Prof. Lynne Chisholm, University of Newcastle, Department of Education, zur öffentlichen Anhörung zur Jugend, Europäisches Parlament, 24.04.2001 (http://www.europarl.eu.int/hearings/20010424/cult/minutes_en.pdf).

³⁴ Allerdings bestehen beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten der Union: So schwankte die Arbeitslosenrate der Jugendlichen unter 25 Jahren im Jahr 2000 zwischen 5,1 % in den Niederlanden und 31,5 % in Italien; vgl. Eurostat-Pressemitteilung Nr. 77/2001, 19.07.2001.

Es wird immer schwieriger, die Jugendlichen einer bestimmten sozialen Kategorie zuzuordnen. Es sind zunehmend unterschiedliche soziale Erfahrungen und Ungleichheit zwischen den jungen Menschen zu beobachten.³⁵ Unter den Jugendlichen macht sich das Gefühl breit, als Generation ungerecht behandelt zu werden, und sie werden sich der Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die Sozial-, Gesundheits- und Rentensysteme bewusst.³⁶ Das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme wird in Zukunft von der Bereitschaft und Fähigkeit der Jugend abhängen, zu deren Finanzierung beizutragen. Dazu werden die jungen Menschen nur in der Lage sein, wenn sie Zugang zu Arbeitsplätzen haben. Somit gerät die Solidarität zwischen den Generationen – und damit die Bereitschaft der Jugend, zur sozialen Integration und zum Wohlergehen ihrer Eltern und Großeltern beizutragen – unter wachsenden Druck.

Die Jugendlichen sind der Ansicht, der Übergang von der Schule zum Berufsleben müsse erleichtert werden. Das öffentliche Arbeitsmarktsystem spiele diesbezüglich eine wichtige Rolle und müsse verbessert werden. Die Jugendlichen beklagen auch einen Mangel an strategischen öffentlichen oder privaten Partnerschaften zur Verbesserung der sozialen Interaktion insbesondere jener, die auf dem Arbeitsmarkt auf Schwierigkeiten stoßen oder diskriminiert werden.

Es muss vermieden werden, dass die rasch voranschreitende Innovation und der technologische Wandel neue Formen der sozialen Ausgrenzung hervorbringen. Die Zahl der vorzeitigen Schulabbrecher, d.h. jener Jugendlichen, die das Bildungssystem bestenfalls mit einem Abschluss der Sekundarstufe I verlassen, steigt. Dies könnte dazu führen, dass diese Jugendlichen in einen generationsübergreifenden Teufelskreis von Armut in der Kindheit, geringem Bildungsniveau und Armut als Erwachsene geraten. Zudem besteht ein Zusammenhang zwischen Armut und der Gefahr einer technologischen Kluft: Beispielsweise ist die Nutzung des Internet unter Personen mit hohem Einkommen dreimal so häufig wie in den niedrigeren Einkommensgruppen. Somit haben die niedrigeren Einkommensgruppen weniger Zugang zur Technologie und laufen daher eher Gefahr, aus dem Arbeitsmarkt und von der allgemeinen sozialen und kulturellen Entwicklung ausgeschlossen zu werden.

Die „soziale Mobilität“ als Voraussetzung für die formale berufliche Bildung und für die Beschäftigung

Das „Internationale Zentrum für Jugendbewegung“ in Champeaux (Frankreich) gibt einigen besonders benachteiligten und extrem ausgegrenzten europäischen Jugendlichen Zugang zu „sozialer Mobilität“. So können sie erneut Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl entwickeln, was die entscheidende Voraussetzung für eine formale Berufsausbildung und eine Beschäftigung sein kann.
<http://ww2.jqm.cie.fr/FWYM.htm>

Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche auf lokaler Ebene

Im Rahmen eines von MJRC (dem spanischen Mitglied der Internationalen Katholischen Land- und Bauernjugendbewegung) durchgeführten Projekts werden der lokalen Gemeinschaft verschiedene Dienste wie ein Wäschereidienst für ein Seniorenheim, eine biologische Geflügelfarm, die Produktion biologischer Nahrungsmittel (Marmelade usw.) und ländlicher Tourismus angeboten. Diese Dienste

³⁵ Vgl. dazu den von den Teilnehmern an der Konferenz von Umeå vorgelegten Bericht: (<http://www.europa.eu.int/comm/education/youth/ywp/umea.html>).

³⁶ Das Bewusstsein für diese Fragen auf europäischer Ebene wird größer; vgl. etwa die Mitteilung der Kommission über die Zukunft des Sozialschutzes in langfristiger Perspektive: Die Entwicklung des Sozialschutzes in Langzeitperspektive: Zukunftssichere Renten, KOM(2000)622 vom 11.10.2000.

schaffen Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere für Jugendliche, Frauen, Migranten und Behinderte.
<http://www.mijarc.org/europe/index.htm>

- ***Unternehmergeist fördert die Unabhängigkeit***

Die Förderung des Unternehmergeistes im Alltagsleben unter den Jugendlichen (Schule, Arbeit, Zuhause etc.) kann diesen dabei helfen, Hindernisse zu überwinden und ihr Selbstvertrauen zu entwickeln. Zudem wird eine unternehmerische Einstellung dazu beitragen, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. In vielen EU-Mitgliedstaaten ist zu beobachten, dass Jugendliche zunehmend selbständig erwerbstätig werden und Kleinunternehmen gründen. Die Jugendlichen übernehmen Unternehmen von Eltern oder Verwandten oder gründen eigene Unternehmen. Mit der Gründung eines Unternehmens können die Jugendlichen Autonomie und Flexibilität erlangen, eine eigene Laufbahn beginnen, die herkömmlichen unternehmerischen Verhaltensweisen in Frage stellen (z.B. durch neue Führungsstile, eine Loslösung von der reinen Gewinnorientierung usw.), innovative Methoden anwenden und auf diese Art zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Gesellschaft beitragen. Diese Entwicklung muss gefördert werden, indem junge und potenzielle Unternehmer unterstützt werden und indem der Unternehmergeist unter den Jugendlichen insbesondere in der allgemeinen und beruflichen Bildung gefördert wird.

Wie Jugendliche lernen, ein Unternehmen zu gründen
"Communicare", eine schwedische Organisation ohne Gewinnzweck, fördert den Unternehmergeist junger Menschen, um aus ihnen Personen zu machen, die Arbeitsplätze schaffen, anstatt Arbeitsplätze in Anspruch zu nehmen. Jugendliche im Alter zwischen 18 und 25 Jahren lernen in einer aus Theorie und Praxis gemischten Ausbildung, ein Unternehmen zu gründen, zu führen und aufzubauen.
<http://www.communicare.nu>

- ***Das Erfordernis besserer Information sowie einer besseren allgemeinen und beruflichen Bildung***

Die Jugendlichen kritisieren insbesondere den Mangel an Information zu Arbeitsmarktfragen. Zudem sind sie der Ansicht, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt weitgehend – wenn auch nicht ausschließlich – vom Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung abhängt. Haben sie einmal einen Arbeitsplatz gefunden, müssen die jungen Menschen ihre Qualifikationen und ihre Fähigkeiten stetig erhöhen, um sich den veränderten Bedingungen im Berufsleben anzupassen.

Die Jugendlichen glauben, von den formalen Bildungssystemen nicht ausreichend auf die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt vorbereitet zu werden. Sie sehen eine Kluft zwischen der (privaten) Arbeitswelt und dem (öffentlichen) Sektor der allgemeinen und beruflichen Bildung. Es sollten Brücken zwischen diesen Sektoren geschlagen werden, um den Jugendlichen dabei zu helfen, ihre Probleme in Bezug auf die Länge ihrer Ausbildung und den dafür erforderlichen finanziellen Aufwand zu bewältigen. Die Jugendlichen sind an einer verstärkten Information seitens sozialer und wirtschaftlicher Einrichtungen (Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen usw.) interessiert, sind jedoch der Auffassung, dass die von diesen Organisationen bereitgestellte Information oft mangelhaft ist und ihren Bedürfnissen und Erwartungen nicht gerecht wird. Sie würden es begrüßen, wenn

Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen ihre Attraktivität für die Jugend erhöhen.

Die Nichtregierungsorganisationen fordern eine bessere Information und Sensibilisierungskampagnen für Jugendliche in den Bereichen berufliche Bildung, Berufsberatung und soziale Rechte, um sie besser auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Zudem müsse der Zugang zu Informationen, die sich indirekt auf die Arbeitsmarktsituation junger Menschen beziehen – z.B. Information über die Rechte jugendlicher Arbeitnehmer im Fall von Krankheit oder Schwangerschaft – erleichtert werden.

Weiterbildung ohne finanzielle Einbußen

In Luxemburg können Arbeitnehmer unter 30 Jahren einen sogenannten „Bildungsurlaub“ in Anspruch nehmen, bei dem sie ihrem Arbeitsplatz eine bestimmte Zeit lang fernbleiben können, um ihre Ausbildung zu vervollständigen. Dabei erleidet weder der Arbeitnehmer noch der Arbeitgeber finanzielle Einbußen, denn der Staat zahlt letzterem eine Entschädigung in der Höhe des Gehalts der betreffenden Person.

http://www.snj.lu/s_conge_education.asp

• **Jugendliche brauchen besonderen sozialen Schutz**

Die Jugendlichen sind der Ansicht, dass die Sozialgesetzgebung auf europäischer Ebene verbessert werden müsse.³⁷ Der Zugang zum Arbeitsmarkt sei schwieriger geworden, und die Anforderungen in Bezug auf Kenntnisse, Berufserfahrung sowie geografische und persönliche Flexibilität seien beträchtlich gestiegen. Die Entwicklung der sozialen Rechte – insbesondere der Gesetzgebung in Bezug auf die besonderen Bedürfnisse von Jugendlichen – habe jedoch nicht mit dem wachsenden Druck seitens des Arbeitsmarktes Schritt gehalten. Ethnische Minderheiten, Frauen, Jugendliche mit Behinderungen usw. litten immer noch unter Diskriminierung³⁸. Die Jugendlichen fordern daher ein „soziales Europa“.

Die jungen Menschen sind der Meinung, das wichtigste Ziel der Regierungen und der Europäischen Kommission müsse darin bestehen, die Vollbeschäftigung in der EU zu verwirklichen.³⁹ Sie schlagen Mittel und Wege vor, um dieses Ziel zu

³⁷ Im Rahmen ihrer sozialpolitischen Agenda (KOM (2000) 379 vom 28.6.2000) skizzierte die Kommission ein breites Spektrum von Maßnahmen, darunter die Ausschöpfung des europäischen Beschäftigungspotentials durch die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen, Maßnahmen zur Modernisierung und Verbesserung des Sozialschutzes, die Förderung der sozialen Integration und der Gleichstellung der Geschlechter, die Stärkung der Grundrechte, den Kampf gegen Diskriminierung sowie Maßnahmen zur Erweiterung und Förderung der internationalen Zusammenarbeit und des sozialen Dialogs mit Blick auf die Bewältigung der Herausforderungen.

³⁸ Im Juni 2000 beschloss der Rat auf der Grundlage von Artikel 13 EGV eine Richtlinie zur Umsetzung des Prinzips der Gleichbehandlung ungeachtet der ethnischen Herkunft. Im November 2000 schuf der Rat auf der Grundlage desselben Artikels einen allgemeinen Rahmen für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (ABl. L 303 vom 2.12.2000) und beschloss ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm mit einer Laufzeit von 2001 bis 2006 zur Bekämpfung von Diskriminierungen (ABl. L 303 vom 2.12.2000). Im Rahmen des Aktionsprogramms werden Aktivitäten unterstützt, die dem Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft, des Glaubens oder der Überzeugungen, des Alters, der sexuellen Orientierung oder aufgrund einer Behinderung dienen.

³⁹ In der vom Europäischen Rat von Lissabon beschlossenen Strategie ist ausdrücklich festgehalten, dass sie die Union in die Lage versetzen soll, die Bedingungen für die Vollbeschäftigung wiederherzustellen. Das Ziel der Vollbeschäftigung wird in den beschäftigungspolitischen Leitlinien 2001 erneut

erreichen: Verkürzung der Arbeitszeit, um den Menschen die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, ein Mindesteinkommen und finanzielle Unterstützung für den Abschluss der Studien, bessere und umfassendere öffentliche Beschäftigungsprogramme usw. Zudem halten sie es für notwendig, einen europäischen Status für in Ausbildung stehende Personen zu schaffen.

Die Nichtregierungsorganisationen äußern sich besorgt über die Zunahme unsicherer und ungeschützter Arbeitsplätze für Jugendliche, darunter Studentenjobs, Saisonarbeit, Ausbildungsverhältnisse sowie kurzfristige oder befristete Beschäftigungsverträge. Jugendliche werden häufig ausgebeutet, haben ein niedriges Einkommen und erleiden Arbeitsunfälle. In ganz Europa sind die Jugendlichen in bestimmten Branchen (z.B. Fast-Food-Restaurants, Kurierdienste, Dienstleistungen usw.) oder in neuen Tätigkeiten (Telearbeit, Heimarbeit) überrepräsentiert. In diesen Sektoren ist der soziale Dialog zwischen den Sozialpartnern weniger ausgeprägt, was dazu führt, dass es weniger vertragliche Regelungen bezüglich der Arbeitsbedingungen gibt.

Kenne deine Rechte

„Know your rights line“ ist die Bezeichnung für eine Telefon-Hotline des britischen Gewerkschaftsdachverbandes Trade Union Congress (TUC), die speziell für jugendliche Arbeitnehmer eingerichtet wurde, um diesen Zugang zu Informationen über ihre Rechte am Arbeitsplatz zu geben. Im Jahr 2001 hat der TUC eine auf jugendliche Arbeitskräfte zielende Informationskampagne zum Thema Arbeitnehmerrechte ausgerichtet.

http://www.tuc.org.uk/tuc/rights_main.cfm

Sehr oft verdienen Jugendliche nicht genug, um sich finanziell unabhängig machen zu können: sie müssen bis Ende zwanzig oder Anfang dreißig im elterlichen Haushalt wohnen und sind von der Unterstützung der Eltern abhängig.⁴⁰ Zudem leiden Jugendliche am Arbeitsplatz oft unter Stress und Druck. Dies gilt besonders für junge Paare mit Kindern und für Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil. In der Praxis kennen viele Jugendlichen ihre Rechte nicht und sind oft nicht wirklich Teil der Tarifvereinbarungen. Daher müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert werden, um die besonderen Bedürfnisse junger Menschen zu berücksichtigen.

Besonders schutzbedürftig sind jene, die auf dem Arbeitsmarkt weniger erfolgreich sind. Ohne einen solchen Schutz insbesondere für benachteiligte Jugendliche haben die jungen Menschen keine Möglichkeit, ihre Jugend als Übergangsphase zwischen Kindheit und Erwachsenenleben und als Zeit für soziale Experimente sowie für die Entwicklung ihrer Kreativität, ihrer Persönlichkeit, eigener Meinungen und ihres Verantwortungsbewusstsein usw. zu erfahren.

hervorgehoben, in denen die Kommission konkrete Maßnahmen vorschlägt, um dieses Ziel zu erreichen.

40

Sehr deutlich wird dies dadurch illustriert, dass 20 % der Jugendlichen mit Beschäftigung angeben, den größten Teil ihrer finanziellen Mittel von ihren Eltern zu erhalten (Quelle: EB2001, Ibid). Wenn man die Jugendlichen fragt, warum sie länger als frühere Generationen bei ihren Eltern leben, nennen beinahe 70 % materielle Gründe: Sie besäßen nicht die Mittel für die Gründung eines eigenen Haushalts. Zwischen 1997 und 2001 stieg die Bedeutung der Eltern als Einkommensquelle in allen Ländern der Union (mit Ausnahme von Irland und Finnland), wobei dieser Anstieg teilweise deutlich ausfiel. So gibt mehr als die Hälfte der Jugendlichen an, den größten Teil der finanziellen Mittel von den Eltern oder der Familie zu erhalten (+ 7 Punkte im Vergleich zu 1997). Quelle EB2001, Ibid.

3.2. Vorschläge, die sich aus den Konsultationen ergeben

Beschäftigung

Verbesserung und Verstärkung der Maßnahmen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie

- Verbesserung der Arbeitsmarktinformationen und Berufsberatung für Jugendliche:
 - Entwicklung benutzerfreundlicher Informations- und Beratungsdienste, die auf die Bedürfnisse junger Menschen zugeschnitten sind.
 - Beteiligung von Entscheidungsträgern und Arbeitgebern auf lokaler Ebene an den Informations- und Beratungsdiensten für Jugendliche.
 - Entwicklung konkreter Informationsquellen für Jugendliche in Bezug auf freie Stellen, Arbeitsbedingungen, Sozialschutz usw. auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.
 - Verbreitung von Informationen an Orten, an denen Jugendliche den Großteil ihrer Zeit verbringen, das heißt in Schulen, Universitäten, Stellenvermittlungsbüros, Vereinen, Jugendzentren usw.
 - Entwicklung spezifischer, auf die besonderen lokalen Bedingungen und persönlichen Aktionspläne abgestimmter Jugendinformationseinheiten innerhalb der bestehenden Informationsdienste und Beratungssysteme.
 - Erhöhung der Attraktivität der Gewerkschaften für Jugendliche.
 - Ermutigung der Arbeitgeber zur Beteiligung an der Karriereplanung.
- Verbesserung des Angebots an beruflicher Bildung und ihrer Qualität:
 - Erweiterung der Lehrlings- und Ausbildungsprogramme.
 - Vermittlung breit gestreuter Fähigkeiten in der beruflichen Bildung.
 - Verbesserung der Ausbildung in den Bereichen Fremdsprachen und Informationstechnologie.
 - Kontrolle der Berufsbildungseinrichtungen und Bewertung der Ausbildungsprogramme, die den Jugendlichen angeboten werden.
- Erleichterter Zugang zur beruflichen Bildung insbesondere für behinderte oder sozial ausgegrenzte Jugendliche oder solche Jugendliche, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind:
 - Kostenlose berufliche Bildung.
 - Verbesserung der Ausbildung der in der beruflichen Bildung tätigen Fachleute.

- Erleichterung des Wechsels von der beruflichen Bildung in die Erwerbstätigkeit:
 - Erweiterung des Angebots von Möglichkeiten zum Studium oder zur Ausbildung am Arbeitsplatz, Studentenjobs, Abendschulen oder dualen Systemen zur beruflichen Bildung.
 - Unterstützung von Vereinigungen, die Arbeitsplätze schaffen.
 - Gründung strategischer öffentlicher/privater Partnerschaften zur Verbesserung der Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt.
 - Zurückdrängung der geschlechtsspezifischen Berufswahl und der Einkommenslücken zwischen verschiedenen Arten von Tätigkeiten.
 - Unterstützung junger Menschen in dem Bemühen, in der Übergangszeit von der Schule zur Berufstätigkeit den „dualen Status“ zu bewältigen, in dem sie zugleich Lehrling / Student / Schüler und Beschäftigter / Arbeiter / Angestellter sind.
 - Einführung eines Stipendienprogramms nach Studienabschluss.
 - Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze für Jugendliche.
- Leichter Zugang zur unternehmerischen Tätigkeit für Jugendliche:
 - Verringerung/Beseitigung der administrativen und steuerlichen Hindernisse, steuerlichen und finanziellen Vorschriften, wirtschaftlichen und sozialen Regelungen usw., welche die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit und die Gründung kleiner Unternehmen durch Jugendliche verhindern können. Erleichterung des Zugangs junger Menschen zu finanziellen Mitteln und Beratungsdiensten.
 - Finanzielle und logistische Unterstützung für junge Unternehmer.
 - Verringerung der Belastung selbständig erwerbstätiger junger Menschen durch Sozialversicherungsbeiträge.

Auf europäischer Ebene

- Die Verwirklichung der Vollbeschäftigung für Jugendliche muss weiterhin ein vorrangiges Ziel der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission sein:
 - Bessere Ausrichtung der EU-Politiken auf die Jugend durch eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen und zwischen den verschiedenen Maßnahmenbereichen.
 - Einbeziehung der Bürgergesellschaft und der Zielgruppen in regelmäßige Konsultationen zur Europäischen Beschäftigungsstrategie.
 - Unterstützung innovativer Projekte zur Wiedereingliederung arbeitsloser Jugendlicher.

- Information über berufliche und Ausbildungsgelegenheiten und über Tätigkeiten und Berufe, die überall in Europa anerkannt sind.
- Verbesserung des europäischen Status von in Ausbildung stehenden Jugendlichen.
- Entwicklung einer Informationsstelle im Internet, die spezifisch auf die Bedürfnisse von Jugendlichen abgestimmt ist.
- Verbesserung der Systeme zur Übertragung und Anerkennung beruflicher Fähigkeiten und Kompetenzen zwischen den Mitgliedstaaten:
 - Verbesserung und Integration der Anerkennungssysteme (z.B. ECTS, NARIC, Europass);⁴¹
 - Anerkennung und Unterstützung der in anderen EU-Mitgliedstaaten oder im Freiwilligendienst und in nicht formalen, ausserschulischen Lernprogrammen erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen.

Soziale Integration

Verbesserung und Verstärkung der Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Strategie für soziale Integration auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene

- Zugang zu Ressourcen, Rechten und Diensten für Jugendliche::
 - angemessene und gesunde Wohnungen;
 - angemessene medizinische Versorgung;
 - andere öffentliche und private Dienste, z.B. in den Bereichen Recht, Kultur, Sport und Freizeit;
 - Auf die besonderen Bedürfnisse von Jugendlichen mit sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zugeschnittener Zugang zu diesen Ressourcen, Rechten und Diensten;
 - Angebot einer „zweiten, maßgeschneiderten Chance“ für Jugendliche, die vorzeitig aus Programmen aussteigen (etwa in der Rehabilitation, der beruflichen Bildung usw.).
- Entwicklung präventiver Strategien, um die Ursachen der sozialen Ausgrenzung von Jugendlichen in einem sehr frühen Stadium zu bekämpfen:
 - Konzentration auf die individuellen Bedürfnisse mittels eines konkreten auf den einzelnen Menschen zielenden Ansatzes.

⁴¹

ECTS: Europäisches System zur Anrechnung von Studienleistungen, NARIC: Gemeinschaftsnetz nationaler Informationszentren für die akademische Anerkennung (National Academic Recognition Information Centres), Europass: ein Pass, der Angaben zu den in der formalen und nicht formalen Bildung gesammelten Kenntnissen und Erfahrungen enthält.

- Besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene in den Bereichen Gesundheit, Beratung, kulturelle Aktivitäten, Sport, Tagesbetreuungsstätten, Wohnung, Transport usw.; dies betrifft insbesondere die Bedürfnisse jener Jugendlichen, die sozial ausgegrenzt oder von Ausgrenzung bedroht sind (beispielsweise jugendliche alleinerziehende Eltern).
 - Verbesserung der sozialen Integration ethnischer Minderheiten.
 - Förderung der Konfliktlösung mit der Hilfe von Sozialarbeitern.
 - Systematische Umsetzung der auf die Arbeitsbedingungen, auf die sozialen Rechte und den sozialen Schutz zielenden politischen Maßnahmen.
- Reform der Sozialversicherungssysteme und der Sozialgesetzgebung:
 - Solidarität zwischen den Generationen bezüglich der Pensionssysteme.
 - Beseitigung der Diskriminierung (z.B. von Frauen, Jugendlichen mit Behinderungen, ethnischen Minderheiten) in den Sozialschutzsystemen.
 - Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Menschen, insbesondere benachteiligter Jugendlicher, in der Sozialgesetzgebung in Bereichen wie unsichere Beschäftigungsverträge, flexible Arbeitszeiten, gleiche Entlohnung, Arbeitsunfälle, Zugang zu Betreuungseinrichtungen für Jungfamilien.
 - Information der Jugendlichen über ihre Rechte und den ihnen zustehenden Sozialschutz.

Auf europäischer Ebene

- Bei den Maßnahmen zur sozialen Integration muss den Bedürfnissen der gefährdesten Jugendlichen Vorrang eingeräumt werden;⁴²
- Intensivierung der Bemühungen um die soziale Integration junger Menschen mit Hilfe der europäischen Programme;⁴³

⁴² Im Juni 2000 legte die Kommission dem Rat und dem Parlament einen Vorschlag für ein mehrjähriges Programm zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung vor (KOM (2000)368 vom 16.6.2000). Ziel des Programmes ist es, einen integrierten Zugang zur sozialen Ausgrenzung zu finden, der die verschiedenen Politikbereiche wie Beschäftigung, Sozialschutz, allgemeine und berufliche Bildung, Gesundheit und Wohnung miteinander verknüpft. In dem Programm werden keine konkreten Zielgruppen genannt. Die endgültige Entscheidung über das Programm hängt vom Ergebnis des gemeinsamen Beschlussverfahrens von Rat und Europäischem Parlament ab.

⁴³ Viele europäische Programme und Finanzierungsrahmen, darunter JUGEND, LEONARDO, SOKRATES, Kampf gegen Diskriminierung usw. rücken benachteiligte Jugendliche in den Mittelpunkt. Der Europäische Sozialfonds unterstützt Maßnahmen auf nationaler Ebene, welche "die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt fördern".

- Beitrag zur sozialen Integration der Jugendlichen mittels eines Ansatzes, der auf den in den Beschäftigungsprogrammen und Politiken auf europäischer Ebene vorgezeichneten Wegen und Schritten beruht.

4. DIE JUGENDZEIT SO GUT WIE MÖGLICH NUTZEN

4.1. Analyse der Ergebnisse

Im Verlauf der Konsultationen wurde deutlich, dass das Wohlergehen und die Autonomie der Jugendlichen von zahlreichen komplexen Faktoren beeinflusst werden. Umwelt, Einwanderung, Medien, Rechtssysteme, Gesundheit, Drogen, Sexualität, Sport, persönliche Sicherheit usw. wirken sich allesamt auf die eine oder andere Art auf das Leben der Jugendlichen und ihre Integration in das öffentliche Leben, in die Bildung oder in den Arbeitsmarkt aus. Beispielsweise hängt es von der Gesundheit der Jugendlichen – oder von damit zusammenhängenden Faktoren wie Drogen, Sexualität, persönlicher Sicherheit, Ernährung usw. – ab, inwieweit die jungen Menschen bereit und imstande sind, die Schule zu besuchen oder eine Berufsausbildung zu absolvieren. Zudem wirkt sich die Art und Weise, wie die „Erwachsenenwelt“ mit diesen Fragen umgeht, auf das Bild aus, das sich die Jugendlichen von der Gesellschaft und von den sich bietenden Chancen in dieser Gesellschaft machen. Beispielsweise neigen die Jugendlichen nicht zur aktiven Beteiligung in einer Gesellschaft, die in ihren Augen nicht in der Lage ist, ihre Umweltprobleme zu bewältigen oder nur rhetorische Lösungen für diese Probleme findet.

- ***Das Wohlergehen beruht auf Gerechtigkeit und Nicht-Diskriminierung***

Die Jugendlichen haben eine sehr umfassende Vorstellung vom persönlichen Wohlergehen. Sie glauben, dass ihre persönliche Entwicklung und ihre Autonomie von einem günstigen sozialen Umfeld abhängen, welches sie nicht diskriminiert, das gerecht ist und die Vielfalt respektiert. Sie stellen eine direkte Beziehung zwischen dem Wohlergehen des einzelnen Jugendlichen und dem Kampf der Gesellschaft gegen jede Form der Ungerechtigkeit zwischen den Generationen sowie gegen die unbegründete Ausgrenzung und Diskriminierung sozialer Gruppen sowie dem Kampf für eine gerechtere Gesellschaft und einer gerechten Verteilung der Mittel und Chancen auf globaler Ebene her.

Die Wohlfahrtssysteme und Gesundheitsdienste sollten grundsätzlich allen Bürgern zu gleichen Bedingungen und ohne Diskriminierung offen stehen. Das bedeutet, dass die spezifische Situation benachteiligter Menschen ganz besonders berücksichtigt werden müsse. Jugendliche mit körperlichen oder psychischen Behinderungen litten immer noch unter schlechten sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Rollstuhlfahrern sei der Zugang zu Kulturveranstaltungen erschwert. Andere Jugendliche mit Behinderungen hätten keinen Zugang zum Internet und seien mit einer unzureichenden Infrastruktur für körperliche Betätigung und Sport konfrontiert. Selbsthilfegruppen litten oft unter einer geringen sozialen Akzeptanz und mangelnder Unterstützung.

„Simply euro“

Die Ziele dieses Projekts bestehen darin, in den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union die gegenwärtige Situation in Bezug auf die Schulung geistig behinderter Personen in der Verwendung

des Euro zu analysieren und die Information solcher Personen sowie ihrer Familien und Betreuer zu verbessern.

Das Projekt hat eine Website mit einem leicht verständlichen Leitfaden (unter Verwendung von Symbolsprachen) gestaltet und ein Schulungsvideo über den Euro produziert.

<http://www.fva.nl/html/euro/irish/project.htm>

Es gibt empirische Belege dafür, dass in Europa neue soziale Ungleichheit und kulturelle Gräben zwischen verschiedenen Gruppen von Jugendlichen entstehen. Sie stützen sich auf die Jugendkonsultation im Allgemeinen und auf die Forschungsergebnisse im Besonderen. Kennzeichnend für die gegenwärtige Realität sind einerseits eine zunehmende Uniformität der Lebensstile der Jugend (Musik, Kleidung usw.) und andererseits eine zunehmende Polarisierung in Bezug auf die Zukunftschancen. Diese Polarisierung erhöht die bereits bestehenden Spannungen zwischen den Generationen, Geschlechtern, ethnischen Gruppen und Regionen mit unterschiedlichem Wohlstand. Insbesondere in den ärmeren europäischen Gesellschaften erfolgt die Modernisierung selektiv und kommt oft nur einem kleinen Teil der jugendlichen Bevölkerung zugute.

- ***Voraussetzungen für Unabhängigkeit sind ein ausreichendes Einkommen, sozialer Schutz und eine eigene Wohnung***

Die Jugendlichen betrachten den Mangel an finanziellen Mitteln als das wichtigste Hindernis für ihre soziale Integration, ihr Wohlergehen und ihre Unabhängigkeit. Daher sprechen sie sich für eine umfassende Reform der öffentlichen Wohlfahrts- und Sozialversicherungssysteme aus, um dafür zu sorgen, dass alle Jugendlichen unabhängig von ihrem Status in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt (Schulabbrecher und arbeitslose Jugendliche eingeschlossen) in den Genuss eines angemessenen und gleichberechtigten Sozialschutzes kommen. Die Dienste müssen selbst in dünn besiedelten Gebieten leicht zugänglich sein. Jugendliche sollten umfassender und frühzeitiger über den ihnen zustehenden Sozialschutz informiert werden.

Es besteht ein akuter Mangel an erschwinglichen Wohnungen, was viele Jugendliche daran hindert, den elterlichen Haushalt zu verlassen und ein unabhängiges Leben zu führen oder eine eigene Familie zu gründen. Die Jugendlichen weisen darauf hin, dass günstiger Wohnraum erforderlich ist, um die bestehenden Lücken im Sozialschutz für junge Menschen, z.B. für jene ohne ausreichende sozialversicherungsrechtliche Absicherung (mit einem „Nullstatus“), zu schließen. Die Jugendlichen betrachten Transferleistungen und/oder ein vom sozialen Status und von der Beschäftigung unabhängiges Mindesteinkommen als wichtige Mittel, um ihnen den Weg in die Unabhängigkeit zu ebnen.

„L'Étage“ – Hilfe für Jugendliche mit Schwierigkeiten

Die vorrangige Aufgabe von „L'Étage“ besteht darin, Jugendliche mit extremen Schwierigkeiten zu betreuen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Würde sowie Respekt für sich selbst zu entwickeln. Die Jugendlichen erhalten zweimal am Tag eine Mahlzeit für einen symbolischen Beitrag. Das Zentrum sucht nach Wohnungen oder Unterkünften, kann jedoch auch als Postadresse für offizielle Papiere (wie beispielsweise Lebensläufe) und für Leistungen der Krankenversicherungen genutzt werden.

Association Espérance, 19, quai des Bateliers, F - 67000 STRASBOURG, tel ++33 388 3570768

- ***Förderung der psychischen und körperlichen Gesundheit und Vermeidung des Drogenkonsums***

Ein wichtiges Ergebnis der Konsultationen ist, dass beträchtliche Nachfrage nach präventiver Gesundheitsinformation und -erziehung für alle besteht. Diese Information sollte an den Schulen und im Rahmen der Jugendarbeit angeboten werden. Die Jugendarbeit hat die Aufgabe, die persönliche Entwicklung der jungen Menschen zu unterstützen. Bildungsprogramme, in denen Jugendliche von anderen Jugendlichen betreut werden, und die aktive Mitarbeit von Jugendlichen in anderen Projekten stellen ebenfalls nützliche Instrumente dar. Die Vorbeugungsarbeit sollte einen positiven, gesunden Lebensstil fördern. Die Jugendlichen müssen sich ihrer Verantwortung für ihren Körper bewusst werden (z.B. Ernährungsgewohnheiten, Rauchen, usw.).

„MAHIS – Die Chancen schlummern in dir“

Mahis ist ein finnisches Kooperationsprogramm, das jungen Menschen dabei hilft, ihr Leben selbst zu bewältigen. Im Mittelpunkt des Programms stehen die Unterstützung durch Erwachsene und die Sozialisierung in Jugendgruppen. Das Ziel von Mahis besteht darin, das Selbstvertrauen der Jugendlichen zu heben und ihnen Zuversicht für die Zukunft zu vermitteln. Mahis bietet Alternativen zu Drogen sowie Rollenvorbilder für die Bewältigung sozialen Drucks an.
<http://www.nuortenakatemia.fi/>

Die Jugendlichen sind sehr an einer umfassenderen Information über Gesundheit, persönliche Entwicklung, Verbrauchsgüter und Umweltfragen interessiert. Diese Information sollte in Schulen⁴⁴, im Rahmen der Jugendarbeit, in Beratungsdiensten und in den Medien angeboten werden. Der Zugang zu den Gesundheitsdiensten sollte kostenlos sein und ohne Diskriminierung ermöglicht werden. Die Schaffung spezieller Gesundheitspflegeeinrichtungen für die Jugend wird als notwendige Voraussetzung betrachtet.

Die öffentliche Gesundheitspolitik sollte den Gesundheitsproblemen, von denen insbesondere Jugendliche betroffen sind, größere Aufmerksamkeit schenken. Es sind mehr wissenschaftliche Studien, Statistiken und Medienberichte über die Gesundheitslage der Jugend erforderlich, wenn diesbezüglich wirkliche Fortschritte erzielt werden sollen.

Der Tabak- und Alkoholkonsum sowie der Missbrauch erlaubter medizinischer Substanzen werden als große Probleme betrachtet. Die Jugendlichen konsumieren stetig steigende Mengen an Nikotin, Alkohol, Süßigkeiten und fetthaltigen Lebensmitteln. Die hohen Selbstmordraten unter den europäischen Jugendlichen deuten auf fortbestehende Probleme mit dem Wohlergehen hin.

Die Jugendlichen glauben, dass die Drogenabhängigkeit nicht als Verbrechen, sondern als Krankheit betrachtet und dementsprechend in Angriff genommen werden sollte. Sie halten umfassendere und wirkungsvollere Präventionsprogramme im Drogenbereich für notwendig, wobei sie sich insbesondere für die Prävention in Jugendgruppen und für Beratungsdienste sowie für geeignete Behandlungs- und Wiedereingliederungseinrichtungen aussprechen. Der Information durch die Eltern wird in diesem Zusammenhang große Bedeutung beigemessen. Allerdings gehen die

⁴⁴

Im Bereich der Förderung der Gesundheit von jungen Menschen arbeiten die Europäische Kommission, die Weltgesundheitsorganisation und der Europarat im Rahmen des „European Network of Health Promoting Schools (ENHPS)“ (Europäisches Netzwerk der gesundheitsfördernden Schulen) zusammen. Dieses Netzwerk stellt ein konkretes Beispiel für eine Maßnahme der Gesundheitsförderung dar, die dank der gemeinsamen Anstrengungen durch diese drei Organisationen erfolgreich zur Erreichung des Ziels der schulischen Gesundheitsförderung beigetragen hat.

Meinungen in Bezug auf die genaue Ausrichtung der Drogenpolitik auseinander. In einigen Ländern befürwortet eine Mehrheit der Jugendlichen eine strengere Bekämpfung der Drogen einschließlich von Zigaretten und Alkohol. In anderen Ländern sprechen sich die Jugendlichen mehrheitlich dafür aus, die Produktion, den Verkauf und den Konsum von Cannabis und seinen Nebenprodukten aus medizinischen und praktischen Gründen zu legalisieren, wobei dieser Vorschlag üblicherweise mit einer deutlichen Forderung nach einem unveränderten oder verstärkten Kampf gegen die harten Drogen einher geht.

Was die psychische Gesundheit anbelangt, so werden mehr Präventivmaßnahmen (insbesondere Beratungsdienste) und Pflegeeinrichtungen gefordert, die speziell für Jugendliche bestimmt sind. Zudem sollten die unter psychischen Störungen leidenden Jugendlichen statistisch umfassender erfasst werden.

„Penumbra“ – Unterstützung psychisch behinderter Jugendliche
 Die schottische Freiwilligenorganisation Penumbra ist seit 15 Jahren auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit tätig. Sie ermutigt behinderte Jugendliche, Fähigkeiten und Selbstvertrauen zu entwickeln und die Probleme in ihrem Leben zu diskutieren. Den Jugendlichen wird vor Augen geführt, dass ihre Kraft von innen kommt. Im Lauf der Jahre wurden Integrationsdienste und eine Vielzahl von Unterstützungsgruppen (Essstörungen, Drogen- und Alkoholmissbrauch) entwickelt.
<http://www.penumbra.org.uk/youngpeople/youngpeoplecontent.html>

• Größere Offenheit in Bezug auf die Sexualität

Die Jugendlichen betrachten die Sexualität als wichtigen Aspekt ihres Wohlergehens und ihrer persönlichen Autonomie. Sie halten mehr Information zu Fragen der Sexualität für notwendig, insbesondere zu Sexualerziehung, Empfängnisverhütung, Geschlechtskrankheiten usw. Diese Information sollte in den Schulen sowie außerhalb der Schulen in nicht formalen Lernumgebungen (Jugendorganisationen, Freizeit- und Sporteinrichtungen usw.) angeboten werden.

Die Nordische Resolution über die sexuelle Gesundheit und die Rechte Heranwachsender
 Die „Nordische Resolution“ wurde von den Familienplanungsvereinigungen in fünf nordeuropäischen Ländern auf der Grundlage des Aktionsprogramms der Internationalen Bevölkerungs- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen verabschiedet, das im Jahr 1994 in Kairo beschlossen wurde. Bei der Resolution handelt es sich um ein wichtiges Argumentationsinstrument, das zeigt, dass Jugendliche durch genaue Information nicht zum Sexualverkehr ermutigt werden, während ihre sexuellen Kontakte dank einer solchen Information sicherer werden.
<http://mirror.ippf.org/cairo/issues/9906/nordic.htm>

Die Jugendlichen befürworten einen gleichberechtigten Zugang aller Jugendlichen – unabhängig von ihrem kulturellen Hintergrund – zu Information und Beratung sowie zu Verhütungsmitteln und Sexualerziehung. Darüber hinaus sprechen sie sich für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs aus. Die Schwangerschaft von Minderjährigen wird als besonderes Problem betrachtet, das eine Lösung erfordere.

Alle Formen der sexuellen Ausbeutung, darunter der Sextourismus und der Kindesmissbrauch, werden vorbehaltlos und nachdrücklich abgelehnt. Die Intoleranz gegenüber bestimmten sexuellen Orientierungen wird von einem Großteil der Jugendlichen kritisiert und abgelehnt. Die Jugendlichen sprechen sich für mehr positive Maßnahmen zur Sensibilisierung für die sexuelle Vielfalt aus.

Die Sexualerziehung durch andere Jugendliche („Peer education“) kann die Überwindung schwieriger familiärer Situationen erleichtern oder Personen erreichen, denen es schwer fällt, über die Sexualität zu sprechen. Für junge Mädchen aus ethnischen Minderheiten und/oder benachteiligte Mädchen sind spezifische Bildungsmethoden erforderlich, da für viele von ihnen immer noch die Mutterschaft der einzige Weg zur sozialen Integration ist.

- ***Familiären und geschlechtsspezifischen Fragen muss größere Aufmerksamkeit gewidmet werden***

Die Jugendlichen sind der Ansicht, dass in den letzten Jahren kaum Fortschritte in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter gemacht wurden. Sie halten gleichberechtigte Beziehungen zwischen Mann und Frau in der Gesellschaft und eine bessere Sensibilisierung über geschlechtsspezifische Stereotypen und Rollenbilder für notwendig. Die Jugendlichen glauben, dass die herkömmlichen Geschlechterrollen überprüft werden müssen, insbesondere in Gebieten, in denen die Arbeitslosigkeit hoch und die öffentlichen (Kinderbetreuungs-) Dienste wenig entwickelt sind.

Mobilisierung junger Frauen für die Gleichberechtigung in Europa

Im September 1999 startete die Europäische Frauenlobby (EWL) ein Projekt mit dem Titel „Mobilisierung junger Frauen für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa“. Ziel des Projekts ist es, die Anliegen junger Frauen in den politischen Entwicklungen auf europäischer und nationaler Ebene zu berücksichtigen, indem mehr junge Frauen in organisierte Aktionen und in die Entscheidungen eingebunden werden.

<http://www.womenlobby.org>

Eine der größten Herausforderungen für die Zukunft besteht nach Ansicht der Jugendlichen darin, Familie und Berufstätigkeit miteinander in Einklang zu bringen, indem z.B. Elternurlaub und bessere Kinderbetreuungseinrichtungen angeboten werden. In diesem Zusammenhang muss den besonderen Bedürfnissen von Mädchen und jungen Frauen, insbesondere ihrer Gesundheit und Sicherheit, Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um der immer noch verbreiteten Gewalt gegen Frauen Einhalt zu gebieten. In bestimmten Belastungssituationen erkranken junge Frauen eher als Jungen oder junge Männer an Krankheiten wie Bulimie und Magersucht. Viele Jugendliche fordern unter anderem für unverheiratete Paare mit Kindern eine größere materielle und moralische Unterstützung seitens der Familien.

- ***Ausdruck der eigenen Kultur***

Die Jugendlichen weisen auf die wichtige Funktion der verschiedenen Formen kultureller Aktivität für ihr Wohlergehen und ihre persönliche Entwicklung hin. Sie schlagen Änderungen an den Ausbildungsplänen, im nicht formalen, außerschulischen Lernen und in der Kulturpolitik der öffentlichen Behörden vor. Ihrer Ansicht nach stellt das kulturelle Lernen eine wirkungsvolle Methode dar, um jene Art von sozialen Fähigkeiten zu entwickeln, die für den Fortschritt der Wissensgesellschaft benötigt werden.

Club 15-29 – künstlerische Aktivitäten für benachteiligte Jugendliche

Die Zielgruppe des griechischen „Club 15-29“ sind Jungen und Mädchen, die keinerlei Organisation angehören. Der „Club“ ist eine Dachorganisation für verschiedenste Freizeitprogramme für Jugendliche und versucht junge Menschen in abgelegenen Gebieten oder behinderte Personen zu

erreichen, um die Ungleichheit in Bezug auf das kulturelle und Bildungsniveau zu beseitigen. Er führt künstlerische Projekte für taube und blinde Jugendliche durch (z.B. Theater).
<http://www.neagenia.gr/club/529b.html>

Allerdings sprechen sich die Jugendlichen gegen ein übermäßiges Informationsangebot und gegen die Kommerzialisierung aus, die beide als Bedrohung für die Jugendkultur betrachtet werden. Die Jugendlichen sehen sich als Opfer kommerzieller Interessen, die versuchen, ihr Verhalten als Verbraucher zu beeinflussen. Dies kann zu Situationen führen, in denen die jungen Menschen unter Druck geraten, sehr früh erwerbstätig zu werden, um den vom Markt vorgegebenen stereotypen Rollenmodellen entsprechen zu können.

Zur gleichen Zeit, in der die Grenzen zwischen Jugend- und Erwachsenenkultur zunehmend verschwimmen, entstehen neue bewegliche und oftmals auch neu zusammengesetzte kulturelle Formen. Es entstehen fließende Jugendkulturen und Hybridformen. Die Jugendlichen gehen davon aus, dass die neuen kulturellen Muster in Zukunft weniger eng mit dem Alter verknüpft sein werden als heute. Dennoch wird es weiterhin wichtig sein, die jungen Menschen in die Lage zu versetzen, ihre eigene Kultur zu gestalten und dieser Kultur Ausdruck zu verleihen.

• ***Die Jugendlichen wollen sicherer leben und mehr über die Umwelt wissen***

Die Jugendlichen messen der Sicherheit in den Innenstadtgebieten und der Vermeidung von Unfällen im Straßenverkehr große Bedeutung bei. Dazu kommt das besondere Problem der Sicherheit am Arbeitsplatz. Es werden strengere Sicherheitsnormen und bessere Regulierungsmechanismen gefordert.

Die Jugendlichen haben großes Interesse an Umweltfragen, denen sie wesentlichen Einfluss auf ihre Lebensbedingungen und ihr Wohlergehen beimessen. Viele Jugendliche sind sich der Bedeutung einer sauberen Umwelt bewusst und wüssten gerne mehr darüber sowie über die Bemühungen um die nachhaltige Entwicklung. Dieses Interesse deckt sich mit den Zielen des Sechsten Umweltaktionsprogramms⁴⁵, dessen Ziel darin besteht, die Umwelterziehung zu fördern und das Bewusstsein für Umweltangelegenheiten zu wecken. Dazu gehören auch die Aufnahme von Umweltfragen in die Lehrpläne der Schulen und die Entwicklung von Bildungsprogrammen, die dazu dienen, den Menschen einen umweltfreundlicheren Lebensstil nahezubringen.

4.2. Vorschläge, die sich aus den Konsultationen ergeben

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

- **Materielle Voraussetzungen für das Wohlergehen:**
 - größere Anstrengungen zur Verbesserung der Wohnungssituation;
 - eine angemessene sozio-kulturelle Infrastruktur für alle Jugendlichen einschließlich jener, die aus einem Umfeld mit niedrigem Einkommen stammen oder in ländlichen Gebieten leben.

- Gesundheits- und Drogenpolitik:
 - Zugang zu medizinischer Versorgung ohne Diskriminierung;
 - allgemeine Verbesserung der Gesundheitspflegeeinrichtungen;
 - Förderung der Gesundheitserziehung (einschließlich Verbraucherfragen);
 - mehr Unterstützung für Informations- und Präventionsprogramme;
 - bessere Kommunikation und Sensibilisierung in den Medien;
 - Information und Beratung in Jugendgruppen;
 - Information durch die Eltern;
 - bessere Behandlung der Drogenabhängigkeit, vorzugsweise in speziellen Zentren;
 - mehr Unterstützung für die Gesundheitsforschung und statistische Daten.
- Andere Fragen (psychische Gesundheit, Sexualität, Familie, geschlechtsspezifische Fragen, persönliche Sicherheit):
 - bessere medizinische Versorgung im Bereich der psychischen und psychosomatischen Erkrankungen;
 - bessere Beratung in einem früheren Stadium, Schaffung spezieller Pflegeeinrichtungen für psychisch Kranke;
 - bessere Wiedereingliederungsprogramme für Jugendliche, die unter psychischen Krankheiten leiden;
 - besserer Zugang zu Information und Beratung zur Sexualität;
 - mehr Unterstützung für Empfängnisverhütungs- und Familienplanungsprogramme;
 - bessere/erweiterte Therapieeinrichtungen für die Opfer von sexueller Ausbeutung und Gewalt;
 - bessere materielle und organisatorische Unterstützung für Familien, insbesondere erschweringliche Kinderbetreuungseinrichtungen;
 - gleichberechtigter und kostenloser Zugang zu Gesundheitsdiensten in den Bereichen Sexualität und Elternschaft für alle Frauen;
 - strengere Sicherheitskriterien am Arbeitsplatz und bessere Umsetzung der Sicherheitsvorschriften;
 - besondere Schulungseinrichtungen für junge Fahrer;
 - attraktive öffentliche Verkehrsdienste selbst zu ungewöhnlichen Zeiten;

- Sensibilisierung für Umweltfragen und Ausweitung der Umwelterziehung im Rahmen des formalen und nicht formalen Lernens.

Auf europäischer Ebene

Die Europäische Union wird aufgefordert, sich verstärkt auf zwei zentrale Maßnahmenbereiche zu konzentrieren: sie soll konkrete Normen festlegen und die Politiken und Programme besser auf die Bedürfnisse junger Menschen abstimmen.

- Unter der Annahme, dass die Europäische Union in der Lage ist, bestimmte Normen festzulegen, werden vier Gruppen von Normen vorgeschlagen:
 - Normen für eine angemessene, auf dem Prinzip der Generationengerechtigkeit beruhende Sozialversicherung für alle Jugendlichen ohne jegliche Diskriminierung;
 - Normen für eine medizinische Versorgung für alle Jugendlichen ohne jegliche Diskriminierung; diese Normen sollten die Vorbeugung in den Mittelpunkt rücken und flexibel genug sein, um die besonderen Bedürfnisse bestimmter Gruppen von Jugendlichen umfassend zu berücksichtigen;
 - Normen für eine europäische Politik über den Ge- bzw. Missbrauch von Substanzen; diese Politik sollte der heutigen Wirklichkeit entsprechen, sämtliche legalen und illegalen Substanzen umfassen und die Drogenabhängigkeit nicht als Verbrechen, sondern als Krankheit betrachten;
 - Normen für Kinderbetreuungseinrichtungen und Elternurlaub zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und zur Unterstützung der Familie.
- Die Europäische Union wird aufgefordert, bei der Gestaltung und Umsetzung der europäischen Politiken und Aktionsprogramme die Interessen junger Menschen besser zu berücksichtigen:
 - Es werden mehr europäische Initiativen zur Jugendinformation gefordert, insbesondere in jenen Bereichen, die Jugendlichen helfen, selbständige Staatsbürger zu werden.
 - Ziel der europäischen Politik sollte es sein, die bestehende Pluralität der Kulturen und Lebensstile in Europa zu erhalten.
 - Behinderten und benachteiligten Jugendlichen sollte der Zugang zu den Programmen LEONARDO, SOKRATES und JUGEND erleichtert werden. Für Menschen mit Seh- und Hörstörungen zugängliche Kulturprojekte sollten gefördert werden.
 - Es werden geschlechtsspezifische Daten über Krankheiten in der EU benötigt.

5. EIN AUF WERTEN BERUHENDES EUROPA

5.1. Analyse der Ergebnisse

In den Augen der 15-25-Jährigen besitzt Europa mehrere Gesichter: Babylonisches Sprachengewirr, Bürokratie und Geldmaschine, aber auch Austausch, Begegnung und Verteidigung der demokratischen Werte.

- *Europa und die Welt*

Die Jugendlichen – sowohl einzeln als auch als Kollektiv betrachtet – lehnen ein Europa ab, das sich nur als große wirtschaftliche Freihandelszone im Wettbewerb mit Nordamerika oder Südostasien begreift. Das Ziel des gemeinschaftlichen Abenteuers liegt nicht in der Schaffung einer „Festung Europa“, die die in der Vergangenheit erworbenen Positionen und Ansichten verteidigt. Die Tatsache, dass Europa in bestimmten Epochen andere Kontinente beherrscht hat, berechtigt es nicht dazu, diesen Weg fortzusetzen. Im Gegenteil: Europa muss sich für die übrige Welt öffnen und sich in einen Ort der Begegnung für die verschiedenen Kulturen, in einen Raum für Toleranz und Austausch verwandeln.

Für junge Menschen ist Europa mehr als die Europäische Union. Sie befürworten die Erweiterung, auch wenn ihnen vollkommen bewusst ist, dass der Beitritt der Kandidatenländer, der Aufbau eines demokratischen Systems in diesen ex-kommunistischen Ländern und der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft die jungen Staatsbürger dieser Länder manchmal vor schwierige Situationen stellen wird.

- *Europa, Verteidiger der Werte*

Die Jugendlichen und ihre Vereinigungen sind nach wie vor dem europäischen Ideal verbunden, das auf den Werten Frieden, Wohlstand und Demokratie beruht. Ihrer Meinung nach sollte die Bedeutung Europas als Raum der Freiheit und des Rechts heute viel stärker betont werden als die Rolle als Wirtschaftsraum. Auch der Idee „Einheit in der Vielfalt“ gegenüber sind sie positiv eingestellt.

Aus sämtlichen Diskussionen wurde deutlich ersichtlich, wie wichtig den Jugendlichen der Kampf gegen Diskriminierung ist. Sie identifizierten sich einstimmig mit den Werten Solidarität, Gleichberechtigung und kulturelle Vielfalt. Diese Werte sind unverzichtbar für die europäische Integration, aber auch für die Zusammenarbeit mit dem Rest der Welt. Aus diesem Grund wünschten alle Teilnehmer der Konsultationen eine gemeinsame europäische Politik zum Schutz der allgemeinen Grundrechte.

Die Jugendlichen verlangen eine bedingungslose Anwendung der im Vertrag von Amsterdam (Art.13) enthaltenen Nichtdiskriminierungsklausel, die die europäischen Organe dazu befugt, geeignete Vorkehrungen zu treffen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen. Dieser Artikel findet eine erste praktische Umsetzung im Aktionsplan gegen die Diskriminierung, dessen Schlüsselziel in einer Änderung der Praktiken und Haltungen durch die Mobilisierung der betroffenen Akteure besteht. Diese Anstrengungen müssen fortgesetzt werden.

Die Jugendlichen hegen auch Befürchtungen gegenüber bestimmten Auswirkungen der Globalisierung, die die Entstehung oder Verstärkung von Ungleichheiten zwischen Völkern und Regionen der Welt fördern könnten. Sie zeigen sich extrem besorgt über den Menschenhandel, der eine weltweit spürbare Folge der Verarmung ist.

Schaffung eines Solidaritätsfonds „Jugendkarte für Timor“ in Portugal oder: Wie zeigt man mit Hilfe eines ursprünglich bloßen Konsumzwecken dienenden Mittels echte Solidarität? Es gibt zwei Arten von Jugendkarten: die „klassische“ zum Preis von 6 € und die „MegaCartão Jovem“, für die man 12 € bezahlt. Seit 1. Juni 1999 werden pro verkaufter „klassischer“ Karte 0.50 € und pro verkaufter „MegaCartão“ 1 € für Projekte in Osttimor aufgewendet.
<http://www.timorlorosac.fdti.pt/campanhas/cartaojovem.htm>

• **Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit**

Dieser Kampf weist zwei Aspekte auf, nämlich Vorbeugung und eine eindeutige Haltung („null Toleranz“) gegenüber jeder extremistischen Verhaltensweise.

Im allgemeinen sind die jungen Menschen anderen gegenüber offen, für das Problem Rassismus sensibilisiert und bereit, sich in diesem Kampf zu engagieren. Sie fühlen sich aber auch Manipulationsversuchen gegenüber besonders verwundbar.

Daher sollten bei den politischen Maßnahmen auf diesem Gebiet folgende Grundsätze beachtet werden:

- Bildung, Beschäftigung und soziale Integration sind Voraussetzungen dafür, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erst gar nicht aufkommen zu lassen.
- Die Einbeziehung der Jugendlichen, insbesondere von Minderheiten, Basisprojekte („grassroots“) sowie nicht formale Bildungs- und Lernaktivitäten sind in diesem Zusammenhang besonders wichtige Werkzeuge.
- Die Information der Jugendlichen durch Jugendliche ist die beste Methode, die Jugend für dieses Problem zu sensibilisieren.
- Die Unterstützung von Netzen auf allen Ebenen und die Entwicklung neuer Kommunikationskanäle zwischen diesen Netzen eignet sich zur Entwicklung weiterer Maßnahmen.

„All different / all equal“

Diese Kampagne gegen Rassismus und Intoleranz wurde vom Europarat 1996 initiiert. Sie lieferte wichtige Grundlagen und Ermutigungen für Projekte auf dem Gebiet des Kampfes gegen Ausgrenzung, die auf der Erziehung von Jugendlichen durch Jugendliche beruhen. Trotz ihrer kurzen Dauer brachte diese Kampagne wertvolles pädagogisches Material hervor, das noch immer von den Jugendorganisationen in ganz Europa genutzt wird.

<http://www.ecri.coe.int/>

Die „European Peer Training Organisation“ (EPTO)

Dies ist ein europäisches Netz von jungen Ausbildern, die andere Jugendliche im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit anleiten. Sein Ziel ist es, den Jugendlichen, insbesondere den Führern von Jugendbewegungen, die Schulungsmaterialien zur Verfügung zu stellen, die zur Durchführung von Workshops über den Respekt vor kultureller Vielfalt notwendig sind. Dieses Netz ist in 10 europäischen Ländern vertreten.

<http://www.ceji.org/new/epto/frameset2.html>

- **Ein Europa, an dem die Jugendlichen teilhaben wollen**

Die Jugendlichen und ihre Vertreter wollen ein Europa, das ein offenes Ohr für ihre Anliegen hat, ein Europa, das niemanden ausgrenzt oder stigmatisiert. Sie begreifen Europa als einen weiten Raum ohne Grenzen, der das Lernen, das Reisen, das Arbeiten und das tägliche Leben erleichtern soll. Sie wünschen sich Europa auch als idealen Ort, in dem es Gesetze zum Schutz der Umwelt und des kulturellen Erbes, zur Bekämpfung jeglicher Form von Extremismus, zur Verstärkung der sozialen Rechte, zur Herstellung von Chancengleichheit usw. gibt.

Europa befindet sich noch immer im Aufbau. Dieser Aufbau erfolgt einerseits durch große politische Durchbrüche, andererseits durch zahlreiche kleine Schritte in Form von Aktionen vor Ort. Manche Jugendliche klagten, Europa sei lückenhaft, dabei aber undurchschaubar und komplex, andere äußerten sich hoffnungsvoll. Alle aber forderten, in den Aufbau Europas mit einbezogen zu werden, indem man sie nicht nur als Jugendliche, sondern auch als Bürger zu Themen, die sie interessieren und/oder betreffen, öffentlich zu Wort kommen lässt. Nur angehört zu werden, wäre ihnen nicht genug.

Die Vereine, die naturgemäß öfter mit den Organen der Europäischen Gemeinschaft in Kontakt kommen (Beantragung von finanziellen Zuschüssen, Einreichung von Projekten für Programme usw.) beklagen die Komplexität der bestehenden Strukturen. Für den globaleren Bereich der technischen Unterstützung auf dem umfangreichen Gebiet der europäischen Jugendpolitik schlägt das Europäische Jugendforum die Schaffung einer Agentur vor.

InfoMobil – praktische Informationen über die europäischen Länder

InfoMobil ist ein Web-Service des Jugendinformationsnetzes ERYICA. Die behandelten Themen sind: Schule und Studium, Arbeit, Berufsausbildung, Wohnmöglichkeiten, Kultur- und Sportaktivitäten, Freizeit, Gesundheit, Informationsdienste für Jugendliche, Sozialdienste, Verkehrsmittel usw. in mehr als 20 Ländern.

<http://www.eryica.org/infomobil/>

Die Gefahr einer Entfremdung zwischen der jungen Generation und Europa scheint so groß zu sein, dass die Wissenschaftler davor warnten, die Jugendlichen von heute als die „ersten wahren Europäer“ zu betrachten, wie dies oft geschieht. Zahlreiche Jugendliche sind noch immer tief verwurzelt in ihre lokale Umgebung und von nationalen Perspektiven geprägt. Die europäische Staatsbürgerschaft stärker im Bewusstsein der Menschen zu verankern, wird noch lange und geduldige Arbeit erfordern.

Ein Stück Europa wird Wirklichkeit mit „Euregio Maas-Rhein“ und EFI (Euregionales Freizeit- und Informationswerk für Jugendarbeit)

„Euregio“ ist der mehrsprachige, multikulturelle Dreiländerraum (Belgien, Deutschland, Niederlande) um die Städte Lüttich, Maastricht und Aachen. Sein Motto lautet „Beteiligung aller Menschen als Bedingung für den Aufbau Europas“. Die Jugendlichen sollen daher die Möglichkeit haben, in ihrer Freizeit mit anderen ihre Umgebung grenzüberschreitend zu erkunden. Zu diesem Zweck organisiert EFI nicht nur Seminare und andere Bildungsaktivitäten für Kinder, Jugendliche und alle im sozialpädagogischen Bereich arbeitenden Menschen, sondern auch Workshops und andere kreative Veranstaltungen, die die Beteiligung der Jugendlichen fördern sollen.

http://www.efi-aachen.de/frames_f.htm

Die Jugendlichen wissen, dass immer mehr Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden, und wollen sich daher für Europa engagieren. Europa kann nicht

ohne sie aufgebaut werden. Sie wünschen einen neuen Schwung, eine neue europäische Initiative für die Jugendlichen, eine bessere Koordination der Jugendpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten und eine stärkere Berücksichtigung der Jugendlichen bei den verschiedenen politischen Maßnahmen, die auch sie betreffen. Dabei wollen sie nicht systematisch als Problem betrachtet werden, sondern als Menschen, die ein Element zur Lösung der Probleme beitragen können, die diese Maßnahmen behandeln.

- ***Mobilität, der wichtigste Trumpf beim Aufbau Europas***

Im Zusammenhang mit der Mobilität ist zweierlei zu beobachten:

- Erstens findet die Mobilität immer stärkere Verbreitung, was positiv und ermutigend ist. Es wird nunmehr von den meisten Menschen anerkannt, dass die Mobilität Mehrwert schafft. Gleich, ob Mobilität zwischen verschiedenen Ländern oder zwischen ländlichen und städtischen Gebieten gemeint ist, gleich, ob es sich um die Millionen von europäischen Studenten oder Jugendlichen in Ausbildung, um behinderte Jugendliche, um Jugendliche aus Minderheiten oder benachteiligten Bevölkerungsgruppen handelt, die Mobilität eröffnet ihnen die Welt und ermöglicht das Sammeln vielfältiger Erfahrungen.
- Die zweite Beobachtung dämpft diese Freude etwas: Es gibt noch immer Hindernisse, die auf Informationsmangel auf allen Ebenen, mentale Barrieren (Stereotype), verschiedene Praktiken (Visumpflicht), mangelnde gegenseitige Anerkennung von Diplomen und erworbenen Kenntnissen, aber auch auf unzureichende Fremdsprachenkenntnisse zurückzuführen sind. Mobilität bleibt also eine Erfahrung, die letztlich einer Minderheit von Jugendlichen vorbehalten bleibt.

Nun geht es darum, die Mobilität von der Ausnahme zur Regel zu machen: Sie muss integrierender Bestandteil des Lernens sein, und zwar schon bei den ganz jungen Menschen. Die Programme müssen allen Jugendlichen offen stehen, gleich, aus welcher sozioökonomischen oder geografischen Umgebung sie stammen.

Dies erfordert neue Finanzierungsmethoden, eine stärkere Einbeziehung verschiedener Partner und die Erstellung von Qualitätskriterien. Durch die Programme der Gemeinschaft konnten zwar Erfahrungen gesammelt und Wege aufgezeigt werden; auf Grund ihrer begrenzten Mittel sind sie jedoch nicht in der Lage, weiterhin alleine als Förderer der Mobilität zu fungieren. Eine bessere Koordination der verschiedenen Entscheidungsebenen ist unerlässlich.

- ***Freiwilligenaktivitäten – eine Antwort auf die Bedürfnisse der Jugendlichen***

Die Jugendlichen sehen in den verschiedenen Formen von Freiwilligenaktivitäten, definiert als gemeinnützige Arbeit in jeglicher Form, ein Mittel zum Erwerb von Fähigkeiten und zum Sammeln von Erfahrungen, die in der Berufswelt gewinnbringend anzuwenden sind. Die Freiwilligenarbeit ist jedoch für sie kein Ersatz für bezahlte Arbeit.

Sie entspricht auch der Entwicklung der Gesellschaft, die von diesen nicht kommerziellen Aktivitäten profitiert, die in den letzten Jahren immer wichtiger geworden sind, und bietet gleichzeitig Raum für die Sozialisation der Jugendlichen.

Das oft genannte Ziel besteht übrigens darin, dass 30% der Jugendlichen sich an Freiwilligenaktivitäten beteiligen sollten. Die Abschaffung des verpflichtend vorgeschriebenen Militärdienstes in einigen Ländern hat die Entwicklung dieser neuen Formen des Engagements begünstigt.

Schließlich bietet die Freiwilligenarbeit die Gelegenheit, sich an der Gesellschaft zu beteiligen und dabei gleichzeitig etwas zu lernen. Sie trägt zur sozialen Integration bei und ermöglicht es, auf sehr konkrete Weise Vorurteile zu bekämpfen. Sie bietet die Möglichkeit, alle mit einzubeziehen, und muss allen offen stehen. Sie ist somit eine beispielhafte Antwort auf die Bedürfnisse der Jugendlichen, die diese bei den Konsultationen im Rahmen der Ausarbeitung dieses Weißbuchs äußerten.

Aktivitäten im Rahmen der Freiwilligenarbeit finden auf lokaler, nationaler oder europäischer Ebene statt. Im letztgenannten Fall trägt der Europäische Freiwilligendienst im Rahmen des JUGEND Programms ganz unzweifelhaft zum Aufbau einer europäischen Identität bei und ist auch ein wirksames Mittel zur gegenseitigen Annäherung der Völker im Zuge des Beitritts neuer Mitgliedstaaten.

Die im Europarat geleistete Arbeit⁴⁶, die Bemühungen auf nationaler Ebene zur Entwicklung der zivilen Dienste, die derzeitigen Überlegungen zum Thema im Ministerrat der Union, im Rahmen des EU- Programms JUGEND oder in den Vereinten Nationen⁴⁷ sind alle ein wichtiger Beitrag zum Ausbau der Freiwilligenarbeit.

Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr

Das deutsche Bundesgesetz über das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) ermöglicht es jungen Menschen (16-27), 6 bis 12 Monate lang ganztags an Projekten im Wohlfahrts-, Pflege- oder Bildungsbereich mitzuarbeiten. 1993 wurde das Gesetz geändert und um das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) erweitert. Das Gesetz stellt sicher, dass die jungen Freiwilligen während ihres Dienstes weiterhin Sozialleistungen (wie z.B. Familienbeihilfe und Bonuspunkte für Studienplätze) erhalten und dass die Aufnahmeeinrichtung Sozialversicherungsbeiträge für sie bezahlt. Das Gesetz betont insbesondere den erzieherischen Wert des Jahres, indem es Mindestanforderungen für die Betreuung des Freiwilligen festlegt.

<http://www.ijgd.de>

5.2. Vorschläge, die sich aus den Konsultationen ergeben

Beziehungen zur übrigen Welt

Auf europäischer Ebene

Bei den Konsultationen wurden – vor allem von den Jugendlichen – folgende Forderungen gestellt:

- Damit alle Völker den gleichen Wohlstand und die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten genießen:

⁴⁶ Vgl. „Entschließung des Europarates zum Freiwilligeneinsatz von jungen Menschen im Bereich der Jugendpolitik“.

⁴⁷ Vgl. 2001 – Jahr der Freiwilligen.

- muss die Schuldenlast der Dritten Welt verringert werden (Bedingungen hierfür sind die Einhaltung der Menschenrechte und die Beachtung der demokratischen Werte).
 - muss die Forderung der UNO, 0,6% des Bruttonationalproduktes für Entwicklungshilfe aufzuwenden, endlich in die Tat umgesetzt werden.
 - müssen wirksame Hilfsmaßnahmen zugunsten der auf der Südhalbkugel lebenden Menschen ergriffen werden.
- Unterstützung der Jugendpolitik in den Entwicklungsländern und Beachtung der Anliegen der Jugendlichen in den Kooperationsprogrammen.
 - Schaffung eines Instituts zur Prävention von Konflikten in Europa oder in unmittelbarer Nähe zu Europa.
 - Einführung von Konfliktpräventionsprogrammen in Europa und in der übrigen Welt, bei denen auch der Beitrag zum Frieden gewürdigt wird, den Kontakte und Austauschmaßnahmen zwischen Jugendlichen leisten. Die Jugendpolitik, vor allem die Austauschprogramme, haben konkrete Auswirkungen auf die internationale Szene.

Migrationsbewegungen

Auf europäischer Ebene

- Schaffung von Hilfsprogrammen für Emigrationsländer: Konkret bedeutet dies wirtschaftliche Hilfestellung und Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort.
- Den bereits auf europäischem Territorium befindlichen Flüchtlingen und Asylwerbern ist besondere Beachtung zu schenken; ihrer Situation angepasste Initiativen sind zu fördern.
- Die Programme der Gemeinschaft sind Jugendlichen aus Drittländern zugänglich zu machen (Informationsaustausch, Beseitigung von vor allem sprachlichen und administrativen Barrieren).

Verteidigung der Grundwerte und Beachtung der Menschenrechte

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

- Fortschrittlichere Gestaltung der nationalen Rechtsvorschriften für homosexuelle Menschen, die auch das Recht auf Eheschließung und Adoption vorsehen, wie es heterosexuelle Paare genießen.
- Offenere Behandlung dieser gesellschaftlichen Fragen und Verhaltensweisen in den Schulen. Ausarbeitung von Lehrplänen für die Sexualerziehung, bei denen alle Praktiken behandelt werden.
- Förderung einer „weltoffenen Erziehung“, eines vollständigen und verpflichtenden Unterrichts über die Menschenrechte.
- Einschlägige Ausbildung für Lehrkräfte, Beamte und Polizeipersonal.

Auf europäischer Ebene

- Festschreibung der Grundrechte der europäischen Bürger in den Verträgen durch den Einbau der im Dezember 2000 in Nizza unterzeichneten Charta, die die Menschenrechtskonvention übernimmt und ergänzt. Diese Konvention sollte der Ansicht der konsultierten Jugendlichen zufolge übrigens von der Europäischen Union unterzeichnet werden. Diese Grundrechte müssen auch für Migranten und Flüchtlinge gelten.
- Schaffung der Stelle eines europäischen Mediators, der für die Einhaltung der Antidiskriminierungsgesetze sorgt.

Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

- Vorrangige Behandlung dieses Themas in den nationalen Jugendpolitiken.
- Förderung und Unterstützung der Arbeit vor Ort durch lokale Projekte zur Stärkung der Solidarität und des Verantwortungsbewusstseins. In diesem Sinne ist auch die Arbeit der Jugendorganisationen anzuerkennen und aufzuwerten.
- Entwicklung einer gemeinsamen Rechtsauffassung im Zusammenhang mit der Veröffentlichung und Verbreitung von rassistischen und fremdenfeindlichen Informationen, vor allem im Internet, wie dies in der beim Rat „Jugendfragen“ im Mai 2001 abgegebenen Erklärung vorgesehen ist.
- Förderung von Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Verdeutlichung der Vorzüge eines Managements, dass die Vielfalt fördert.
- Der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sollte in den Mittelpunkt der allgemeinen und beruflichen Bildung rücken: Fremdsprachenunterricht, aber auch Unterricht in der Muttersprache für Minderheiten und Einwanderer; Ausbildung der Lehrkräfte in den Bereichen kulturelle Vielfalt und Geschlechterfragen; Integration von Einwanderern und Minderheiten in das Bildungssystem; besseres Verständnis des nicht formalen Lernens.

Auf europäischer Ebene

- Häufige Behandlung dieser Frage bei den Ministertreffen.
- Integration der Jugendinitiativen in den von der Union 2001 angenommenen Aktionsplan gegen Diskriminierung.
- Priorität des Kampfes gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in allen Programmen und Aktionen der Gemeinschaft, die Jugendliche betreffen, einschließlich des Sozialfonds.
- Errichtung einer Internet-Plattform zum Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Rahmen des Programms JUGEND.

- Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Wien) und Unterstützung der Zivilgesellschaft auf diesem Gebiet.
- Besondere Berücksichtigung der Jugendlichen aus ethnischen Minderheiten und der Migranten der 2. oder 3. Generation in den Programmen der Gemeinschaft.
- Beginn einer bewussten Debatte über die politischen Widersprüche zwischen der Einwanderungspolitik der Europäischen Union und der Bereitschaft zum Kampf gegen den Rassismus.
- Verstärkte Bemühungen um die Entwicklung der Unionsbürgerschaft und der europäischen Identität.
- Harmonisierung der Rechte von Flüchtlingen und Einwanderern und Verbesserung ihres Status in ganz Europa.

Auf allen Ebenen

- Entscheidungsträger aller Ebenen sollten zum Besuch von Basisprojekten eingeladen werden, um sie der Jugend näher zu bringen.
- Öffentliche Verwaltungen und Einrichtungen sollten die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln, und Minderheiten sollten angemessen darin vertreten sein.
- An der Basis, aber auch in Unternehmen, in der Arbeitswelt und in kulturellen und künstlerischen Initiativen sollten der Zugang zu Information und Kommunikation erleichtert und Initiativen und Projekte unterstützt werden.
- Die Vernetzung auf allen Ebenen sollte unterstützt werden, und es sollten Konsultationen der Akteure organisiert werden.

Die europäischen Organe und die Jugendpolitik

Auf europäischer Ebene

- Intensivierung der bestehenden Maßnahmen und Aktionen auf gemeinschaftlicher Ebene, aber auch Unterstützung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine verstärkte Jugendpolitik.
- Ausbau der Mechanismen der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den europäischen Organen, breitere Bekanntmachung von gelungenen Experimenten im Hinblick auf einen bestmöglichen Nutzen für die Jugend.
- Entwicklung einer gemeinsamen Zielsetzung der verschiedenen politischen Maßnahmen, die die Jugend betreffen.
- Konsultation der Jugendlichen bei der Planung von Initiativen, die sie direkt oder indirekt betreffen, u.a. durch zu diesem Zweck auf europäischer Ebene entwickelte Internetportale.

- Verstärkung der Arbeit des Rates "Jugendfragen" zusätzlich zur Tätigkeit der Kommission, wobei die Arbeitsgruppe Jugend des Rates weiterhin die Entscheidungen vorbereiten soll. Gemeinsam müssen die Organe eine positive Dynamik zugunsten der jungen Generationen schaffen.
- Entwicklung von Einrichtungen zur Begleitung und Beobachtung durch eine engere Zusammenarbeit zwischen EU und Europarat, Eröffnung eines ständigen Dialogs, um gemeinsame Aktionen aufzuzeigen.

Mobilität

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

- Umsetzung des Aktionsplans⁴⁸ und der Empfehlung über die Mobilität⁴⁹, wobei dafür Sorge zu tragen ist, dass die Jugendlichen niemals in ihrer Mobilität behindert oder benachteiligt werden und dass mobile Menschen dieselben Vorteile wie die Angehörigen des Gastlandes genießen: Ermäßigungen bei öffentlichen Verkehrsmitteln, Wohnbeihilfen, Zugang zu den Gesundheitsdiensten u.a.
- Ausweitung der bilateralen Austauschprogramme, die das Kernstück der Politik der Zusammenarbeit in diesem Bereich bilden. Diese bilateralen Austauschaktivitäten sollen den multilateralen Austausch im Rahmen des Programms JUGEND ergänzen.
- Da die Mobilität auf lokaler Ebene oft das beste Sprungbrett in Richtung auf die internationale Ebene ist, sollten die verschiedenen Akteure auf lokaler Ebene unter Beachtung folgender Grundsätze vernetzt werden:
 - Verstärkung der Mobilität zwischen ländlichen und städtischen Gebieten;
 - Gründung von „Partnerschaften für die Mobilität“ zwischen den Lokalbehörden, den Sozialpartnern, den Unternehmen und den verschiedensten NRO.
- Förderung der (vor allem sprachlichen) Ausbildung der in Universitäten, Vereinen, Verwaltungen usw. für die Austauschaktivitäten zuständigen Personen. Von der Unterstützung und den Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch, die sie erhalten, wird die Entwicklung der Mobilität in den nächsten Jahren abhängen. Auch die Mobilität der Lehrkräfte muss verstärkt werden. So sollte jeder Fremdsprachenlehrer bzw. jede Fremdsprachenlehrerin bis 2006 die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Mobilitätsprogramm erhalten.
- Weitere Verbesserung der Qualität der Mobilitätsprojekte, wobei insbesondere sicherzustellen ist, dass die Jugendlichen während ihres Aufenthalts unabhängig

⁴⁸ Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 14. Dezember 2000 zur Festlegung eines Aktionsplans zur Förderung der Mobilität - 2000/C371/03 -, ABl. C 371/4 vom 23.12.2000.

⁴⁹ Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Mobilität von Studierenden, in der Ausbildung stehenden Personen, jungen Freiwilligen, Lehrkräften und Ausbildnern in der Gemeinschaft - KOM (1999) 708 - C5 - 0052 / 2000 - 2000 / 0021 (COD), ABl. C 178 vom 22.6.2001.

sind (Qualität der Information, der Betreuung und der sprachlichen sowie kulturellen Vorbereitung, finanzielle Unterstützung).

- Integration einer europäischen Dimension, eines interkulturellen Lernprozesses in die allgemeine und berufliche Ausbildung jedes Jugendlichen in den Schulen, aber auch im Zuge nicht formaler, ausserschulischer Bildungsaktivitäten. Dies würde die physische Mobilität erleichtern.
- Berücksichtigung der Bedürfnisse der jungen Menschen bei der Erarbeitung von verkehrspolitischen Konzepten.

Auf europäischer Ebene

- Einführung der im Aktionsplan und der Empfehlung über die Mobilität vorgesehenen Überwachungsmechanismen.
- Ausweitung des Kreises der Nutznießer der Programme. Konkret bedeutet dies folgendes:
 - Bevorzugte Behandlung von Jugendlichen, die aus sozialen Gründen am wenigsten mobil sind.
 - Stimulierung der Mobilität der in einer Berufsausbildung stehenden oder arbeitenden Jugendlichen.
 - Frühestmögliche Sensibilisierung der Jugendlichen für Fragen der Mobilität.
 - D.h. Aufstockung der finanziellen Mittel.
- Eröffnung einer echten Diskussion über die Mobilität von behinderten Jugendlichen.
- Einführung von praktischen Maßnahmen für die Zeit vor der Abreise und nach der Rückkehr der Jugendlichen:
 - Vereinfachung der Verwaltungsverfahren, insbesondere für die Ausstellung von Visa für Jugendliche aus Drittländern. Das Fehlen eines „Mobilitätspasses“ auf europäischer Ebene ist ein erhebliches Reisehindernis.
 - Allgemeine, systematische und flächendeckende Verwendung der „Jugendkarte“ in ganz Europa, wobei für eine Erhöhung der Anzahl der Ermäßigungen und Dienstleistungen, die die Jugendlichen mit dieser Karte erhalten, und für eine Verbesserung der diesbezüglichen Informationen zu sorgen ist.
 - Intensivierung der sprachlichen Vorbereitung.
 - Gezielte, an die Sprache der Jugendlichen angepasste, leicht zu findende Informationen über die Möglichkeiten zur Mobilität, wobei Synergien mit bereits in diesem Bereich bestehenden Initiativen zu suchen sind.

- Offizielle Anerkennung der dadurch, auf formale und nicht formale Weise erworbenen Kenntnisse.

Freiwilligenarbeit

Auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene

- Deutlicher Ausbau der Freiwilligenaktivitäten für Jugendliche im kommenden Jahrzehnt auf allen Ebenen (der lokalen, regionalen, nationalen und europäischen).
- Einführung eines Freiwilligendienstes in jedem Mitgliedstaat in welcher Form auch immer, Errichtung entsprechender Strukturen, Erhöhung der Anzahl der Aufnahmeeinrichtungen und Sicherung der Finanzierung. Gemeinden, Regionen, Vereine und Jugendorganisationen sollten in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle spielen. Die Jugendlichen selbst sollten ihre Erfahrungen mit anderen austauschen können und in die Definition und Einführung des Freiwilligendienstes mit einbezogen werden.
- Einführung eines nationalen Status für junge Freiwillige, eventuell im Rahmen eines weiter gefassten Status. Dieser Status sollte die Rechten und Pflichten des Freiwilligen festlegen; er würde den Ausbau von Freiwilligenaktivitäten erleichtern und den sozialen Schutz des Jugendlichen gewährleisten
- Unverzügliche Umsetzung der Empfehlung und des Aktionsplans über die Mobilität (siehe unten).
- Sensibilisierung der Arbeitgeber für die im Rahmen der Freiwilligenarbeit erworbenen Fähigkeiten (Eigeninitiative, Selbstbewusstsein, Teamfähigkeit usw.).
- Einbeziehung der Jugendlichen selbst in die Förderung und den Ausbau der Freiwilligenarbeit.

Auf europäischer Ebene

- Überwachung der Freiwilligenaktivitäten auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Festlegung einer gewissen Anzahl von Indikatoren, um Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen, einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und Trends für die Zukunft feststellen zu können.
- Weltweit gibt es eine große Anzahl von öffentlichen oder privaten Freiwilligendienstorganisationen. Die Offenheit dieser Organisationen gegenüber Jugendlichen ist im allgemeinen beschränkt. Die Europäische Kommission könnte damit beauftragt werden, mit diesen Organisationen über eine stärkere Öffnung für Jugendliche zu verhandeln.
- Stärkere Öffnung des Freiwilligendienstes für Jugendliche, die sich in Schwierigkeiten befinden oder Behinderungen aufweisen.
- Anerkennung und Aufwertung der Freiwilligenarbeit als nicht formale Lernerfahrung.

6. BEITRÄGE ZUM WEISSBUCH

(a) Die folgenden Dokumente können von der Website der Europäischen Kommission (<http://europa.eu.int/comm/education/youth/ywp/index.html>) heruntergeladen werden:

- „Weißbuch zur Jugendpolitik in Europa“. Nationale Jugendkonsultationen, Mai – Juli 2000:
 - Zusammenfassender Bericht, Zweite Version [DE,FR];
 - Überblick, 27.9.2000;
 - Nationale Berichte und Websites der nationalen Konferenzen.
- *Europäisches Jugendtreffen in Paris, 5.-7. Oktober 2000. Die Empfehlungen der 450 jugendlichen Delegierten* [EN, DE].
- *Report on the Hearing on Youth Policy held in the European Economic and Social Committee in Brussels on 20th February 2001* [Bericht über das Hearing im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel am 20. Februar 2001].
- *Meeting on Conditions for Young People in Europe, Report on the conference on 16th-17th March 2001, Folkets Hus in Umeå, Sweden.* [Sitzung zu den Bedingungen für junge Menschen in Europa, Bericht über die Konferenz am 16./17. März 2001, Folkets Hus in Umeå, Schweden]
- *Weißbuch der Europäischen Kommission über Jugendpolitik: Bericht zum Arbeitsschwerpunkt „Konsultation der Wissenschaftler und Forscher“, vorgelegt in Umeå, 16.-17. März 2001.*
- *Beitrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland zum Weissbuch Jugend*
- *Eurobaromètre 55.1 "Les jeunes Européens en 2001"* [Eurobarometer 55.1 „Die jungen Europäer in 2001“]

(b) Das folgende Dokument kann von der Website des Europäischen Parlaments (http://www.europarl.eu.int/hearings/20010424/cult/minutes_en.pdf) heruntergeladen werden:

- *European Parliament, Directorate General for Research, Summary of the Public Hearing on Youth, 24th April 2001, Brussels, IV/WIP/2001/04/0094* [Europäisches Parlament, Generaldirektion Forschung, Zusammenfassung des öffentlichen Hearings über die Jugend, 24. April 2001, Brüssel, IV/WIP/2001/04/0094.

(c) Das folgende Dokument kann von der Website des Wirtschafts- und Sozialausschusses (http://www.ces.eu.int/pages/avis/11_00/en/CES1418-2000_AC_en.doc) heruntergeladen werden:

- *Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zum „Weißbuch Jugendpolitik“ (Initiativstellungnahme), beschlossen am 29. November 2000, CES 1418/2000* [ES, DA, DE, EL, FR, IT, NL, PT, FI, SV].

(d) Die folgenden Dokumente können von der Website des Europäischen Jugendforums (<http://www.youthforum.org/start/whitepaper/whitepaper.htm>) heruntergeladen werden:

- *Contribution of Civil Society organisations to the European Commission's consultation for its White Paper on Youth Policy, 3rd edition, Hearing at the European Economic and Social Committee in Brussels on 20th February 2001 [Beitrag der Organisationen der Bürgergesellschaft zur Konsultation der Europäischen Kommission für ihr „Weißbuch Jugendpolitik“, 3. Ausgabe, Hearing im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel am 20. Februar 2001]*
- *Strategy and Key Objectives for a Youth Policy in the European Union, Second Contribution of the European Youth Forum to the European Commission's White Paper on Youth Policy, adopted by the Council of Members, Brussels 6-7 April 2001 [Strategie und vorrangige Ziele für eine Jugendpolitik in der Europäischen Union, Zweiter Beitrag des Europäischen Jugendforums zum Weißbuch der Europäischen Kommission zur Jugendpolitik, beschlossen vom Rat der Mitglieder, Brüssel, 6.-7. April 2001][EN,FR].*

ANHANG 2

ÜBERBLICK ÜBER EUROPÄISCHE MASSNAHMEN ZUGUNSTEN JUGENDLICHER

1. DAS AKTIONSPROGRAMM JUGEND

Im Jahr 1988 rief die Europäische Union das Programm JUGEND FÜR EUROPA ins Leben, das Austauschprojekte für Jugendliche aus verschiedenen Ländern ermöglichte.⁵⁰ In den Jahren 1989-1991 nahmen 80 000 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren an diesem Programm teil. Im Juli 1991 wurde auf der Grundlage von Artikel 149 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft das Programm JUGEND FÜR EUROPA II eingeleitet,⁵¹ und im März 1995 begann die dritte Phase des Programms, die 1999 abgeschlossen wurde.⁵²

Im Jahr 1996 ging die Europäische Kommission über die Austauschprogramme hinaus und schlug ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm für einen Europäischen Freiwilligendienst für Jugendliche vor.⁵³ Zwei Jahre später begann das umfassende gemeinschaftliche Aktionsprogramm, in dessen Rahmen Jugendliche als Freiwillige an sozialen, kulturellen und umweltbezogenen Aktivitäten teilnehmen können, die von Nutzen für die lokale Gemeinschaft sind.⁵⁴

Generell tragen das Programm JUGEND FÜR EUROPA und der Europäische Freiwilligendienst zur Entwicklung von Projekten auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene bei, an denen insbesondere Jugendliche teilnehmen können, die mit schwierigen Situation konfrontiert sind.

Im April 2000 beschlossen der Rat und das Europäische Parlament die Einführung des Aktionsprogramms JUGEND mit einer Laufzeit von 2000 bis 2006.⁵⁵ Die Zielsetzung des Aktionsprogramms JUGEND geht über jene des Programms JUGEND FÜR EUROPA und des Europäischen Freiwilligendienstes hinaus und rückt den Erwerb von Kenntnissen und eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der Jugendpolitik in den Mittelpunkt.⁵⁶ Zudem wird der außerschulischen allgemeinen und beruflichen Bildung (der „nicht formalen Bildung“) im Aktionsprogramm JUGEND größere Bedeutung beigemessen. Zu den Projekten, die im Rahmen des Aktionsprogramms JUGEND unterstützt werden, zählen die Folgenden:

- (1) Austauschprojekte im Rahmen von „Jugend für Europa“;
- (2) Europäischer Freiwilligendienst;
- (3) Jugendinitiativen und Zukunftskapital;

⁵⁰ ABl. L 158 vom 25.6.1988.

⁵¹ ABl. L 217 vom 6.8.1991.

⁵² ABl. L 87 vom 20.4.1995.

⁵³ KOM(1996)610 vom 23.12.1996.

⁵⁴ ABl. L 214 vom 31.7.1998.

⁵⁵ ABl. L 117 vom 18.5.2000, S. 1-10.

⁵⁶ Für weitere Informationen vgl. <http://europa.eu.int/comm/education/youth/youthprogram.html>

- (4) Gemeinsame Aktionen in Zusammenhang mit den Programmen für die allgemeine Bildung (SOKRATES) sowie für die berufliche Bildung (LEONARDO DA VINCI);
- (5) Flankierende Maßnahmen.

Das Programm steht auch Norwegen, Island und Liechtenstein sowie den beitrittswilligen Ländern (d.h. den osteuropäischen Ländern sowie Zypern, Malta, Türkei) offen. Unter bestimmten Umständen sind auch Projekte mit Drittländern (Partnerländer des Mittelmeerraums, südosteuropäischen Länder, Gemeinschaft unabhängiger Staaten, lateinamerikanische Länder) möglich.

2. POLITISCHE INITIATIVEN MIT BEDEUTUNG FÜR DIE JUGEND

Grundsätzlich fallen die Jugendfragen weitgehend in den Zuständigkeitsbereich der nationalen, regionalen und lokalen Behörden der Mitgliedstaaten. Doch bei einem Blick in die Verträge⁵⁷ wird die umfassende europäische Dimension der Jugendangelegenheiten in einer bedeutenden Zahl von Bereichen deutlich, in die die Gemeinschaft interveniert.

In Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) heißt es: „Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit.“ Der Artikel bezieht sich auf die 1950 in Rom unterzeichnete Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten.

Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) betrifft den Kampf gegen die verschiedenen Formen von Diskriminierung in der Europäischen Union. Gemäß diesem Artikel kann die Europäische Union „geeignete Vorkehrungen treffen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen“.

Artikel 17 EGV sieht die Einführung einer europäischen Unionsbürgerschaft vor. Der Artikel bestimmt, dass „Unionsbürger ist, wer die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaats besitzt. ... Die Unionsbürger haben die in diesem Vertrag vorgesehenen Rechte und Pflichten.“

Gemäß Artikel 125 EGV – dessen Auslegung mit Blick auf Artikel 2 EGV erfolgen muss – arbeiten die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft „auf die Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie und insbesondere auf die Förderung der Qualifizierung, Ausbildung und Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer sowie der Fähigkeit der Arbeitsmärkte hin, auf die Erfordernisse des wirtschaftlichen Wandels zu reagieren“. Zu diesem Zweck beschloss die Europäische Union in Luxemburg im Jahr 1997 die Europäische Beschäftigungsstrategie.

In Artikel 136 EGV erkennt die Europäische Gemeinschaft die sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an. Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten verfolgen „folgende Ziele: die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der

⁵⁷

Für eingehendere Information zu den Verträgen vgl. http://europa.eu.int/abc/treaties_de.htm

Lebens- und Arbeitsbedingungen, [...], einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen.“

In Artikel 137 EGV werden die Tätigkeiten auf nationaler Ebene genannt, die die Europäische Gemeinschaft unterstützen sollte, darunter die Verbesserung der Arbeitsumwelt zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer, die Arbeitsbedingungen, die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die berufliche Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen usw.

Artikel 146 EGV bezieht sich auf den Europäischen Sozialfonds (ESF), der zur Finanzierung der Maßnahmen zur Entwicklung der Humanressourcen beiträgt, um „innerhalb der Gemeinschaft die berufliche Verwendbarkeit und die örtliche und berufliche Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern sowie die Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse und an Veränderungen der Produktionssysteme insbesondere durch berufliche Bildung und Umschulung zu erleichtern.“ Jugendliche werden direkt über die durch den Europäischen Sozialfonds finanzierten Projekte erreicht.

Artikel 149 EGV schafft die rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene im Bereich von Bildung und Jugend. Er hebt die zentrale Funktion der Bildung in dem Bemühen hervor, jungen Menschen Chancen zu eröffnen, in einem Europa ohne Grenzen zu leben, zu studieren und sich frei zu bewegen. In diesem Vertragsartikel sind die verschiedenen Bereiche aufgelistet, in denen eine Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft möglich ist: „Erlernen und Verbreitung der Sprachen der Mitgliedstaaten; [...] Mobilität von Lernenden und Lehrenden; [...] Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen; [...] Informations- und Erfahrungsaustausch über gemeinsame Probleme im Rahmen der Bildungssysteme der Mitgliedstaaten; [...] Ausbau des Jugendaustauschs und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuer; [...] Fernlehre“. Artikel 149 stellt die rechtliche Grundlage für die Programme JUGEND und SOKRATES dar.

In Artikel 150 EGV heißt es, die Gemeinschaft führe „eine Politik der beruflichen Bildung, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten unterstützt und ergänzt“. In diesem Artikel sind die angestrebten Ziele definiert, wobei hervorgehoben wird, dass „insbesondere [den] Jugendlichen“ die Aufnahme einer beruflichen Bildung ermöglicht werden soll.

Artikel 151 EGV stellt die Grundlage für die kulturelle Zusammenarbeit auf europäischer Ebene dar. In diesem Artikel heißt es, die Gemeinschaft ergänze die Maßnahmen der Mitgliedstaaten in den Bereichen „Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker, Erhaltung und Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung, [...] Kulturaustausch, künstlerisches und literarisches Schaffen, einschließlich im audiovisuellen Bereich“. Obwohl sie nicht ausdrücklich erwähnt werden, beziehen sich die Maßnahmen in diesen Bereichen direkt auf Jugendliche. Artikel 151 EGV stellt die rechtliche Grundlage für das Programm KULTUR 2000 dar, das unter anderem Zuschüsse für Projekte in den Bereichen des kulturellen Erbes, des künstlerischen und literarischen Schaffens, der Mobilität von professionellen Künstlern, der Verbreitung von Kunst und Kultur

sowie dem interkulturellen Dialog und der Kenntnis über die europäische Geschichte gewährt.

Gemäß Artikel 152 EGV verfolgt die Europäische Gemeinschaft das Ziel, bei der Festlegung und Durchführung aller Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen ein hohes Gesundheitsschutzniveau sicherzustellen. In dem Artikel wird ausdrücklich auf die Kompetenz der Gemeinschaft hingewiesen, „die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verringerung drogenkonsumbedingter Gesundheitsschäden einschließlich der Informations- und Vorbeugungsmaßnahmen“ zu ergänzen.

Artikel 153 EGV betrifft den Verbraucherschutz. Dieser Artikel sieht vor, dass die Gemeinschaft „einen Beitrag zum Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher sowie ihres Rechtes auf Information, Erziehung und Bildung von Vereinigungen zur Wahrung ihrer Interessen“ leistet.

Artikel 163 bis 173 EGV beziehen sich auf das Ziel der Europäischen Gemeinschaft, die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der Industrie der Gemeinschaft zu stärken und die Entwicklung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Auf dieser Grundlage schlug die Kommission im Februar 2001 ein Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung vor, das ein wichtiges Instrument zur Errichtung eines Europäischen Forschungsraums (EFR) darstellt. Dieses Programm beinhaltet die Förderung der Ausbildung und Mobilität junger Forscher auf europäischer Ebene (vgl. Artikel 164 d EGV).

Auf der Grundlage von Artikel 177 EGV trägt die Europäische Gemeinschaft zur nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer, zu ihrer Integration in die Weltwirtschaft und zum Kampf gegen die Armut in diesen Ländern bei. Dieser Artikel stellt ein wichtiges Instrument der Gemeinschaftsunterstützung für junge Menschen in Entwicklungsländern dar.

Im Rahmen dieser Artikel wurden politische Initiativen entwickelt oder stehen kurz vor dem Abschluss ihrer Entwicklung, die der Jugend zugute kommen. Die wichtigsten Themen sind die Folgenden:

- *Jugendliche*

Abgesehen vom zuvor erwähnten Aktionsprogramm JUGEND haben die Initiativen im Wesentlichen die Form von Entschließungen des Rates wie beispielsweise jene zur Mitbestimmung von jungen Menschen⁵⁸, zur außerschulischen Bildungsdimension sportlicher Aktivitäten⁵⁹, zur sozialen Integration der Jugendlichen⁶⁰ und zur Förderung der Eigeninitiative, des Unternehmergeistes und der Kreativität junger Menschen⁶¹.

- *Beschäftigung*

⁵⁸ ABl. C 42 vom 17.2.1999, S. 1-2.

⁵⁹ ABl. C 8 vom 12.1.2000, S. 5.

⁶⁰ ABl. C 374 vom 28.12.2000, S. 5-7.

⁶¹ ABl. C 196 vom 12.7.2001, S. 2-4.

Die Europäische Beschäftigungsstrategie wurde im November 1997 bei der Sondertagung des Rates in Luxemburg beschlossen und wird oft als „Luxemburg-Prozess“ bezeichnet. Die Tatsache, dass die Mitgliedstaaten und die Kommission übereinkamen, diesen neuen Prozess vor der Ratifizierung des Vertrags von Amsterdam und des Beschäftigungstitels, der die rechtliche Grundlage für den Prozess schafft,⁶² einzuleiten, gibt Aufschluss über die Priorität, die den Beschäftigungs- und Arbeitsmarktfragen und den damit zusammenhängenden weiteren Politikbereichen zu jenem Zeitpunkt beigemessen wurde und weiterhin beigemessen wird.

Im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie räumen die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten den jungen Menschen eindeutig Vorrang ein. Die Jugend stellt eine zentrale Zielgruppe für die gemeinsamen Bemühungen beim Abbau und bei der Vermeidung von Arbeitslosigkeit dar. Beispielsweise wird in den Beschäftigungspolitischen Leitlinien stets auf das Ziel der Mitgliedstaaten Bezug genommen, jedem arbeitslosen Jugendlichen einen „Neubeginn“ zu ermöglichen, bevor er sechs Monate lang arbeitslos ist. Im Anschluss an den Lissabonner Gipfel wurden jene Bestandteile der Leitlinien, die sich auf die allgemeine und berufliche Bildung beziehen, zusammengefasst, um die Notwendigkeit zu verdeutlichen, dass die Mitgliedstaaten – gemeinsam mit anderen Akteuren wie z.B. den Sozialpartnern – umfassende und kohärente Strategien für das lebenslange Lernen entwickeln und umsetzen. Im Detail wird auf die Notwendigkeit Bezug genommen, den jungen Menschen „die grundlegenden Qualifikationen zu vermitteln, die auf dem Arbeitsmarkt verlangt werden“, „dem Analphabetentum bei Jugendlichen ... entgegenzuwirken“ und „die Zahl der Schulabbrecher spürbar zu verringern“.⁶³ Darüber hinaus müssen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass „jungen Menschen mit Lernschwierigkeiten und bildungsbezogenen Problemen besondere Aufmerksamkeit“ gewidmet wird. Andere Leitlinien zur sozialen Integration, zur Förderung des Unternehmertums und zur Gleichstellung von Frauen und Männern sind ebenfalls von großer Bedeutung für die jungen Menschen.

- *Allgemeine und berufliche Bildung*

Der Europäische Rat von Lissabon beschloss im März 2000 eine langfristige Strategie für eine wettbewerbsfähige wissensbasierte Wirtschaft mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt. Mit dieser Strategie wurden neue Ziele für verschiedene Politikbereiche gesetzt, die in engem Zusammenhang mit der Jugendpolitik stehen, darunter Bildung, Beschäftigung, Information und Bürgergesellschaft. Es wurden neue Prioritäten für ein auf die Zielgruppen in ihren verschiedenen Lebensphasen zugeschnittenes Angebot von Lern- und Ausbildungsmöglichkeiten festgelegt. Die Strategie hat drei zentrale Bestandteile: a) die Entwicklung von Lernzentren; b) die Förderung neuer Grundfertigkeiten; c) größere Transparenz der Befähigungsnachweise. Die vorrangigen Ziele bestehen darin, die Investitionen in die Humanressourcen zu erhöhen, die Zahl der 18- bis 21-Jährigen, die lediglich über einen Abschluss der Sekundarstufe I verfügen und keine weiterführende Schul- oder Berufsausbildung absolvieren, bis zum Jahr 2010 zu halbieren, die Schulen und Ausbildungszentren –

⁶² Vgl. Titel VIII (Beschäftigung) des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, zum Verfahren vgl. insbesondere Art. 128 EGV.

⁶³ ABl. L 22 vom 24.1.2001, S. 18-26.

die alle Internetanschluss haben sollten – in offene Lernzentren zu verwandeln, sämtlichen Bevölkerungsgruppen Unterstützung zu gewähren und die am besten geeigneten Methoden zur Definition der neuen Grundfertigkeiten zu verwenden.

Im November 2001 veröffentlichte die Kommission die Mitteilung „Die Verwirklichung eines europäischen Raums für das lebenslange Lernen“.⁶⁴ Ein prioritärer Maßnahmenbereich betrifft den Wert, der dem Lernen beigemessen wird, und die Notwendigkeit, das Verständnis und die Bewertung der Lernbeteiligung und der Lernergebnisse – insbesondere im Bereich des außerschulischen Lernens (d.h. im nicht formalen Lernen) – zu verbessern.

Im März 2001 legte die Kommission den Aktionsplan *eLearning* zur Anbindung der Schulen an das Internet vor. Dieser Aktionsplan umfasst die Bereiche Infrastruktur, Ausbildung, Dienstleistungen und Inhalte sowie Kooperation und Dialog.⁶⁵ Im Juli 2001 beschlossen der Rat und das Europäische Parlament eine Empfehlung zur Mobilität von Studierenden, in der Ausbildung stehenden Personen, jungen Freiwilligen, Lehrkräften und Ausbildern. Ziel ist es, die Hindernisse für die Mobilität zu beseitigen, die grenzüberschreitende Mobilität in die nationale Politik zu integrieren und zur Verbreitung bewährter Methoden beizutragen.⁶⁶

Im Juli 2001 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung bezüglich der „Intensivierung der Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich der Hochschulbildung“⁶⁷ veröffentlicht, die zwei Ziele verfolgt: Entwicklung qualitativ hochstehender Humanressourcen in den Partnerländern und innerhalb der Gemeinschaft durch gegenseitige Förderung der Humanressourcen und Förderung der Europäischen Union als weltweit wegweisendes Zentrum für Hochschul- und Berufsbildung wie auch für die wissenschaftliche und technologische Forschung.

Gegenwärtig ist die Europäische Kommission dabei, einen Vorschlag für eine Richtlinie bezüglich der Zulassung von Staatsangehörigen aus Drittstaaten auf dem Territorium der Union zum Zwecke des Studiums oder der beruflichen Bildung vorzubereiten. Diese Regelung wird einige hunderttausend Studenten betreffen. Dieser Vorschlag zielt auf eine Begünstigung des Zugangs von ausländischen Studierenden und auf eine Stärkung der Position Europas als Ort einer qualitativ hochwertigen Bildung im Vergleich zum Weltmaßstab ab.

- *Informationsgesellschaft*

Ein wesentlicher Teil der Strategie von Lissabon stellte der *eEurope 2002* Aktionsplan dar,⁶⁸ der anlässlich des Gipfels in Feira im Juni 2000 angenommen wurde und der eine Reihe von Maßnahmen umfasst, um den Eintritt Europas in die Informationsgesellschaft zu beschleunigen. Die Aktion „Europas Jugend ins Digitalzeitalter“ hat zum Ziel, den Gebrauch der digitalen Technologien und des

⁶⁴ Mitteilung der Kommission „Die Verwirklichung eines europäischen Raums für das lebenslange Lernen“ (Making a European Area of Lifelong Learning a Reality).

⁶⁵ Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament, Aktionsplan *eLearning*. Gedanken zur Bildung von morgen, KOM(2001)172, 28.3.2001.

⁶⁶ ABl. L 215 vom 9.8.2001, S. 30-37.

⁶⁷ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich der Hochschulbildung, KOM(2001) 385 endg.

⁶⁸ « *eEurope 2002 – Eine Informationsgesellschaft für alle. Aktionsplan* » (<http://europa.eu.int/eeurope>).

Internets in europäischen Schulen sowie den Erwerb von neuen Fähigkeiten zu fördern. Die bedeutende Rolle der eEducation für die Umsetzung der Ziele des eEurope 2000 Aktionsplans hat zur Annahme des oben genannten eLearning Action Plan durch die Kommission geführt.

Darüber hinaus erleichtern drei weitere Maßnahmen des eEurope 2002 Aktionsplans die Integration von Jugendlichen in die Informationsgesellschaft: „Schnelleres Internet für Forscher und Studenten“, das auf eine Verbesserung der Forschungsbedingungen und der universitären Netzwerke abzielt; „Arbeiten in der wissensgestützten Wirtschaft“, die die lebenslange berufliche Weiterbildung und digitale Fähigkeiten betont; „Teilnahme aller an der wissensgestützten Wirtschaft“ mit der Förderung öffentlicher Zugänge zum Internet.

Bezüglich der Forschung und technologischen Entwicklung im Bereich der Informationsgesellschaft hat die Europäische Kommission mehrere Initiativen lanciert, um eine kritische Masse von Ressourcen zu erhalten, die in der Lage sind, Forschung und Innovation in Bildung und Ausbildung zu unterstützen, zu leiten und zu stimulieren. Die *elearning* Technologien werden eine grundlegende Rolle dabei spielen, den Europäern einen flexiblen, einfach zu bedienenden und an den Kosten orientierten Zugang zu Bildungsressourcen und –dienstleistungen zu ermöglichen, so dass sie in der Lage sein werden, die wesentlichen Fähigkeiten zu entwickeln, die für die Informationsgesellschaft notwendig sind. Im Rahmen des Forschungsprogramms IST (Information Society Technologies), das Teil des 5. Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung ist, gehören Bildung und Ausbildung zu den Prioritäten. Eine Anzahl von IST Projekten, die gegenwärtig finanziert werden, betreffen den Bereich Bildung und Ausbildung, und decken die technologische Entwicklung und Anwendungen ab, die den Zugang und die Integration von Jugendlichen in die Informationsgesellschaft erleichtern.

- *Unternehmertum*

Im Mai 2000 veröffentlichte die Kommission die Mitteilung „Herausforderungen an die Unternehmenspolitik in der wissensbasierten Wirtschaft“⁶⁹, in der sie feststellte: „Schulung für dynamisches Unternehmertum ist ein weiterer Motor der Entwicklung hin zu einer vitaleren unternehmerischen Kultur. An Schulen und Hochschulen muss Grundwissen über Unternehmen und unternehmerische Initiative vermittelt werden.“ Und: „Um die Zahl der Unternehmer zu erhöhen, will die Unternehmenspolitik mehr Frauen, junge Menschen und Arbeitslose zu unternehmerischer Initiative führen....“

Das von der Europäischen Kommission und den französischen Behörden gemeinsam organisierte Forum „Förderung des Unternehmergeistes“ (Nizza, Oktober 2000)⁷⁰ befürwortete den Austausch bewährter Methoden in diesem Bereich und verdeutlichte die Notwendigkeit europäischer Zielsetzungen.

Aufbauend auf den Schlussfolgerungen dieses Forums und im Rahmen des Mehrjahresprogramms für Unternehmen und unternehmerische Initiative (2001-2005)⁷¹ hat die Kommission ein Projekt „Bewährte Methoden“ (BEST-Verfahren) im Bereich allgemeine und berufliche Bildung für das Unternehmertum eingeleitet. Im

⁶⁹ KOM(2000) 256 endg. (ABl. C311E, 31.10.2000, S. 180-186).

⁷⁰ http://europa.eu.int/comm/enterprise/entrepreneurship/support_measures/training_education/index.htm

⁷¹ ABl. L 333, 29.12.2000, S. 84-91.

Mittelpunkt dieses Projekts steht eine Bildung – von der Grundschule bis zur Universität –, die darauf zielt, auf nationaler oder lokaler Ebene entwickelte Maßnahmen und bewährte Methoden festzustellen, um in den Bildungssystemen unternehmerische Einstellungen und Fähigkeiten zu fördern.

Am 20. Juni 2000 beschloss der Europäische Rat von Santa Maria da Feira die Europäische Charta für Kleinunternehmen.⁷² Die Charta fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, in einer Reihe von Bereichen Maßnahmen zur Unterstützung kleiner Unternehmen zu ergreifen. Einer der wesentlichen Bereiche, in denen Verbesserung erforderlich sind, ist die „Erziehung und Ausbildung zu unternehmerischer Initiative“.

- *Soziale Angelegenheiten*

Die Lissabonner Strategie beinhaltet einen Aufruf zur Erneuerung und Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells und umfasst drei Schlüsselbereiche: 1) Investition in die Menschen; 2) Aufbau eines aktiven und dynamischen Wohlfahrtsstaates; 3) verstärkte Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Armut. In Bezug auf die soziale Eingliederung wies der Europäische Rat von Lissabon darauf hin, dass die Zahl der unter der Armutsgrenze und in sozialer Ausgrenzung lebenden Menschen in der Union unannehmbar hoch sei. Es müssten Anstrengungen unternommen werden, um die Fähigkeiten der Jugendlichen zu erhöhen, ihnen Zugang zum Wissen zu geben und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Der Europäische Rat von Nizza im Dezember 2000 bestätigte das vom Rat festgelegte Ziel, die Armut und die soziale Ausgrenzung zu bekämpfen. Die vier in Nizza beschlossenen Zielsetzungen sind allesamt von großer Bedeutung für die Jugend: 1) Allen Bürgern ist die Teilnahme am Arbeitsmarkt und der Zugang zu den Mitteln, Rechten, Gütern und Dienstleistungen (wie Sozialschutz, Wohnung und grundlegende Dienstleistungen, Gesundheitsschutz, Bildung, Recht, Kultur, Sport und Freizeit) zu ermöglichen. 2) Die Risiken der Ausgrenzung sind zu vermeiden. 3) Den Problemgruppen soll geholfen werden. 4) Alle relevanten Einrichtungen sind zu mobilisieren. Es wird ausdrücklich auf die Notwendigkeit verwiesen, die Ausgrenzung aus der Schule zu vermeiden und die soziale Ausgrenzung von Jugendlichen zu bekämpfen.

Der Rat forderte die Mitgliedstaaten auf, Prioritäten in Bezug auf diese Ziele festzulegen und bis Juni 2001 nationale Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung mit einer Laufzeit von zwei Jahren vorzulegen. Sämtliche Mitgliedstaaten haben mittlerweile solche Aktionspläne vorgelegt. Diese Pläne bestätigen, dass die meisten Mitgliedstaaten der Frage der Armut und der sozialen Ausgrenzung unter Jugendlichen große Bedeutung beimessen.

Der Europäische Rat von Nizza genehmigte auch die Sozialagenda, in der Prioritäten für konkrete Maßnahmen für die kommenden fünf Jahre festgelegt sind. Darüber hinaus bestätigte der Europäische Rat von Nizza die Bedeutung der Strategien zur Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung gemäß Artikel 13 des Vertrags.

⁷²

Die Europäische Charta für Kleinunternehmen wurde am 13.6.2000 vom Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ verabschiedet.

Der Stockholmer Gipfel im März 2001 bestätigte diese Strategie und forderte den Rat und das Europäische Parlament auf, sich im Lauf des Jahres 2001 auf einen Vorschlag für ein Programm zur sozialen Eingliederung zu einigen. Das vorgeschlagene Programm wird eine große Chance zum wechselseitigen Lernen und zum Austausch bewährter Methoden zwischen den Mitgliedstaaten zur Verringerung und Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung unter den Jugendlichen eröffnen.

- *Gesundheit*

Die Jugendlichen sind Teil der Strategie, die im Gemeinschaftlichen Aktionsprogramm zur öffentlichen Gesundheit dargelegt sind. Der für die Gesundheit verantwortliche Ministerrat einigte sich im Juli 2001 auf einen gemeinsamen Standpunkt zu diesem Programm (2001-2006).⁷³ Zu den vorrangigen Aspekten zählt die Verbesserung der Gesundheitsinformation und des Wissens über Gesundheitsfragen. Das Programm beinhaltet auch die Vorbeugung von AIDS und Drogenabhängigkeit. Der Rat beschloss zudem eine Empfehlung gegen den Alkoholmissbrauch durch Jugendliche, insbesondere durch Kinder und Heranwachsende.

- *Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit*

Im Jahr 1997 begrüßte der Rat das Europäische Jahr gegen Rassismus, wies auf die Notwendigkeit hin, die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zu erhöhen, und unterstrich die Bedeutung der Bildung. Im Jahr 2000 verwies der Rat Bildung und Jugend auf die Notwendigkeit, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter den jungen Menschen zu bekämpfen. Der Rat „Jugendfragen“ verabschiedete im Mai 2001 eine Erklärung zum Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Internet durch eine intensivere Arbeit mit den Jugendlichen.

- *Sport*

In der Erklärung Nr. 29 zur Schlussakte des Vertrags von Amsterdam wurde die gesellschaftliche Bedeutung des Sports unterstrichen, insbesondere die Rolle, die dem Sport bei der Identitätsfindung und der Begegnung der Menschen zukommt. In dieser Erklärung wird auch auf die wichtige Rolle der Sportverbände und des Amateursports verwiesen. Auf dieser Grundlage hat die EU eine aktive Rolle im Bereich des Sports übernommen. Sie unterstützt unter anderem Projekte zur Integration junger Menschen durch sportliche Aktivitäten, den Kampf gegen das Doping im Sport und eine Schulinformationskampagne zu den ethischen Werten im Sport und zu den olympischen Idealen. In der Entschließung des Rats der Jugendminister vom Dezember 1999⁷⁴ wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich jene Möglichkeiten zu nutzen, die sportliche Aktivitäten in der außerschulischen Bildung eröffnen. Der Europäische Rat von Nizza beschloss eine Erklärung über die im Rahmen der gemeinsamen Politiken zu berücksichtigenden besonderen Merkmale des Sports und forderte die Gemeinschaft auf, bei ihren Tätigkeiten im Rahmen des Vertrags die sozialen, erzieherischen und kulturellen Funktionen des Sports zu berücksichtigen.

⁷³ ABl. C 307 vom 31.10.2001, S. 27-40.

⁷⁴ ABl. C 8 vom 12.1.2000, S. 5.

Der Europäische Rat kam auch überein, die europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen Doping zu verstärken.

Die Europäische Kommission hat dem Rat und dem Europäischen Parlament vorgeschlagen, das Jahr 2004 zum „Europäischen Jahr der Bildung durch Sport“ zu erklären. Die vorrangigen Ziele dieses Europäischen Jahres werden darin bestehen, Bildungseinrichtungen und Sportvereine zur Zusammenarbeit zu bewegen, um den Sport für Erziehung und soziale Integration zu nutzen, die Bedeutung der freiwilligen Aktivitäten im Sport für die informelle Bildung zu unterstreichen und die Schulen dazu zu ermutigen, den sportlichen Aktivitäten in Lehrplänen und Austauschprogrammen einen höheren Stellenwert einzuräumen.

3. ZUSCHÜSSE IN DEN BEREICHEN BESCHÄFTIGUNG, BILDUNG, KULTUR UND JUGENDSCHUTZ

In den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Kultur und Jugendschutz werden eine Reihe von Zuschüssen gewährt, die direkt oder indirekt der Unterstützung von Maßnahmen zugunsten der Jugendlichen dienen. Einige Beispiele:

- **Infrastruktur:** Im Finanzierungszeitraum 2000-2006 unterstützt der Europäische Regionalfonds Infrastrukturprojekte in bestimmten Regionen, die die Förderung von Projekten, die im Interesse Jugendlicher sind, mit einbeziehen (z.B. Jugendzentren, Schulen usw.).
- **Beschäftigung und soziale Eingliederung:** Im Finanzierungszeitraum 2000-2006 unterstützt der Europäische Sozialfonds Projekte auf den Gebieten Arbeitsmarkt, soziale Eingliederung, Information, Beratung usw. auf nationaler und regionaler Ebene, die sich spezifisch an Jugendliche richten.
- **Allgemeine Bildung:** Das Programm SOKRATES unterstützt Austauschprojekte und Maßnahmen zur Förderung der Mobilität von Jugendlichen, die die Schule oder Universität besuchen.
- **Berufliche Bildung:** Im Rahmen des Programms LEONARDO haben Jugendliche Zugang zu modernen Berufsausbildungsdiensten, können Sprachkenntnisse erwerben und im Ausland arbeiten.
- **Kultur:** Das Programm KULTUR 2000 stellt finanzielle Mittel für Projekte in den Bereichen Kreativität und Mobilität, Verbreitung von Kunst und Kultur, interkultureller Dialog sowie Kenntnis der europäischen Geschichte zur Verfügung; dies betrifft auch die Jugend.
- **Jugendschutz:** Das Programm DAPHNE beinhaltet Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen.

4. DIE CHARTA DER GRUNDRECHTE

Die Verabschiedung der Charta der Grundrechte in Nizza im Dezember 2000 war ein Meilenstein. Hier sind in einem einzigen Text die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Individualrechte festgehalten. Die Kapitel über Freiheiten (Kapitel II) und Solidarität (Kapitel IV) erkennen

ausdrücklich die Rechte von Kindern und Jugendlichen an (vgl. Artikel 14, „Recht auf Bildung“, Artikel 24, „Rechte des Kindes“, sowie Artikel 32, „Verbot der Kinderarbeit und Schutz der Jugendlichen am Arbeitsplatz“).

5. DIE UNTERSTÜTZUNG SEITENS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Das Europäische Parlament unterstützt die auf europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen zugunsten der Jugend, insbesondere die Durchführung der Jugendprogramme. Im März 1999 verabschiedete es eine „Entschließung zu einer Jugendpolitik für Europa“ in der die wachsende „Bedeutung des ‚Faktors Jugend‘ aufgrund des wirtschaftlichen und kulturellen Wandels unserer europäischen Gesellschaften“ hervorgehoben wurde.⁷⁵

Im April 2001 veranstaltete der für Jugendangelegenheiten zuständige Ausschuss eine öffentliche Anhörung zur Jugend, an der Mitglieder des Europäischen Parlaments, Jugendexperten, Vertreter sozialer und wirtschaftlicher Einrichtungen, Jugendverbände und nicht organisierte Jugendliche teilnahmen. Die Zahl der Teilnehmer und die intensive Diskussion waren beeindruckend und trugen zum Erfolg der Anhörung bei.

Die für Jugendfragen zuständige Berichterstatterin erklärte in der Anhörung, es gäbe immer noch keine „kohärente EU-Politik für die Jugend“, weshalb das Hauptziel des Weißbuchs darin bestehen müsse, „einen integrierten Zugang zur Auseinandersetzung mit den Anliegen der jungen Menschen zu entwickeln“.⁷⁶ Das Europäische Parlament wies auch darauf hin, dass das Weißbuch als Quelle für Ideen, Inspiration und Diskussionen dienen, Beispiele für bewährte Methoden enthalten und die Mitgliedstaaten sowie die regionalen und lokalen Behörden zu neuen Initiativen anregen solle.

Die Jugendlichen verknüpften große Erwartungen mit dem Weißbuch, insbesondere in Bereichen wie der Information, der Bekämpfung von Diskriminierung, der Chancengleichheit für Jugendliche mit Behinderungen, der formalen und nicht formalen Bildung, der Beschäftigung und sozialen Eingliederung, der Teilnahme an Austauschprogrammen, dem demografischen Wandel in Europa und der gesellschaftlichen Beteiligung der jungen Menschen. Sie äußerten die Ansicht, es sei „eine wirkliche europäische Jugendpolitik erforderlich“, und die Jugendpolitik auf allen Ebenen von der lokalen bis zur europäischen müsse komplementär sein und „zwischen den verschiedenen Ebenen koordiniert werden“.

⁷⁵ ABl. C 175 vom 21.6.1999, S. 48.

⁷⁶ European Parliament, Directorate General for Research, Summary of the Public Hearing on Youth, organised by the Committee on Culture, Youth, Education, the Media and Sport, 24th April 2001 in Brussels, IV/WIP/2001/04/0094, Luxembourg, 18th May 2001 [Europäisches Parlament, Generaldirektion Forschung, Zusammenfassung der öffentlichen Anhörung zur Jugend, veranstaltet vom Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport am 24. April 2001 in Brüssel, IV/WIP/2001/04/0094, 18. Mai 2001.

6. BEITRÄGE DES WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSSES UND DES AUSSCHUSSES DER REGIONEN

Die Jugend ist indirekt im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) vertreten, da viele Mitglieder des Ausschusses mit Organisationen in Verbindung stehen, deren Jugendorganisationen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene tätig sind. Im November 2000 verabschiedete der WSA eine Initiativstellungnahme zur Jugendpolitik⁷⁷, in der festgestellt wurde, die Jugendpolitik müsse den Jugendlichen den Stellenwert einer „Ressource der Gesellschaft“ einräumen und ihnen die Möglichkeit geben, zu „aktiven, freien und verantwortungsbewussten Bürgern“ heranzuwachsen. Die Jugendpolitik wurde als „sektorübergreifender, integrierter Politikbereich“ bezeichnet, dessen Ziel darin bestehe, „die Lebensbedingungen und die Teilhabe junger Menschen an der Gesellschaft zu verbessern und zu entwickeln, und das in allen sozialen, kulturellen und politischen Belangen, die sie und andere gesellschaftliche Gruppen berühren“.

Im Februar 2001 organisierten der WSA und die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit dem Jugendforum der Europäischen Union eine Anhörung der Bürgergesellschaft zum Weißbuch. Diese Anhörung erwies sich als sehr nützlich, da sie aus erster Hand Aufschluss über die Situation der jungen Menschen in Europa und über ihre sozialen, wirtschaftlichen und persönlichen Erwartungen gab.

Die im Ausschuss der Regionen (AdR) vertretenen regionalen und lokalen Behörden spielen in den meisten Mitgliedstaaten eine herausragende Rolle bei der Umsetzung der Jugendpolitik. Im Jahr 1999 beschloss der AdR eine Initiativstellungnahme zum Thema „Lokale und regionale Zusammenarbeit zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Europäischen Union vor Missbrauch und Verwahrlosung“.⁷⁸ In dieser Stellungnahme wurde auf die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Strategie zur Vermeidung von Missbrauch und Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen hingewiesen, ohne auf die Verantwortung von nationalen, regionalen und lokalen Behörden einzugehen. Der AdR ist der Ansicht, dass ein möglicher Beitrag zur Vermeidung von Missbrauch und Verwahrlosung darin besteht, Kinder und Jugendliche in die sie betreffenden Entscheidungen einzubeziehen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich Gehör zu verschaffen. Der AdR vertritt die Auffassung, dass die dezentralisierten Strukturen eines bürgernahen Europas eine bessere Koordination sowie eine grenzüberschreitende und länderübergreifende Zusammenarbeit erfordern und dass die Kinder und Jugendlichen in diesen Prozess einbezogen werden müssen.

7. DER DIALOG MIT DEM EUROPÄISCHEN JUGENDFORUM

Das Europäische Jugendforum (European Youth Forum, EYF) wurde 1979 mit dem Ziel gegründet, den Jugendorganisationen eine Stimme auf europäischer Ebene zu geben und einen Dialog mit der Jugend zu beginnen. Dem Europäischen Jugendforum gehören die Nationalen Jugendräte in den EU-Mitgliedstaaten sowie internationale regierungsunabhängige Jugendorganisationen an. Das Jugendforum fördert die Kontakte und die Kommunikation zwischen seinen

⁷⁷ Initiativstellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Weißbuch „Jugendpolitik“, CES 1418/2000, 29-30.11.2000, S. 2-4.

⁷⁸ Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 18.11.1999, KOM-7/017.

Mitgliedsorganisationen – die Millionen junger Menschen zusammenführen – sowie die alltägliche Begegnung zwischen Jugendlichen. Das Forum ist bestrebt, seine Repräsentativität zu erhöhen. Das Europäische Jugendforum verfügt über beträchtliche Erfahrung mit Jugendarbeit, Jugendpolitik, regierungsunabhängigen Jugendsektoren und verwandten Bereichen. Das Forum ist in den Arbeitsgruppen der Europäischen Kommission vertreten und nimmt an der Auswahl der Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms JUGEND teil.

Das Europäische Jugendforum hat eine wichtige Rolle im Konsultationsprozess für dieses Weißbuch gespielt. Es war an der Befragung der Jugendlichen beteiligt und organisierte gemeinsam mit der Kommission und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss die Konsultation der Organisationen der Zivilgesellschaft. Zudem legte das Jugendforum in den Diskussionen einen eigenen Beitrag zum Weißbuch vor.⁷⁹

8. DIE ARBEIT DES EUROPARATES

In den siebziger Jahren richtete der Europarat das Europäische Jugendzentrum und das Europäische Jugendwerk in Straßburg ein. Im Jahr 1995 wurde ein weiteres Europäisches Jugendzentrum in Budapest eröffnet. Die vom Europäischen Jugendzentrum und vom Europäischen Jugendwerk durchgeführten Programme und Projekte beruhen auf dem Grundsatz des Co-Managements (paritätische Verwaltung).⁸⁰

Der Europarat hat eine Reihe von Erklärungen und Entschlüssen zu Fragen wie der Beteiligung junger Menschen, der Staatsbürgerschaft, der nicht formalen Bildung, der Mobilität und dem Kampf gegen den Rassismus verabschiedet.

Im März 1992 verabschiedete er die Europäische Charta über die Beteiligung der Jugendlichen am Leben der Gemeinden und Regionen.⁸¹ In dieser Charta wurden eine verstärkte Beteiligung der Jugend an den öffentlichen Angelegenheiten auf regionaler und lokaler Ebene sowie die Umsetzung „verschiedener Formen der Beteiligung“ gefordert, die „allen jungen Menschen ohne Diskriminierung“ zugute kommen solle. In einer 1997 verabschiedeten Empfehlung zum Thema „Jugend, Mitbestimmung und die Zukunft der Zivilgesellschaft“ unterstrich das Ministerkomitee des Europarates erneut „die zentrale Rolle der Jugendbeteiligung bei der Entwicklung der Bürgergesellschaft, da sie ein eindeutig positives Bild der jungen Menschen als Quelle für die stetige Erneuerung der demokratischen Gesellschaft zeichnet.“⁸²

Auf der 5. Konferenz des Europarats in Bukarest im April 1998 erklärten die für Jugendangelegenheiten zuständigen Minister, die Integration der Jugend in das

⁷⁹ Strategy and Key Objectives for a Youth Policy in the European Union, Second Contribution off the European Youth Forum to the European Commission's White Paper on Youth Policy, adopted by the Council of Members, Brussels, 6-7 April 2001 [Strategie und Ziele für eine Jugendpolitik in der Europäischen Union, Zweiter Beitrag des Europäischen Jugendforums zum Weißbuch „Jugendpolitik“ der Europäischen Kommission, beschlossen vom Rat der Mitglieder, Brüssel, 6.-7. April 2001].

⁸⁰ Zum Grundsatz des Co-Management vgl. Fußnote 19.

⁸¹ Entschließung 237, verabschiedet am 19.3.1992 von der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE).

⁸² Ministerkomitee, Empfehlung Nr. R(97)3 vom 4.2.1997.

Erwerbsleben werde in Zukunft auch von den Fähigkeiten und Befähigungsnachweisen abhängen, die die Jugendlichen in der nicht formalen Bildung erwerben, wodurch die herkömmlichen Bildungsmodelle bereichert würden. Einen weiteren Schritt tat der Europarat mit seiner Empfehlung zur nicht formalen Bildung im Januar 2000, in der festgestellt wurde, dass die formale Bildung allein nicht auf den raschen und stetigen technologischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel reagieren kann und daher durch nicht formale Bildungsmethoden ergänzt werden muss.⁸³

Der Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz hat im Europarat eine lange Tradition. Anfang der neunziger Jahre rief der Europarat in Zusammenarbeit mit europäischen Jugendorganisationen eine umfassende Europäische Jugendkampagne für eine tolerante Gesellschaft und zur Anregung von Pilotprojekten ins Leben. Der Europarat konzentrierte sich auch auf die Entwicklung der europäischen Jugendkarte als Dienstleistungskarte, deren Zweck darin besteht, die Situation jugendlicher Teilnehmer an Mobilitätsprojekten zu verbessern, einen Freiwilligendienst für Jugendliche auf nationaler und europäischer Ebene zu fördern, ein erschwingliches Interrail-System zu erhalten und Plattformen ohne Gewinnzweck, die sich aktiv an der Organisation von Jugendaustauschprojekten beteiligen, zu unterstützen. Im Jahr 1998 gingen die Europäische Kommission und der Europarat eine Partnerschaft ein, deren Ziel darin besteht, ein Ausbildungsprogramm für Jugendbildner zu entwickeln und Werte wie die Menschenrechte, die pluralistische Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die aktive Staatsbürgerschaft und die europäische Zusammenarbeit zu verbreiten.⁸⁴ Die konkreten Maßnahmen, die dieser Partnerschaft entsprangen, beinhalten Berufsbildungspublikationen und eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Beratung und Forschung mit Blick auf Ausbildungsveranstaltungen.

9. VON DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION IN AUFTRAG GEGEBENE STUDIEN UND MEINUNGSUMFRAGEN

Im Rahmen des Programms JUGEND FÜR EUROPA wurden im Lauf von fünf Jahren etwa dreißig Studien kofinanziert. Großteils handelt es sich um vergleichende Studien, einige davon sind jedoch auch Fallstudien. Die Themen dieser Arbeiten können in drei Kategorien eingeteilt werden: 1) Benachteiligte Jugendliche und Risikoverhalten; 2) Werte, Erwartungen und Identität der Jugendlichen, insbesondere gegenüber Europa (einschließlich Fragen im Zusammenhang mit jugendlichen Immigranten, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit); 3) Methoden der nicht formalen Bildung.

Im Rahmen des Programms Europäischer Freiwilligendienst wurden vier Studien finanziert. Diese Studien beschäftigen sich mit Sport als Instrument zur sozialen Integration der Jugendlichen, den nationalen Zivildiensten, dem Zugang von behinderten Jugendlichen zum Europäischen Freiwilligendienst und der im Anschluss an einen (nationalen oder anderen) Freiwilligendienst ausgestellten Bescheinigung.

⁸³ Parlamentarische Versammlung, Empfehlung Nr. 1437 zur nicht formalen Bildung, verabschiedet am 24.1.2000, § 7.i.

⁸⁴ <http://www.coe.fr/youth/english/partnership/new/>

Anzumerken ist, dass neben diesen Analysen auch verschiedene Arbeiten zur Evaluierung der Auswirkungen des Europäischen Freiwilligendienstes durchgeführt wurden, die ebenfalls wertvolle Ergebnisse lieferten.

Darüber hinaus führte das Institut IARD (Mailand) eine Studie über die Situation der Jugendlichen und die Jugendpolitik in den Mitgliedstaaten durch, die im Juni 2001 veröffentlicht wurde.⁸⁵ Diese Studie bietet zahlreiche quantitative und qualitative Daten über die Situation der Jugendlichen und ihre Erwartungen. Sie enthält auch eine Beschreibung der jugendpolitischen Maßnahmen und der Jugendstrukturen in den Mitgliedstaaten.

Im Rahmen des dritten Mehrjahresprogramms für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der Europäischen Union (1997-2000)⁸⁶ legte die Kommission eine Studie zum Thema "Young Entrepreneurs, Women Entrepreneurs, Ethnic Minority Entrepreneurs and Co-entrepreneurs in the European Union and Central and Eastern Europe" („Jungunternehmer, Unternehmerinnen, Unternehmer aus ethnischen Minderheiten und Ko-Unternehmer in der Europäischen Union sowie in Mittel- und Osteuropa“) vor. Die Studie beschrieb die vorrangigen Probleme und Herausforderungen, mit denen diese Unternehmergruppen konfrontiert sind, und enthielt eine Reihe von Empfehlungen, wie ihre Entwicklung gefördert werden kann.

Parallel zu diesen Arbeiten ist es ein Anliegen der Kommission, einen quantitativen Überblick über die Ansichten der europäischen Jugend zu bieten. So wurde 1997 eine Meinungsumfrage - Eurobarometer 47.2 „Die jungen Europäer“ – durchgeführt. Im Zuge der Ausarbeitung des vorliegenden Weißbuchs über die Jugend hat die Europäische Kommission eine neue Eurobarometer-Umfrage über die Jugend initiiert, deren Ergebnisse im November 2001 veröffentlicht wurden.⁸⁷

⁸⁵ <http://www.europa.eu.int/comm/education/youth/studies.html>

⁸⁶ ABl. L 6, 10.1.1997, S. 25-31.

⁸⁷ http://europa.eu.int/comm/education/youth/ywp/eurobarometer_youth.html

01.02.02**Beschluss**
des Bundesrates

Weißbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Neuer Schwung für die Jugend Europas

KOM(2001) 681 endg.; Ratsdok. 14441/01

Der Bundesrat hat in seiner 772. Sitzung am 1. Februar 2002 gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG die folgende Stellungnahme beschlossen:

1. Mit dem Weißbuch über die Jugend "Neuer Schwung für die Jugend Europas" will die Kommission einen neuen Rahmen für die Zusammenarbeit in jugendpolitischen Fragen beschreiben. Das Weißbuch verfolgt dabei den zweidimensionalen Ansatz der grundsätzlichen Unterscheidung zwischen spezifischen Aufgaben der Jugendpolitik und der Berücksichtigung der Jugendbelange in anderen Politikbereichen.

Der Bundesrat begrüßt, dass die Kommission der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Jugendpolitik durch die Verstärkung des Informations- und Erfahrungsaustausches neue Impulse geben will. Der Bundesrat unterstützt deshalb eine verstärkte europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Jugendpolitik durch eine Intensivierung des Informations- und Erfahrungsaustausches und hält einen Austausch bewährter Praktiken sowie die Förderung der Mobilität für wünschenswert.

2. Der Bundesrat hält es jedoch für problematisch, dass mit dem Weißbuch versucht werden soll, auf die Ausrichtung und Gestaltung von Jugendpolitik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene Einfluss zu nehmen. Bei der Darstellung der Lebenslagen und Bedürfnisse der Jugend und den daraus folgenden Konsequenzen für die Jugendpolitik zielt das Weißbuch auf den Versuch einer umfassenden Bestandsaufnahme ab. Dies und die Feststellung, dass Jugend-

...

politik im Wesentlichen Sache der Mitgliedstaaten und der regionalen und lokalen Entscheidungsebenen ist, ist dabei nicht zu beanstanden. Die nicht mehr durch Artikel 149 EGV gedeckte Einflussnahme kommt jedoch durch den Vorschlag der Kommission zum Ausdruck, regionale und nationale Jugendräte im gesamten Unionsgebiet einzurichten, Pilotprojekte zur Partizipation auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zu fordern sowie durch die zahlreichen Vorschläge, die im Anhang des Weißbuchs in Richtung auf nationale, regionale und lokale Entscheidungsinstanzen formuliert sind.

Der Bundesrat weist darauf hin, dass mit Recht in den europäischen Verträgen die gewachsene Vielfalt unterschiedlicher Gestaltungen anerkannt und deshalb in Bezug auf die Bildungs- und Jugendpolitik jegliche Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten ausgeschlossen worden ist (Artikel 149 Abs. 4 EGV). Dies fußt auch auf der Erkenntnis, dass sich Jugendpolitik in einem vielgestaltigen gesellschaftlichen Spektrum vollzieht und hierzu in Europa historisch gesehen sehr unterschiedliche Politikansätze vorhanden sind.

Zentralistische Zielvorgaben der EU für die nationale, regionale und lokale Jugendpolitik würden diesen Grundsatz auch in Deutschland unterlaufen, wo nach § 82 SGB VIII vor allem die Kommunen und die Länder die Verantwortung für die Gestaltung von Kinder- und Jugendpolitik haben.

3. Zur Behandlung und Umsetzung der von ihr vorgeschlagenen spezifischen Themen der Jugendpolitik schlägt die Kommission die "Methode der offenen Koordinierung" vor.

Zwar wird begrüßt, dass es im Sinne der vertragsgemäß zu fördernden Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten sehr wohl möglich und wünschenswert ist, den Informations- und Erfahrungsaustausch über jugendpolitische Fragen zu intensivieren, sich allgemein auch über Bedingungen und wesentliche Ziele von Jugendpolitik zu verständigen, sowie bewährte Praktiken zu vergleichen und daraus nützliche Erkenntnisse zu gewinnen. Eine derartige vergleichende fachpolitische Diskussion kann sich selbstverständlich auf alle Fragen und alle Möglichkeiten jugendpolitischen Handelns erstrecken.

Überschritten werden die Grenzen der Befugnisse der Gemeinschaft jedoch, wenn Organe der Gemeinschaft (Rat, Kommission oder Parlament)

- für die Mitgliedstaaten und deren nationale und regionale Jugendpolitiken

verbindliche Leitlinien festlegen,

- sie zu konkreten Umsetzungsschritten (nationale Aktionspläne, nationale Koordinatoren usw.) verpflichten,
- Wertungsmaßstäbe festlegen und danach
- die Erfüllung der gemeinsamen Ziele und Vorgaben regelmäßig bewerten und überwachen.

Solche bestimmenden, leitenden und überwachenden Kompetenzen stehen den Organen der Gemeinschaft in Bezug auf die nationalen Jugendpolitiken nicht zu. Dies gilt auch für die vorgesehene Implementierung eines Koordinators für Jugendfragen in jedem Mitgliedsland, der als Ansprechpartner für die Kommission dienen soll. Da diesbezüglich innerhalb der bundesstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland die Ausübung der staatlichen Befugnisse im Wesentlichen Sache der Länder ist (Artikel 30 GG), würde damit zugleich in gravierender Weise in Länderkompetenzen eingegriffen.

Zur Methode der offenen Koordinierung hat der Bundesrat bereits mehrfach kritisch Stellung genommen. Er bedauert, dass die Bundesregierung "einer Ausdehnung der Methode der offenen Koordinierung auf immer weitere Politikbereiche, insbesondere auf solche, für die die EU über keine oder nur sehr eingeschränkte Zuständigkeiten verfügt, mit Nachdruck entgegenzutreten" (BR-Drucksache 86/01 (Beschluss) vom 9. März 2001), bisher nicht gefolgt ist.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, in den Verhandlungen über die weitere Umsetzung des Weißbuchs nachhaltig darauf hinzuwirken, dass von derartigen steuernden Instrumenten Abstand genommen wird.

4. Der Bundesrat weist ferner darauf hin, dass die Grenzen des Artikel 149 EGV auch dann überschritten werden, wenn durch das Weißbuch Zuständigkeiten für Jugendfragen aus dem Begriff der "Governance", als der "neuen Form des europäischen Regierens" hergeleitet werden sollen. Aus allgemeinen Verfahrensgrundsätzen können sich Zuständigkeiten nicht ergeben.

Die wünschenswerte Verstärkung der fachpolitischen Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft kann nur unter Beteiligung der zahlreichen autonomen freien und öffentlichen Träger erfolgen, die an der Gestaltung der Jugendpolitik teilhaben. Gerade transnationale Zusammenarbeit verlangt eine breite, aktivierende Beteiligung möglichst vieler Verantwortungsträger. Die Frage nach

dem gesellschaftlichen Stellenwert und den rechtlichen Rahmenbedingungen des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements und damit in Zusammenhang des Wertes der nichtformalen Bildung, die junge Menschen auf diese Weise erwerben können, sind wichtige Themen in der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Diskussion. Auch die Förderung der aktiven Beteiligung junger Menschen, ihrer Fähigkeit und Bereitschaft zur verantwortlichen Mitwirkung und Mitgestaltung in Staat und Gesellschaft, ist seit langem ein wesentliches Ziel von Jugendarbeit und Jugendpolitik in Deutschland, welches weiterhin zunehmende Aktualität gewinnt. Ein intensiver Meinungs- und Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene ist im Hinblick auf die europäische Dimension beider Themen geboten. Dies gilt auch für die im Weißbuch aufgeführten Themen der Jugendinformation und der Jugendforschung.

Die Länder sind bereit, sich in diesem Sinne an einer intensiven Erörterung jugendpolitischer Fragen auf europäischer Ebene zu beteiligen.